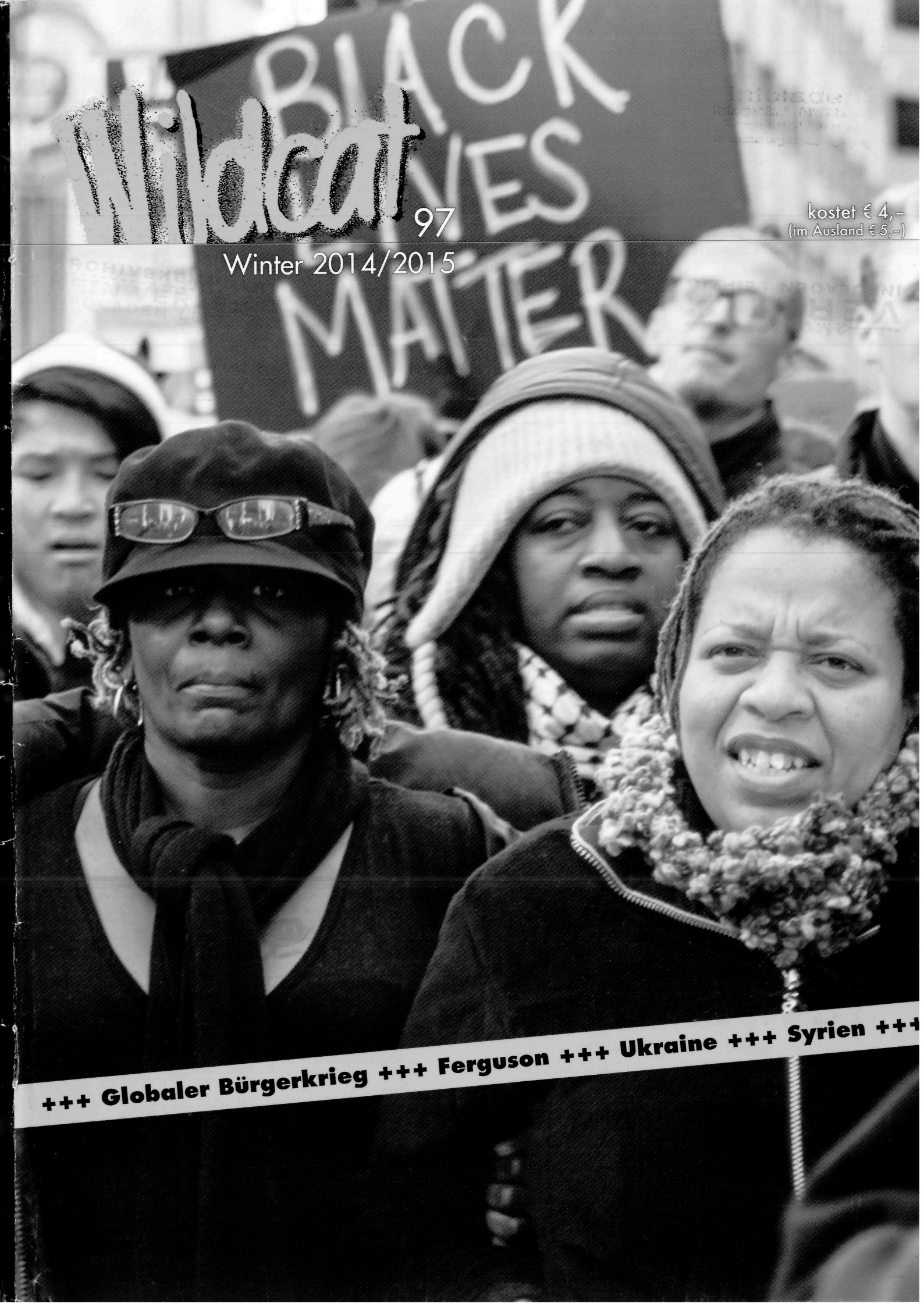
Wildcat

97

Winter 2014/2015

kostet € 4,–
(im Ausland € 5,–)



+++ Globaler Bürgerkrieg +++ Ferguson +++ Ukraine +++ Syrien +++

Alltag im Leben der TextilarbeiterInnen in Bangladesh

Oberes Bild: Elf Personen schlafen in einem Zimmer, für das die Miete mehr als 2/3 eines Monatslohns beträgt.

Mittleres Bild: Demonstration nachdem eine Textilarbeiterin während angeordneter Überstunden gestorben ist.

Unteres Bild: Eine Textilarbeiterin am Arbeitsplatz. Ihr Monatslohn beträgt ca. 45 US-Dollar.

Die Fotos sind von Taslima Akhter, einer Fotografin aus Bangladesch, die sich seit Jahren mit der Bekleidungsindustrie beschäftigt. Zur Situation der Textilarbeiterinnen in Bangladesh findet ihr einen Artikel in diesem Heft auf Seite 40.

Wildcat - Winter 2014/2015

Inhalt

Editorial	3
Ferguson: Bewegung gegen Bullenmorde	6
Bodentruppen gesucht – Der globale Bürgerkrieg	12
Buchbesprechung: Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan	19
Drei Tage Volksaufstand in Turin – Krise der selbstständigen Arbeit in Italien	20
»Jahrhundert der Mittelklasse«?	26
Südafrika: »Economy can go to hell«	34
Buchbesprechung: neue Bücher zum NSU	39
Bangladesch: Streiks der Textilarbeiterinnen	40
Indien: Kapitalistische Entwicklung und Egalitarismus	48
Zehntausende Schuh-ArbeiterInnen streiken in China	52
Buchbesprechung: Streiks im Perlflussdelta	54
Grüne Visionen oder Fracking-Blase	55
Beruf und Bewegung (Teil 2)	58
Buchbesprechung: »Die Massen sind aber nicht zu halten gewesen«	64
Berlin: Mall of Shame – rumänische Bauarbeiter fordern ihren Lohn	65

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag, V.i.S.d.P.: P.Müller – Wildcat
Einzelheft: 4 Euro

Abopreise:

Abo: 6 Hefte (incl. Versand)
Deutschland und Österreich: 20 Euro, Förderabo: 40 Euro
Abo sonstiges Ausland: 30 Euro
WeiterverkäuferInnen: 8 Expl. der aktuellen Nummer 16 Euro

Bestellungen:
Brief: Wildcat, Postfach 80 10 43, 51010 Köln
eMail: versand@wildcat-www.de
oder per Abo-Formular auf unserer Website

Konto:
Shiraz e.V.; Kto.-Nr. 7064509
Postbank Köln; BLZ 370 100 50

Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: www.wildcat-www.de

AM ENDE WIRD ALLES GUT!

Heute ist ein historischer Tag, in Bochum läuft der letzte Opel vom Band, und in Erfurt wird ein ehemaliger Gewerkschaftler zum ersten Ministerpräsidenten der PdL gewählt. Passt ganz gut zusammen. In Erfurt Demos dagegen, in Bochum keine. Passt ganz gut zu unserem Heft!

Die Opel-ArbeiterInnen kriegen jetzt zwei Jahre Transfergesellschaft, danach werden sie BusfahrerInnen, einen Kiosk aufmachen, einige können sich zur Frührente durchwursteln – insgesamt aber ein historischer Abstieg. Gehörten sie vorher zur **Mittelschicht?** Und wohin gehören sie jetzt, als selbstständiger Kioskbesitzer. In Turin haben viele der (süditalienischen) Arbeiter, die 1980 bei Fiat rausgeflogen sind, mit ihrer Abfindung einen Marktstand gekauft. Vor fast genau einem Jahr, am 9. Dezember haben sie einen dreitägigen **Aufstand** angeschoben **(Seite 20)** – da waren aber keine Arbeiterforderungen zu hören.

Vor vier Jahren, im Dezember 2010, hat sich in der tunesischen Provinz ein Gemüsehändler aus Protest gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen selbst angezündet. Die darauf folgenden Aufstandsbewegungen sind – mit Ausnahme von Tunesien selber – inzwischen massiv unterdrückt worden und/oder in **Bürgerkriege** umgeschlagen.

Und noch ein Jahrestag: Am 2. Dezember vor hundert Jahren stimmte Karl Liebknecht als einziger im Deutschen Reichstag gegen die Kriegskredite. Daran wird selten erinnert – wahrscheinlich weil es die Erinnerung daran wäre, dass alle anderen SPD-Parlamentarier *dafür* stimmten. Auch die Abwicklung der Opel-Arbeiter hat mit SPD-Abgeordneten und -Kanzlern zu tun, die uns ein weiteres Jubiläum beschert haben:

Am 1. Januar vor zehn Jahren wurde Hartz IV eingeführt. Es hat als Anreizsystem zur Lohnsenkung und zur Schaffung von Drecksjobs funktioniert. Seither hat der Staat circa 75 Milliarden Euro an »Erwerbsaufstocker« ausgezahlt und damit Arbeitgeber subventioniert, die Hungerlöhne zahlen. Die Bürokratie der Jobcenter verschlingt jährlich über fünf Milliarden Euro nur an Verwaltungskosten – so teuer war Arbeitsverwaltung historisch noch nie. Mit dem vielen Geld und dem vielen Druck, den diese BürokratInnen machen, wurde ein »moderner Niedriglohnsektor« aufgebaut (Ex-Kanzler Schröder). Das ist ein anderes Wort für Millionen abgehängte Langzeit-Arbeitslose bzw. Langzeit-Aufstocker. Die durchschnittliche Bezugsdauer von Sozialhilfe betrug vor zehn Jahren knapp 28 Monate. Die durchschnittliche Bezugsdauer von Hartz IV lag im Dezember 2011 bei über 44 Monaten. Aktuell beziehen drei Millionen Menschen seit zwei Jahren oder länger Hartz IV – u.a. deswegen, weil sie mit ihren Niedriglöhnen da nie wieder rauskommen.

»Nebenbei« spielt die riesige Bürokratie der Jobcenter auch eine Rolle beim Verschieben der staatstragenden Mittelklasse von Sozialpädagogen zu stärker repressiven Kontrolljobs. Bestürzenderweise kommen immer wieder Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigten bei den Job-Centern mehr Sanktionen verhängen und mehr Druck auf die Hartz IV-BezieherInnen ausüben, als sie es nach ihren Vorschriften müssten. Und da sind wir mitten im Heft.

»Das Proletariat scheint zu verschwinden in dem Augenblick, in dem die proletarische Bedingung sich verallgemeinert«
(Samir Amin, September 2013)

Die Welt ist heute stärker als je zuvor vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit strukturiert. *Objektiv* war die arbeitende Klasse noch nie so groß wie heute. Aber »wer sind die Arbeiter?« (Gilles Dauvé) Wie wird aus der zahlenmäßigen Zunahme eine neue gesellschaftsverändernde Kraft, eine »Klasse« mit gemeinsamen Vorstellungen und Kampfzielen?

In den letzten Jahren prägte die Mittelklasse das Bild der meisten Protestbewegungen (von Thailand über Hongkong bis zum Majdan). Sie ist individualisiert, aber sie geht auf die Straße und fordert Demokratie und »Gerechtigkeit«. Wer unter welchen Bedingungen was produziert und wer den Mehrwert einstreicht, wird nicht diskutiert. Im Fall des Majdan ist anzunehmen, dass die Mittelschichten explizit weg von den rückständigen Arbeiterbedingungen im Osten der Ukraine wollten, weil sie sich im Gegensatz »zu denen« vom Anschluss an die EU tatsächlich was versprechen können.

ARCHIVEXEMPLAR

»Wir werden wütende Mittelklassen auf den Straßen zu sehen bekommen – aber mit unsicheren Perspektiven. Die Mittelklasse ist opportunistisch, mal rechts mal links.«
So Göran Therborn Ende 2012 in der *New Left Review* unter Bezug auf den *18. Brumaire*. Denn schon 1848 zeigte sich die Schwäche von Mittelklasse-Rebellionen. »Heute pendeln die Mittelschichten in stark polarisierten Gesellschaften. Sie können zum Zünglein an der Waage werden – aber ihr politischer Opportunismus macht eine Mobilisierung breiter Massen unter den zwei potentiellen Kräften nötig: Arbeiter und gegen die Proletarisierung kämpfende Gemeinschaften...«
(weiterlesen auf S. 26)

Nach jahrzehntelanger Beschäftigung mit der Mittelklasse kam Sergio Bologna zum Schluss, dass es eine *Entscheidung* ist, wo man sich selbst verortet: »Man ist kein Proletarier, man will einer sein, man gehört der Mittelschicht nicht an, man will ihr angehören – dies scheint die Lehre (aus den Forschungen) zu sein. (...) Mentalitäten (haben) nur zum Teil mit ›objektiven Bedingungen‹ zu tun, die man statistisch erheben und zahlenmäßig erfassen kann.« (Sergio Bologna; 2006)
(weiterlesen S. 58)

Den ArbeiterInnen der BRICS-Staaten wird von den Regierungen der Aufstieg in die »Mittelschicht« versprochen. Sie stehen im Zentrum der Kapitalproduktion, aber viele von ihnen haben keinen abgesicherten Status, sind Wanderarbeiter, Leiharbeiter, scheinselbstständig. Sie haben Zugang zu den neuen Konsumgütern, zu elektronischen Medien, aber bei einem Verlust des Jobs fallen sie zurück in Armut. **(weiterlesen S. 34)**

In der globalen Lohnhierarchie eine Stufe darunter stehen die Näherinnen in Bangladesch. Sie haben in den letzten Jahren einen beeindruckenden Kampfzyklus hingelegt.
(weiterlesen S. 40)

Nichts wäre in einer Schuldenökonomie schlimmer als keine neue Blase.

Vor wenigen Tagen gab E.on bekannt, dass sie sich in zwei Firmen aufspalten, eine für »Ökostrom« und Netze, die andere für Kraftwerke und Energiehandel. Wasser-, Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke werden da hinein »ausgegründet«. Einige Leute sehen darin die Vollendung der Energiewende – in Wirklichkeit baut E.on damit ein Firmenkonstrukt, das sämtliche Abwrack- und Endlagerkosten für die AKW auf die Gesellschaft abwälzt, während es durch die Kontrolle von Stromnetzen weiterhin erhebliche Rente einfährt – mit »grünem« genauso wie mit »braunem« Strom. Der Atomstrom wurde in der BRD bisher mit etwa 200 Milliarden Euro subventioniert, nun wird der Staat auch noch den Abriss der AKW bezahlen.

In China gehen übrigens das ganze Jahre über schon Energieerzeuger pleite oder werden vom Staat gerettet, wie *Chaori Solar* im Oktober; hier handelt es sich meistens um Stromerzeugung durch Kohle – die ja nun in der BRD dank Gabriel (SPD) auch wieder eine Zukunft hat.

Seit Juni ist der Ölpreis um mehr als ein Drittel gesunken. Dadurch haben »Investoren« in die Frackingindustrie bis zu 8,5 Milliarden Dollar verloren. Das sind *durchschnittlich* zehn Prozent Verlust allein seit Juni. Die Aktienkurse der Frackingfirmen stürzen ab. Weil sie ihre Kredite mit dem Wert ihrer »Rohstoffreserven« unterlegt haben, steigen bei fallendem Ölpreis nicht nur ihre Schulden, sondern auch der Bedarf nachzuschießen. Eine Spirale nach unten, die Erinnerungen an die Schlussphase des *subprime*-Booms 2007 weckt.

Dass Siemens nun eine US-Frackingfirma für das 15fache des jährlichen Profits kauft und die Bundesregierung (jaja, SPD-Ministerin) Fracking-Probebohrungen genehmigt, ist der ultimative Beweis: Die Frackingblase in den USA ist kurz vorm Platzen! Auch beim *Subprime*-Boom hatten sich die deutschen Banken ganz am Ende so richtig den Rachen vollgestopft mit giftigen Papieren. Sie wurden zum willigen Opfer ihrer amerikanischen Geschäftspartner. Dann aber vom Finanzminister Steinbrück (jaja, SPD) gerettet. Und E.on brescht schon mal vor, denn sicherlich sind auch »Energieriesen« *too big to fail*. Wetten?
(weiterlesen S. 55)

»Das globale Dorf ist zum Albtraum geworden...«

...titelte *Die Welt* am 29.9.2014. »Lange galt die zusammenrückende Welt als rührendes Idyll, als humanistische Utopie.« Aber nun sei »uns« (!) »der Spaß gründlich vergangen. Hinter jeder Ecke scheinen Monster zu lauern.« Das stimmt ja schon, wenn man an die Massaker in Mexiko, den globalen Drohnenkrieg der USA, den Vormarsch des IS, oder daran denkt, dass allein in Brasilien jeden

Tag sechs Menschen durch Polizeikugeln sterben. Die Medien wollen mit ihrer Berichterstattung über Syrien, die Ukraine, Afrika usw. suggerieren, dass an der weltweiten Zunahme von Mord und Totschlag eine verrohende Menschheit schuld sei – »Ende der humanistischen Utopie«. Dabei stecken hinter den Drohnenkriegen und den ganzen anderen Scheußlichkeiten staatliche Strukturen. Exemplarisch an der Stelle der mexikanische Staat und seine Zusammenarbeit mit den Drogenkartellen gegen die innere Oppositionsbewegung.

Keine Nation kann bestehen ohne Wirtschaftswachstum und Verbesserung des Lebensstandards der Unterklassen. Deshalb geht die historische Ära des Nationalstaats nach gut zwei Jahrhunderten ihrem Ende entgegen. Aber genauso wenig kann sich ein Staat gegen »sein Volk« alleine durchsetzen; er ist immer auf die Mithilfe der Staatengemeinschaft angewiesen – das macht die andere Seite der gegenwärtigen »Entstaatlichungskrisen« aus – es gibt weder den geopolitischen Willen, beispielsweise das Assad-Regime zu stabilisieren, noch gibt es die Möglichkeit, einer starken syrischen Bourgeoisie gegen das Regime »zu Hilfe zu kommen«, wie etwa in Chile vor vier Jahrzehnten.

Wir laufen tatsächlich in eine Situation, die Immanuel Wallerstein schon vor vier Jahrzehnten vorausgesagt hat: Chaos, Ende eines Weltsystems..., aber leider auch was den zweiten Teil seiner Voraussage betrifft: es ist nicht ausgemacht, ob es der Übergang zu etwas Besserem oder Schlechterem ist.

In diesem Sinne gibt es heute nur noch Innenpolitik! Innenpolitik, in der Faschismus, Bürgerkrieg und tiefer Staat zu bestimmenden Koordinaten werden. Der auch in der EU und vor allem an ihren östlichen Rändern anwachsende Nationalismus ist eine Krisenideologie, die dem Zusammenbruch der Nationalstaaten spiegelbildlich entspricht und ihn »mit einer irren Binnenlogik« auflädt, die »der drohenden krisenbedingten Barbarisierung« Vorschub leistet. (Tomasz Konicz)

Die Hogesa-Demo in Köln am 26. Oktober war in dieser Hinsicht eine Zäsur; Bürgerkrieg wurde als Szenario *medial* durchgespielt – während die globale Kriegsführung der BRD ganz real massiver wird. **(weiterlesen S. 12)**

Eine neue Bewegung?

Auch die Riots in den USA sind eine Zäsur, allerdings in einem sehr positiven Sinn! Direkt nach dem Mord in Ferguson am 9. August begannen Proteste und Organisierungsprozesse, die seitdem weitergegangen sind. Nach der Verkündung des Geschworenenspruchs am 24. November brachen landesweit in über 100 Städten Unruhen aus. Je nach lokaler Situation vermischen sich diese Proteste mit den seit Wochen in der mexikanischen *Community* laufenden Aktionen gegen die staatlichen Morde in Mexiko – die unter anderem fordern, die Unterstützung der USA für den »Krieg gegen die Drogen« zu stoppen. An anderen Orten fließen sie mit den Protesten von *Fast food*-ArbeiterInnen zusammen. In San Diego zum Beispiel laufen alle drei Protestwellen neben- und durcheinander. Auch in anderen Städten werden bei den Protesten gegen die Polizeigewalt Einkaufszentren und Läden von *Forever21*, dem amerikanischen *Primark*, besetzt. Den Leuten ist klar, dass sie Öffentlichkeit schaffen müssen, und das tun sie nicht über die Medien, sondern mit Aktionen in ihren *Communities*, indem sie Rathäuser blockieren und Versammlungen abhalten. Mit ihren *Die ins* greifen sie auf 60er Jahre Hippie-Aktionsformen gegen den Krieg zurück – aber ohne die todessehnsüchtige Choreographie der 80er Jahre Friedensbewegung in der BRD! Ihre Parole »stop the war on the poor« greift den klaren Zusammenhang zwischen *war on drugs*, *war on terror* und der rassistischen Innenpolitik der kapitalistischen Metropolen an. Sie wissen, dass sie sich nur Gehör verschaffen können, wenn sie die Maschine blockieren, das tun sie mit Verkehrsblockaden.

Das alles Entscheidende wird sein, ob die Bewegung es schafft, sich auszubreiten, dann wird sie ein Beitrag zur wirklichen Veränderung der Welt.

Vorgestern war übrigens ein weiteres Jubiläum: vor 15 Jahren war die *Battle of Seattle*. *Auf geht's zum nächsten Anlauf, diesmal machen wir's besser!*

Wie gesagt, am Ende wird alles gut.

5.12.2014

Ferguson

Am 9. August 2014 erschoss ein weißer Polizist in Ferguson (Missouri) den 18-jährigen Afroamerikaner Michael Brown. Die Proteste gegen diesen Mord führten dazu, dass der Ausnahmezustand verhängt und die Nationalgarde eingesetzt wurde. Als am 24. November 2014 die Entscheidung der Geschworenenjury bekannt gegeben wurde, den verantwortlichen Bullen nicht anzuklagen, brachen in weit über 100 Städten der USA Unruhen aus.

Ferguson, eine Kleinstadt mit etwa 21 000 EinwohnerInnen, liegt in der Metropolregion von St. Louis, in der ungefähr drei Millionen Menschen leben. Bis in die 1970er Jahre war die Bevölkerung der Stadt fast vollständig weiß, seither nimmt die Zahl der Schwarzen zu und liegt mittlerweile bei 70 Prozent. Damit nimmt Ferguson eine Entwicklung voraus, die es so in den nächsten Jahrzehnten im gesamten Land geben wird: die euopäischstämmigen Weißen werden zur Minderheit und kämpfen um ihre Privilegien.

Seit der Rebellion des schwarzen Proletariats in den 1960er Jahren führen die Herrschenden einen Krieg mit vielen Waffen gegen schwarze ArbeiterInnen: Fabrikschließungen, Arbeitslosigkeit, Verarmung, Ghettoisierung. Aufbau einer Drogenökonomie und Jagd auf die Beteiligten am unteren Ende. Einknastung eines großen Teils der männlichen schwarzen Bevölkerung oft mit absurd langen Strafen, Folter, Verlust der Bürgerrechte. Seitdem eskalierten die Gang-Rivalitäten zum Krieg unter Schwarzen (statt gegen das System). Polizeigewalt im Alltag und auf den Straßen. Aufbau einer schwarzen Elite, die mittlerweile auch den Präsidenten stellen darf – was viele kritische Geister erstmal zum Schweigen gebracht und es für arme Schwarze noch schwerer gemacht hat, ihre Misere politisch anzugreifen.

Nun werden die fortgesetzten Morde von Cops an Schwarzen zum Politikum, die Proteste werden stärker und entwickeln Kontinuität. Die Leute haben keine Angst mehr vor den Bullen.

Die Bewegung nach dem Mord an Mike Brown hat eine Vorgeschichte in den *Occupy*-Protesten und den vielen Gruppen, die gegen Justiz, Knäste und Polizei kämpfen – und sie hat dazugelernt. Sie hat eine landesweite Dynamik und am wichtigsten: sie schließt Schwarze und Weiße ein und lässt sich nicht mehr entlang der Linien Protest vs. Riot, friedlich vs. gewalttätig voneinander trennen. Arrivierte ehemalige Bürgerrechts-Aktivisten mit ihren folgenlosen »Gesprächen in der Kirche« erreichen sie nicht mehr. Die wütenden jungen Leute bleiben auf der Straße und handeln gemeinsam – oder sie nehmen sich die Podien und Mikros und sprechen selbst.[1] Dass die PolitikerInnen was für sie tun, glauben sie nicht mehr: *»Bei den Wahlen soll ich mich zwischen zwei Personen entscheiden, die sich einen Dreck für mich interessieren!«*[2] Von der Bürgerrechtsbewegung ihrer »Großeltern« grenzen sich viele DemonstrantInnen ab. Damit die Wutausbrüche nicht wie 1992 nach dem Mord an Rodney King folgenlos bleiben, sind die *radikalen* Inhalte aus den 60ern sicherlich wichtig: nur eine dauerhafte Massenbewegung kann die Gesellschaft umwälzen und die neuen Formen der Sklaverei abschaffen. Aber vielleicht ist die neu zusammengesetzte Bewegung schon dabei, auf ihre Weise daran anzuknüpfen.

Im Folgenden drei (stark) gekürzte Beiträge aus den USA. Die Gruppe **Unity and Struggle** hatte schon im August verstanden, dass bei den Protesten direkt nach dem Mord an Michael Brown etwas Neues passierte. Mitte November erschien im Magazin **Insurgent Notes** ein langer Aufsatz über die sozio-politischen Strukturen in Missouri, wir bringen den Teil über die tägliche Abzockerei durch Polizei und Justiz. Eine Reportage in **Vice** beschreibt, wie die Proteste die schwarze Community von Ferguson verändert haben. Abschließend Ausschnitte aus einem Interview mit **George Caffentzis** und **Silvia Federici** aus New York von den *Midnight Notes*.

[1] z.B. bei den Protesten gegen einen Mord im Jahr 2013 in New York und ein aktuelles Beispiel aus St. Louis: Ferguson and the Violence of Sanitizing the Struggle for Civil Rights, Vice 14.10.2014 https://news.vice.com

[2] Shut It Down: Thoughts for a Non-Movement Movement, Dailykos 4.12.2014, www.dailykos.com

Die Entwicklungslinie des Protest

Unity and Struggle, 17.8.2014

Oscar
Grant
Trayvon
Martin
Mike
Brown

Das Geschehen in Ferguson und sein Nachhall, den man man im ganzen Land (und weltweit) spüren kann, unterscheidet sich qualitativ von den Ereignissen der letzten Jahre. Es ist das erste Mal seit der Ermordung Rodney Kings (deren Widerhall natürlich viel größer war), dass ein Mord durch Polizisten so starke Reaktionen im ganzen Land hervorruft. Die Reaktion auf die Ermordung Oscar Grants blieb noch weitgehend lokal begrenzt. Die Proteste nach der Ermordung von Trayvon Martin signalisierten, dass sich auf nationaler Ebene was tut, und die Rebellion in Ferguson ist eine erneute Weiterentwicklung. Der Mord an Trayvon und der Freispruch seines Mörders Zimmerman hat die Ereignisse in Ferguson stark geprägt.

Diese Erfahrung hat jede Ecke der schwarzen Community erschüttert und auch darüber hinaus Wellen geschlagen. Die Leute in Ferguson selbst haben den Mord an Mike Brown im Kontext der Ereignisse um Trayvon Martin verstanden. Am 10. August, dem ersten Abend der Riots, sagten junge Leute in Auseinandersetzungen mit den Cops: »Wir sind hier nicht in Florida, das hier ist St. Louis«. Später am Abend plünderte ein junger Typ einen Laden, er trug dabei ein Shirt mit der Aufschrift »RIP Trayvon«.

Ferguson hat das Trayvon-Moment auf ein anderes Niveau gebracht. Mit der direkten und anhaltenden Konfrontation mit den Bullen, dem Privateigentum und dem Staat (also dem ganzen System) auf den Straßen macht Ferguson explizit, was die Proteste gegen den Mord an Trayvon nur implizit angegangen sind. Jetzt ist die Verbindung klar.

Durch diese Weiterentwicklung der Aufstände gegen Polizeibrutalität eskalierte die Lage in Ferguson schneller, sie konnte sich politisch schneller und tiefer entfalten als bei anderen Protesten.

Die Oscar-Grant-Riots (2009) überschritten die übliche Grenze zwischen großen, krawalligen und gut koordinierten Protesten einerseits und kleinen, isolierten Riots andererseits nicht. Die Leute gingen für Trayvon Martin erst auf die Straße, als Zimmermann freigesprochen worden war, und als das Thema damit schon vom Staat absorbiert und »unberührbar« geworden war. In Ferguson passiert etwas Neues: eine unmittelbare, sehr militante, informell organisierte und ausdrucksstarke Antwort, die zu einer landesweiten Welle wurde.

Auszug aus:
Ferguson Jailbreaks out of History von der Gruppe *Unity and Struggle*, 17.8.2014
http://unityandstruggle.org

In der Hölle von Missouri

Polizeiwillkür und Krise

Insurgent Notes, 18.11.2014

Ausschnitt aus:
No More Missouri Compromises von John Garvey in den *Insurgent Notes*, 18.11.2014
http://insurgentnotes.com/

»Jeden Tag hält die Polizei in Ferguson, der umliegenden Gegend und im ganzen Land vor allem junge, schwarze Männer an. Die meisten dieser alltäglichen Begegnungen werden nirgends aufgezeichnet als in den Erinnerungen der jungen Leute selbst und auf ziemlich andere Weise in denen der beteiligten Cops. Wenn es Aufzeichnungen gäbe, könnten wir sicherlich verbale und physische Misshandlungen sehen, die die Leute einschüchtern und erniedrigen sollen – Cops, die die jungen Männer auf den Boden oder gegen die Wand schleudern, ihnen in die Hosen fassen und sie ihnen runterziehen. In praktisch all diesen Fällen haben die Cops die Oberhand – sie haben die Handschellen, die Möglichkeit Anklagen zu fingieren und sie können sich auf die Langsamkeit der Justiz verlassen, wegen der sie keine Konsequenzen tragen müssen. [...]

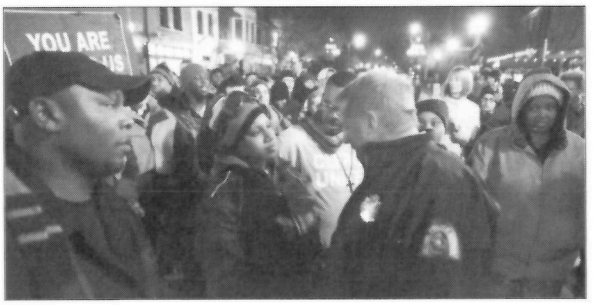
Wie so oft kommen die Einzelheiten der alltäglichen Grausamkeiten erst ans Tageslicht, wenn etwas »wirklich Schreckliches« passiert – wie beim Mord an Michael Brown. In den Städten nördlich von St. Louis und besonders in Ferguson sind die täglichen Polizeischikanen gegen Schwarze richtige Abzocke. Offensichtlich muss Ferguson, weil es eine kleine Stadt ohne größere Steuereinnahmen ist, seinen Haushalt aufbessern (obwohl es in der Stadt ein Unternehmen aus den *Fortune 500* gibt, *Emerson Electric*). Die Stadt ist stark von Ordnungsgeldern und Strafzahlungen abhängig, deren Anzahl in den letzten Jahren in die Höhe geschossen ist. Ein kürzlicher verfasster Bericht über die finanzielle Lage der Stadt zeigt, dass Geldstrafen zwanzig Prozent der Einnahmen ausmachen. Die Stadt hat damit mehr als 2,5 Mio. Dollar eingenommen, 80 Prozent mehr als zwei Jahre vorher. Das ist kein Zufall, es ist ein Geschäftsmodell. Der örtliche Juraprofessor Bryan Roediger schätzt, dass das Gericht, das nur dreimal im Monat tagt, an manchen Tagen 200 bis 300 Fälle verhandelt. Einem anderen aktuellen Bericht zufolge fängt das Gericht routinemäßig 30 Minuten vor der geplanten Zeit an, den jeweiligen Fall zu verhandeln und verschließt die Türen fünf Minuten nach dem offiziellen Anfang. Wer zu spät kommt, kriegt eine zusätzliche Strafe. Dem Magazin *Governing* zufolge hat der *Ferguson Municipal Court* im Jahr 2013 exakt 24 532 Vollstreckungsbefehle erlassen und 12018 Fälle bearbeitet, das sind ca. drei Vollstreckungsbefehle und 1,5 Fälle pro Haushalt.

Ferguson ist nicht die einzige Stadt, die dieses Spiel spielt. Wenn jemand in einem Einzugsbereich angehalten wird, stellt sich oft genug heraus, dass es in einem anderen offene Vollstreckungsbefehle gegen ihn gibt. Dann wird dieser Mensch erst in das eine Gefängnis geschickt, bis eine Kaution bezahlt wird, und dann in ein anderes – und bei jeder Station auf dem Weg wird Geld eingesammelt.

Die Wut hinter der Rebellion in Ferguson ist von diesen Erfahrungen geprägt, alltägliche Erfahrungen über viele Jahre. Der Umfang dieser Wut drückt sich am bestem im Slogan eines Demonstranten aus: »Das ganze verdammte System ist schuldig wie die Hölle.«

Eine neue Generation von Kämpfern?

Vice, 23.10.2014



Ausschnitt aus:
In St. Louis, the Torch of the Civil Rights Struggle is Passed to a New Guard von Alice Speri. Vice, 23.10.2014
https://news.vice.com/

»Ich dachte, das wäre einfach eine Demo, aber mein großer Bruder sagte ›nein, das ist eine Bürgerrechtsbewegung‹, erzählt Doney Carter, einer der Anführer der *Lost Voices* und immer bei den Protesten dabei.» Ich so: ›Echt?‹ Aus der Perspektive hab ich es gar nicht gesehen. Ich dachte, ich wär' nur ein Demonstrant, aber er sagte, ›nein, du bist ein Anführer der Bürgerrechtsbewegung‹, und ich dachte ›Wow...‹ .«

Carter, ein 23-jähriges früheres Mitglied der *Crips* und Vater von zwei kleinen Kindern, war bis zur Erschießung von Mike Brown am 9. August nie bei einer Demo gewesen. Er war zu der Zeit bei einem Freund in Ferguson und sah im Fernsehen die Menschenmenge am *Canfield Drive*. »Ich ging dahin und die Leute fingen an zu protestieren und sich zu wehren, und ich dachte ›Hier geht's richtig ab‹. Es war komisch, dort ganz allein zu sein, aber als wir dann alles zusammen gemacht haben, war es großartig!«

Zur Beerdigung von Brown kamen Tausende, und Carter hatte mit neun anderen zusammen, die er auf der Straße kennengelernt hatte, bereits die *Lost Voices* gegründet – eine Gruppe junger Leute aus Ferguson, die auf der *West Florissant Avenue* gezeltet haben, im Zentrum der Proteste. Sie blieben dort Wochen, bis die Polizei sie abräumte, »weil wir zu widerspenstig waren«, wie Carter sagt.
Aber das war erst der Anfang.

»Es wurde viel mehr daraus, als auf der Straße zu zelten. Das war nur ein Statement, um zu zeigen, dass wir nicht weggehen. Die Bullen sagten den Ladenbesitzern, sie würden uns schon wegkriegen, aber wir hielten die Bewegung trotzdem am Laufen.«

Die Gruppe war jede Nacht am »Ground Zero«, wie ihre Mitglieder den Ort nennen – konfrontiert mit Spezialeinheiten, Tränengas und sogar einem zur Schlinge gebundenen Strick, den jemand auf den nahegelegenen Parkplatz hängte.

Bei Browns Beerdigung sagten uns zwei Mädchen aus der Gruppe, dass sie sich *Lost Voices* nennen, weil sie für eine Generation armer und ausgegrenzter Jugendlicher sprechen wollen, denen nie jemand zugehört hat. Weniger als zwei Monate später hatte die Gruppe dutzende FreundInnen in Ferguson gewonnen und hunderte UnterstützerInnen auf *facebook*. Im Oktober änderten sie ihren Namen in *Found Voices*.

»Früher waren wir verloren, aber jetzt haben wir uns gefunden,« sagt Carter. »Wir waren die verlorenen Stimmen, aber dann haben die Leute verstanden, wer wir wirklich sind und worum es dieser Bewegung wirklich geht. Sie wurde unsere Stimme. Wir sind nicht mehr verloren.« Carter beschreibt die vergangenen zwei Monate als ›spirituelles Erwachen‹. »Mein Leben hat sich radikal geändert. Um mich sind viele Freunde gestorben – Drogen, Gangs, Gewalt – aber ich hab mich durch diese Bewegung da rausgezogen.«

Er ist nicht der Einzige. Die schwarze *Community* von Ferguson ist im Lauf der Proteste zusammengewachsen, die einzelnen Gruppen haben ihre Streitereien vergessen, um zusammen für ein gemeinsames Ziel zu demonstrieren. Sie erkennen, dass Polizeigewalt nur *eine* Form der Gewalt in ihrem Leben ist. Beim Versuch das zu ändern, sind sie auf eine andere Art und Weise zusammengekommen.

»Hier waren alle so depressiv. Es ist schwer, überhaupt klar zu denken und was mit dir anzufangen, weil so viel Negatives um dich rum ist,« sagt Carter und fügt hinzu, dass die Bewegung das verändert hat. »Es geht nicht nur um mich. Andere Freunde hatten viel mit Gangs und Gewalt zu tun, aber sie haben das hinter sich gelassen und zusammengehalten. Sie haben sich kaum noch um all das gekümmert, was vorher so wichtig war. Die Leute werden aufwachen, sie werden die Augen richtig aufmachen und erkennen, wie es wirklich ist, denn nur die Wahrheit macht dich frei« sagt er und wechselt in die Rolle des Protestanführers, die er ganz selbstverständlich angenommen hat. »Ich habe die Wahrheit gesehen. Ich verstehe, was los ist. Ich verstehe, wie das System funktioniert, und ich will einfach, dass die Leute, die nicht mitkriegen, was passiert, sich klar werden, wie das System funktioniert.«

1941 schrieb CLR James über die Haltung von Landarbeitern, die im südlichen Missouri gegen ihre Bedingungen kämpften, dass »diese Arbeiter in einem grundlegenden Sinn zu den fortgeschrittensten in Amerika [gehören]. Für jeden Marxisten ist ein fortschrittlicher Arbeiter jemand, der das System, in dem er lebt, zu Stücken hauen will. Das ist genau, was die Ausdrucksstärksten im Süden Missouris vom Kapitalismus denken.« Vielleicht kann man dasselbe von den Leuten auf der Straße in Ferguson im Jahr 2014 sagen. (Anm. d. Autoren)

Ferguson zeigt das Ende der politischen Vertretung

Interview mit *Silvia Federici* und *George Caffentzis*, 1.12.2014

Auszüge aus einem Interview von Ende November 2014 mit Silvia Federici und George Caffentzis, die in New York leben. Veröffentlicht am 1.12.2014 auf www.infoaut.org

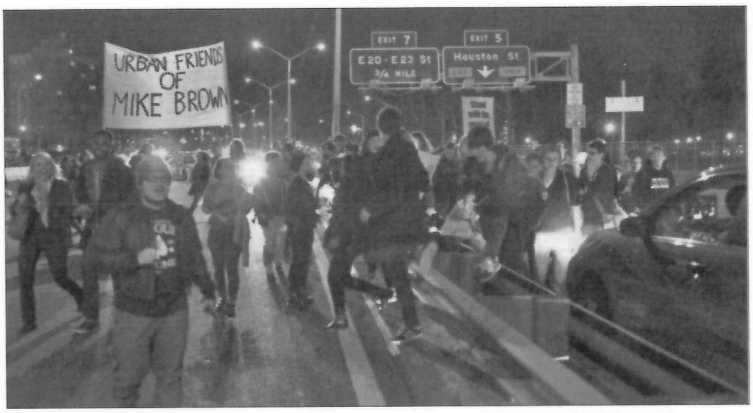
SF: Es ist ein Krieg gegen die schwarze Community im Gange, zumindest gegen die proletarische schwarze Community. Seit dem 9. August, dem Tag, an dem Michael Brown ermordet wurde, hat die Polizei weitere 14 vor allem afroamerikanische Menschen umgebracht. Der Urteilsspruch war absehbar, aber mit seiner Verkündung haben erneut Proteste begonnen, es gab Prügeleien mit der Polizei und große Demonstrationen wie in Oakland, New York und natürlich in Ferguson selbst. Diese Demonstrationen stellen eine wichtige politische Wende der Bewegungen in den USA dar. Sie hatten den Verkehr zum Ziel und in vielen Teilen des Landes die Straßen blockiert, die Autobahnen, Tunnel und Brücken.

Ich glaube, dass diese Woche sehr wichtig ist. Die Mobilisierung hat eine neue Fähigkeit gezeigt, sich zu verbünden, und vor allem den Willen, weiterzumachen und die Zustände, die Machtverhältnisse zu verändern. In ihrer Fähigkeit zu einer breiten Koordination auf nationaler Ebene stellt sie eine Wende dar. Von der schwarzen Bevölkerung haben vor allem die Jungen demonstriert; die Mittelklasse und die Politiker waren abwesend. Es waren aber auch viele junge Weiße beteiligt, im Bewusstsein, dass die Polizeigewalt kein Zufall ist, sondern klar bestimmte Politik. Das ist neu, ich habe das noch nicht erlebt. Es gab viele Proteste gegen Polizeimorde oder Ähnliches, aber da waren ausschließlich Schwarze beteiligt. Wenn man diese Gerichtsverhandlungen, diese Ermordungen nur als eine Frage der Hautfarbe sieht (was natürlich sehr wichtig ist), versteht man ihre wirkliche Bedeutung nicht.

GC: Die weiße Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten zur Minderheit in diesem Land werden, das ist völlig klar. Dieser Übergang stellt die derzeitige Machtordnung in Frage, er umreißt ein Kampfterrain und wird oft auch als Krise der Repräsentanz gefasst. Diese Krise drückte schon *Occupy* vor drei Jahren aus, als sie sagten, die Regierungen seien Ausdruck des reichen einen Prozents. Auch Ferguson zeigt, dass die politische Vertretung tot ist.

SF: Die Verbindung zwischen den Jungen auf der Straße und den alten Repräsentanten der Bürgerrechtsbewegungen ist zerbrochen. Es gibt keine. Bei verschiedenen Gelegenheiten, z. B. wenn diese Politiker auf Versammlungen eine Rede hielten, um zur Ruhe aufzurufen, sagten die Jungen: »Nein danke, es reicht. Das hier ist unser Ding«.

Seit Mitte der 60er Jahre führt der amerikanische Staat Krieg gegen die jungen Schwarzen, gegen eine Bevölkerung, die als besonders kämpferisch, als gefährlich für den Status quo angesehen wird. Seit den 60er Jahren lässt man sie für das Verbrechen bezahlen, sich aufgelehnt zu haben. Das Verbrechen, dass die *Black Panthers* versucht haben, Strategien der Selbstverteidigung und Mobilisierung in den Vierteln umzusetzen. Seit damals versuchen sie vor allem, die junge schwarze Bevölkerung zu entwaffnen, zu domestizieren und zu unterjochen, insbesondere mit d er Verschärfung der Drogengesetze. Im *war on drugs* wurde die Polizei vor allem in den schwarzen Vierteln selbst zur Armee. Und statt Geldstrafen wurden nun schwere Strafen von vier, fünf Jahren Knast verhängt, die zu einer enormen Zunahme der Knastbevölkerung geführt haben. Es gibt seit vielen Jahren einen Prozess der Massenkriminalisierung. Heute sind mehr als zwei Millionen Menschen im Knast, ein großer Teil davon ist schwarz. Viele sind seit Jahren in absoluter Isolationshaft; sehr viele von den *Black Panthers* und den politischen Gefangenen sind oder waren jahrelang, manche zehn oder fünfzehn Jahre, in Totalisolation. Diese Formen von Folter und Barbarei sind Zeichen für einen sehr starken Vernichtungswillen.



Mit der sogenannten Wirtschaftskrise und der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit der jungen Schwarzen, die in manchen Gegenden 50 Prozent erreicht, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit von Gegenwehr. Es gab also eine Eskalation. In vielen Vierteln, auch in Latinovierteln, ist die Polizei eine Besatzungsarmee, die dieselben Waffen benutzt wie im Irak und in Afghanistan. Mit dem *war on terror* wurde die Polizei seit 2001 immer stärker militarisiert. Sie wird seit vielen Jahren von der Armee ausgebildet und ist mit denselben Waffen ausgerüstet, deshalb herrscht in vielen Vierteln praktisch dasselbe Level an Polizeibrutalität wie vielleicht in den Vierteln von Kabul oder im Irak.

Die USA sind um den Krieg herum organisiert. Krieg im Irak, in Afghanistan, Militärbasen in der ganzen Welt, und dann der Jemen und indirekt Syrien usw. ... All dies wirkt sich auf das Verhalten der Polizei aus. Wenn du Immigrant bist oder in einem armen Viertel lebst, können sie dir Sonntag morgens die Wohnungstür aufbrechen und mit gezogener Waffe reinkommen unter dem Vorwand, nach Waffen oder Drogen zu suchen. Die Polizei behandelt die jungen Schwarzen wie feindliche Kämpfer: *shoot first and ask later* [erst schießen, dann fragen], genau so, wie sie es in den Vierteln im Irak lernen. Und sie genießen dabei dieselbe Straflosigkeit, sie können hier wie dort tun, was sie wollen. Die Linie zwischen Polizei und Armee verschwimmt immer mehr: dieselben Taktiken, dieselbe Ausbildung, dieselbe Bewaffnung.

GC: Heute braucht es nicht so sehr eine Bürgerrechtsbewegung wie in der Vergangenheit, sondern die Fähigkeit, den Praktiken von Polizei und Armee entgegenzutreten. Deshalb zeigen die jüngsten Mobilisierungen, so problematisch das auch sein mag, dass eine neue Figur die Bühne betreten hat, die andere Vorstellungen hat als die offiziellen Lehren.

SF: Und natürlich sind auch die Migranten im Fadenkreuz. Tausende befinden sich in Abschiebehaft. Obama hat jüngst eine Kampagne zur Deportation von Kindern initiiert, die sich alleine an der Grenze zu Mexiko aufhalten und aus wahnsinnigen Zuständen geflüchtet sind, die großteils von den USA und den verschiedenen von ihnen direkt oder indirekt geführten oder finanzierten Kriegen in Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras usw. geschaffen wurden. Dies ist wichtig, um zu verstehen, warum sich jetzt auch weiße Jugendliche an den Mobilisierungen beteiligen. Diese Mobilisierung ist nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern weil seit Jahren ein Prozess in Gange ist, der viele Formen annimmt, viele Gruppen und Organisationen. Zum Beispiel Leute, die dagegen kämpfen, dass die Richter für bestimmte Verbrechen eine bestimmte Anzahl von Jahren Knast verhängen müssen – ein Mittel, um die Zahl der Verurteilungen stark zu erhöhen. Oder gegen Isolationshaft, die Todesstrafe, das ganze Knastsystem. Organisationen wie »Innocence Project«, die sich Fälle von Leuten ansehen, die mit minimalen Beweisen allein aufgrund von Polizeiaussagen eingeknastet wurden. Es hat sich ein ganzes Netz von Organisationen gebildet...

GC: ... viele Verbindungen sind in den letzten drei Jahren geschmiedet worden, aber mit dem Mord an Mike Brown hat eine neue Geschichte begonnen. Dies ist nicht die Zeit, in der die Historiker sprechen sollten, weil die Geschichte *jetzt* gemacht wird. ■

Der globale

Bodentruppen gesucht

»Friedrich Engels sagte einmal: die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. Was bedeutet ein ›Rückfall in die Barbarei‹ auf unserer Höhe der europäischen Zivilisation? Wir haben wohl alle die Worte bis jetzt gedankenlos gelesen und wiederholt, ohne ihren furchtbaren Ernst zu ahnen.«

Als Rosa Luxemburg 1915 Engels zitierte, hatte sie noch die Revolution 1905 und eine starke Arbeiterbewegung im Sinn. Heute erleben wir den Zusammenbruch des kapitalistischen Weltsystems, des Wirtschafts- und des Staatensystems, ohne dass die Alternative einer befreiten Gesellschaft vor der Tür stünde. Die Kämpfe von unten haben vor Jahrzehnten das Kapital in eine bis heute ungelöste Verwertungskrise getrieben, sie haben die staatlichen Strukturen zersetzt – aber die Konsequenzen sind mörderisch: Das Kapital zerstört im Zweifelsfalle eher die gesellschaftliche Infrastruktur, bevor es zulässt, dass sich eine neue Form der Gesellschaftlichkeit entwickelt. Das ist kein Rückfall in archaische Regungen des Menschen, sondern Kalkül.

Die physische Zerstörung vieler Regionen der Welt und die Zerstörung der sozialen Absicherung in den alten Industriestaaten sind zwei Seiten desselben Krieges. Seit etwa 1970 wird dieser Krieg nach außen und nach innen in immer neuen Etappen eskaliert. Auch deshalb, weil bisher aus keinem der Bürgerkriege ein stabiler Staat mit einer sich selbst ernährenden Wirtschaft geworden ist; alle müssen hoch bezuschusst werden, ein Protektorat am Tropf der NATO und diverser NGOs ist vorläufig die letzte ökonomische Stufe.

Hoffnung macht, dass es den Herrschenden immer schwerer fällt, (Boden-)Truppen für diese Kriege zu finden.

War on drugs

1973 verkündete US-Präsident Nixon in Analogie und Umkehrung des »Kriegs gegen die Armut« seines Amtsvorgängers Johnson den »Krieg gegen die Drogen«. Johnson hatte versucht, die verbreitete Wut über die Ausbeutung in den Fabriken, die Armut und die rassistische Spaltung durch staatliche Sozialprogramme aufzufangen und zu entschärfen. Unter Nixon wurden die Sozialprogramme zurückgefahren und gleichzeitig versucht, die neue schwarze Mittelschicht von der militanten subproletarischen Kultur zu trennen. Parallel dazu pumpte die Regierung billige Drogen in die schwarzen Ghettos, was nebenbei informelle Einkommensmöglichkeiten eröffnete – während sie den kleinen Drogendealern den Krieg erklärte und über Institutionen wie die DEA (*Drug Enforcement Agency*) bestehende Drogenkartelle unterwanderte oder neu gründete. Mit dem *War on drugs* begann die beispiellose Zunahme der Einknastungen in den USA.[1]

Außenpolitisch etablierte sich unter diesem Schlagwort ab den 80er Jahren ein inoffizieller, geheimdienstlich organisierter Krieg vor allem gegen die Aufstandsbewegungen in Lateinamerika.

Diese Länder wurden vom IWF stranguliert, die materielle Reproduktion der Gesellschaft auf die Produktion und den Schmuggel von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie z. B. Drogen reduziert. Der offiziell dagegen geführte Krieg forcierte die Tendenz zur Auflösung des Staates und aller Ansätze, einen von Guerillagruppen abgesicherten Alternativstaat aufzubauen. Teilweise transformierte er die

[1] Die USA haben die mit Abstand höchste Inhaftierungsrate der Welt. Insgesamt sind 1,65 Prozent der schwarzen gegenüber 0,27 Prozent der weißen US-Bevölkerung im Knast. Rechnet man die auf Bewährung Freigelassenen dazu, so befindet sich zum Stichtag jeder 45. US-Amerikaner im Gefängnissystem.

Bürgerkrieg

Guerillabewegungen selber in ein Segment der Drogenökonomie.

Die (staatlich protegierten) Drogenkartelle dienten als Vorwand, um den Krieg gegen das Proletariat und die Landbevölkerung zu verschärfen. Die direkte militärische Intervention in Panama 1989 wurde erstmals mit den Verwicklungen des Putschisten Noriega in den Drogenhandel begründet (Präsident Noriega war CIA-Mann und eine Schlüsselfigur bei der Iran-Contra-Affäre). Zehn Jahre später wurde dieses Vorgehen im *Plan Colombia* offiziell weitergeführt.

Internationale Sanktionsregimes

Nach dem Krieg gegen den Irak 1990/91 setzte die UNO vielfältige Sanktionen in Kraft. Bis heute werden sie als angeblich unblutiges Mittel zum *regime change* dargestellt und eingesetzt. Tatsächlich haben diese Maßnahmen vom Irak bis Syrien die Regimes zunächst gestärkt und die öffentliche Verwaltung und die Bevölkerung getroffen. Wenn die offiziellen Kanäle aller Handelsbeziehungen verstopft sind, wird der Im- und Export zunehmend informalisiert. In der Folge hängt die Verteilung vieler lebenswichtiger Ressourcen immer mehr an Klientelnetzwerken. Die produktiven industriellen Bereiche werden stranguliert, gerade die Bereiche, aus denen heraus die Fragen nach einer anderen gesellschaftlichen Reproduktion nach einem Umsturz hätten gestellt werden können (oder zuvor gestellt worden waren). Nicht die Widerstandsversuche der Ölarbeiter in Basra nach 2003 konnten den Nachkriegsirak prägen, sondern blutige Verteilungskämpfe. Sanktionen waren und sind die Vorbereitung zum Bürgerkrieg.

Abwicklungsbürgerkriege

Ebenfalls in den 90er Jahren brachen in den ehemaligen Staatswirtschaften Osteuropas und in Algerien Kriege aus, in denen die sozialstaatlichen Sicherungssysteme (Beschäftigungsgarantien, Rentenansprüche, Krankenversorgung usw.) abgewickelt wurden und Millionen vertriebener Menschen als billige Arbeitskräfte in die Metropolen kamen. Diese Migration war die praktische Konsequenz aus den von außen gesetzten Bedingungen (IWF und andere internationale Kreditgeber) und den dadurch in Gang gesetzten Verteilungskämpfen. Auf der anderen Seite gab es für die alten bürokratischen Eliten neue Chancen; in Bosnien setzte sich eine neue Mittel- und Oberschicht von Kriegsgewinnlern durch.

In den 90er Jahren wurden diese Kriege noch von einer breiten Debatte um *nation building* flankiert. Man werde eine junge Mittelschicht mobilisieren, die sich im Gefolge der Militärintervention von den alten korrupten Strukturen unabhängig machen und selber eine staatstragende Rolle einnehmen könne. Wie es dann wirklich kam, lässt sich an den NATO-Protektoraten in Bosnien und im Kosovo sehen.

Diese Debatten waren auch nach innen gerichtet: Hierzulande funktionierten sie auf der untersten mentalen Ebene als Türöffner, um dem globalen »Pöbel« den Krieg zynischerweise im Namen der Humanität zu erklären. Am deutlichsten brachte vielleicht Enzensberger die bellizistische Wende im linken Diskurs zum Ausdruck: Die »ethnischen« und »religiösen« Kriege würden zeigen, dass die Menschen ohne die zivilisierende, geballte Feuerkraft des Staates übereinander herfallen. Auch bei den (gleichzeitigen) Aufständen in den Ghettos der USA oder Frankreichs, den rassistischen Übergriffen in Rostock und anderswo sei Mitleid mit den »Wilden« unangebracht.[2]

Detlef Hartmann hatte diese Tendenz nach dem zweiten Irakkrieg 1990/91 als »sozialen Weltkrieg« gegen all diejenigen gefasst, die sich dem Zugriff des Kapitals durch ihr alltägliches Verhalten entziehen.[3]

[2] »Ausblicke auf den Bürgerkrieg. Hans Magnus Enzensberger über den täglichen Massenmord und die überforderte Moral«. *Der Spiegel*, 21.06.1993 http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683377.html

[3] Hartmann | Vogelskamp: *Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg. Nachkriegsplanungen der US-Regierung und ihrer Think Tanks.* Hamburg und Göttingen 2003.

Privatisierungskriege gegen die Unterklassen

Das Beispiel Jugoslawien

Anfang der 90er Jahre steckte der jugoslawische Staat in der Zange zwischen Arbeiterkämpfen und IWF. Einen Ausweg sahen die politischen Eliten der Teilrepubliken und die Managementeliten der Staatsbetriebe in der Neustrukturierung der gesellschaftlichen Beziehungen nach »ethnischer Zugehörigkeit«. In einem ersten Schritt wurden Ressourcen wie Staatsbetriebe und Steuergelder in parallel aufgebaute Ministerien und Verwaltungsapparate aufgeteilt. Dabei ging es nicht allein um die Aneignung der Produktionsanlagen, sondern auch um das Kapitalvermögen und die Auslandskontakte. Erst nach vollzogener Aufteilung brachen die Kämpfe zwischen den Einflusssphären aus.

Diese Kämpfe zerstörten die Infrastruktur und führten zu Vertreibungen; sie strangulierten die Ökonomie, die auf Raub und Zuwendungen von außen umgestellt werden musste. Erst damit wurden »ethnische« Bindungen existenziell – das Überleben außerhalb solcher Strukturen war unmöglich geworden (massenhafte Emigration).

Im Übergang zur Raubwirtschaft entstanden zwei Arten von Milizorganisationen: politisch-mafiöse und lokale. Die mobilen mafiösen Milizen bildeten die berüchtigten nationalistischen Sondereinheiten. Sie rekrutierten sich aus internationalen Söldnern, vor allem aber dem »Subproletariat« der industriellen Kernregionen Jugoslawiens. »Der Konflikt war – in Serbien wie in Bosnien – mit einem perversen Prozess der sozialen Öffnung verbunden, einer Neubildung sozialer Hierarchien, dessen Spiegelbild der soziale Abstieg all derjenigen war, die auf den mittleren Rängen der Verwaltung oder in der regulären Wirtschaft angesiedelt waren.«.

Haupteinnahmequellen waren Plünderungen, Außenhandel mit erbeuteten Konsum- und Produktionsgütern und Kontrolle der Verkehrsachsen (Abschöpfung eines erheblichen Teils der »Humanitären Hilfe«). Ethnische Vertreibungen durch Gräueltaten dienten vor allem der Abpressung aller eventuell noch vorhandenen Geldreserven.

Den Unterhalt der meist defensiv ausgerichteten lokalen Milizen organisierte die örtliche Verwaltung durch städtische Steuern und Verteilung der Spenden von Arbeitsemigranten und lokalen Unternehmern. Statt Sold bekamen diese Milizionäre in der Regel Nahrungsmittel und Brennstoff. Ihre Loyalität wurde auch durch Druck auf die Familien hergestellt: Deren Sozialleistungen (Wohnung, Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen usw.) wurden an die Ableistung des Militärdienstes gekoppelt; Nichtbefolgung eines Marschbefehls (»Desertion«) wurde gegebenfalls mit Bestrafung der Familien geahndet.

Diese spezielle Ökonomie des Bosnienkriegs, in der die (ethnisch legitimierte) Beherrschung von kleinen Enklaven Einnahmequellen sicherte, hat die »Ethnisierungs- und Territorialisierungsprozesse« verstärkt und beschleunigt – und gleichzeitig auf höherer Ebene einen Status quo herbeigeführt, den alle Seiten mehr oder minder aufrechterhielten. Militärisch wurde keine Entscheidung gesucht, die Auseinandersetzungen waren vor allem taktisch motiviert (um etwa die »Steuereinnahmen« aus Hilfsgütern zu erhöhen). Die »Kooperation« von an sich gegnerischen Militärs und Politikern führte »auf lokaler Ebene zur Herausbildung von Renten- und Mafiastrukturen, die der Grundkonfiguration des Konfliktes nicht entsprachen, ja sogar im klaren Widerspruch zu ihr standen«. Das Kriegsgeschehen wurde zunehmend von den jeweiligen ökonomischen Interessen diktiert: Stellungen wurden gegen Geld an den Gegner verkauft; Unterstützung unter »Verbündeten« nur gegen Vorkasse geleistet (kroatische Armee gegenüber den bosniakischen Verbänden); gegen Geld Hilfestellung auch für den eigentlichen »Feind« zur Verfügung gestellt (die serbische Armee z. B. vermietete Panzer und Flugzeuge an die Kroaten, gleichzeitig Artillerieunterstützung für Muslime gegen Kroaten usw.).

In den Auseinandersetzungen zwischen Kroaten und Muslimen von April 1993 bis Februar 1994 erreichte die Raubökonomie ihren Höhepunkt. Gleichzeitig untergrub sie jedoch auch ihre ideologischen Voraussetzungen (die »ethnische Legitimation«): Es kam zunehmend zu Kämpfen innerhalb der »Volksgruppen« (Herbst 1993: Sezession des muslimischen Führers Abdic, oder Meuterei serbischer Soldaten in Banja Luka, oder das Auftreten von Milizen in Zentralbosnien, die Terror und brutalen Raub gegenüber ihrer eigenen »Volksgruppe« praktizierten).

Als sich die Dynamik der Kriegsökonomie erschöpfte, war auch das Ende des Kriegs erreicht. Der »Frieden« etablierte und legalisierte die in ihm entstandenen Machtstrukturen. Das führte zu Protesten, die aber zu schwach waren, um sich durchzusetzen. Im Frühjahr 1994 kam es zu »einer Welle der Unzufriedenheit bei den Soldaten der bosnischen Armee. Angesichts der nun offen agierenden ›Kriegsgewinnler‹, der Professionalisierung des Offizierskorps und des wirtschaftlichen Aufschwungs einiger Unternehmen wurde den Soldaten bewusst, wie bescheiden und unsicher dagegen

Dieses und die folgenden Zitate sind aus:
Xavier Bougarel: Zur Ökonomie des Bosnien-Konflikts: zwischen Raub und Produktion,
in: F. Jean und J-C. Rufin: *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg 1999 (HIS-Verlag)

Siehe auch: Michael Ehrke: Bosnien: *Zur politischen Ökonomie erzwungenen Friedens*, 2002.

ihr eigener Status war. Ihre Wut und Enttäuschung richteten sich gegen ›Kriegsgewinnler‹, ›Salongeneräle‹ und ›Drückeberger‹ oder äußerten sich in Forderungen nach Nahrung, nach besserer Versorgung der Familien von Invaliden und Märtyrern oder nach einer Arbeitsplatzgarantie für die Zeit nach Kriegsende.«[4]

Die militärische Kontrolle des Landes durch Truppen der NATO diente nicht dazu, einen etwaigen weiteren Krieg zu verhindern. Sie sicherten ein staatliches Konstrukt ab, das die Spaltungen institutionell fortschrieb, bevor die verbreitete Wut über die Kriegsgewinnler die ethnisch verbrämten Spaltungen hätte überwinden können.

War on terror

Nach dem Anschlag auf das New Yorker *World Trade Center* am 11. September 2001 wurde ein neuer Propagandabegriff eingeführt: »Krieg gegen den Terror«. Nach außen bezeichnete er die weitere Eskalation bei der strategischen und gezielten Zerstörung gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen – nach innen eine ungekannte Aufrüstung der Überwachung.

Der Umbau der militärischen Apparate zu flexiblen Hightech-Eingreiftruppen wurde beschleunigt. Bereits 1996 hatte der Generalstabsoffizier Reinhard Herden, Bereichsleiter für Analysen und Risikoprognosen des Amtes für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, die Zielsetzung dieses Umbaus im offiziellen Bundeswehrorgan »Truppenpraxis/Wehrausbildung« auf den Punkt gebracht: Im 21. Jahrhundert »*werden die jetzt im Frieden miteinander lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. (...) Der Menschheit steht ein Jahrhundert des Mangels bevor. Um Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen.*« Den Feind in diesen Kriegen beschrieb er ganz in der Tradition deutscher Partisanenbekämpfung als archaische »*Krieger*«, als »*Banditen, die keine Loyalität kennen, aus Gewohnheit Gewalt anwenden und an Recht und Ordnung kein Interesse haben*«.

Der *Krieg gegen den Terror* trug dem Scheitern des *nation building* Rechnung: Im Irak, Afghanistan, Somalia etc. wurde auf eine offizielle Kolonialverwaltung verzichtet und stattdessen Scheinstaaten aufgebaut, die von wechselnden Allianzen religiös oder ethnisch legitimierter Milizen kommandiert werden. Widerstand dagegen hat bis heute das Problem, nur sehr schwer aus dem Koordinatensystem von Nationalität, Religion etc. herauszufinden. Auch weil jeder Ansatz dazu mit einem militärischen *overkill* beantwortet wird: Die Blutspur der Zerstörung ganzer Städte reicht von Falludschah (2004) über Gaza-Stadt bis Donezk 2014. Bereits vor der US-amerikanischen Erklärung des *war on terror* hatte Russland 1995 Grosny zerstört – das liegt auf derselben Linie. Jeder Ansatz von Entwicklung, Industrialisierung, Stabilisierung würde die fragile Balance in Frage stellen. Deshalb erleben wir eine totale Zerstörung bzw. einen durch Aufrüstung entgegenstehender militärischer Gruppierungen endlosen Krieg.

Der *Krieg gegen den Terror* wird auch im Innern der kapitalistischen Kernstaaten und in den Städten des »globalen Südens« geführt. Der staatstragenden Mittelklasse werden weniger weltverbessernde Arbeitsmöglichkeiten im Sozialbereich angeboten und mehr repressive und Kontrolljobs im sich aufblähenden Sicherheitsapparat. Damit wird auch sie in den Krieg gegen das Proletariat gezogen. Von Oktober bis November wurden die furchterregenden Ergebnisse einer Befragung von Jurastudenten bekannt und in der Presse diskutiert: Demnach befürwortet jeder dritte Jurastudent in der BRD die Todesstrafe, jeder zweite die Anwendung von Folter: Barbarisierung der Mittelschicht.

Mit diesem Muster werden in den Metropolen immer weitere Tabus gebrochen, die 1948 deklarierten Menschenrechte gelten nicht mehr für alle Menschen; es wird wieder *offiziell* gefoltert, Menschen ohne Gerichtsverfahren unbeschränkt eingeknastet, ermordet – wenn es gegen Terroristen, Kinderschänder, Sozialbetrüger, Armutsflüchtlinge geht...

Kriege gegen den Aufstand

In den Aufstandsbewegungen von 2011 war im Gegensatz zur »Wende« 1989 von Anfang an klar, dass politische Liberalisierung allein nicht reicht, sondern die sozialen Verhältnisse geändert werden müssen. Die Rebellionen forderten Demokratie *und* soziale Gerechtigkeit. Für einen Moment kamen neue und alte Mittelschichten mit dem Subproletariat zusammen – und spalteten sich im nächsten Moment an der Frage, in welche Richtung die sozialen Verhältnisse zu verändern sind. Die einen griffen die korrupten staatlichen Strukturen an (inklusive der Reste der sozialen Zuwendungen wie staatliche Subventionierung von Grundnahrungsmitteln) und forderten eine weitere wirtschaftliche Liberalisierung. Die anderen forderten im Gegenteil einen Ausbau der staatlichen Leistungen für die Armen (z. B. Wohnungsbau) und die Rücknahme der Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe.

Am Beispiel Ägyptens lässt sich die Rolle der industriellen Arbeiterklasse sehen. Diese ist zwar geschrumpft und in einer ökonomisch schwachen Position, sie hat dennoch in den Jahren vor 2011

[4] Vgl. dazu den Artikel in *Wildcat* 96 über den »Aufstand in Bosnien«: so lange kann es dauern, bis sich wieder Kräfte von unten organisieren.

Kämpfe geführt, die die Aufstandsbewegung prägten. Sie konnte darin keine neuen Ideen entwickeln, es waren defensive Kämpfe, die letztlich den Staat aufforderten, seiner allgemeinen sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Trotzdem erklärt die Kraft der Arbeiter in Ländern wie Ägypten und Tunesien, warum es den Herrschenden dort nicht gelungen ist, Bürgerkriege zur gewaltsamen Neuordnung zu entfachen. Das gelang dagegen in Libyen, einem Land, das fast vollständig von der Ölrente abhängt; dort fehlte der Part einer Arbeiterbewegung, und die Kämpfe um Neuverteilung richteten sich nach einer Militärintervention von außen sehr schnell gegen die vielen ausländischen Arbeitsmigranten. Später tobten sie unter den verschiedenen einheimischen »Clans«.

Entstaatlichungskriege

Das Beispiel Ukraine

Der Krieg im Osten der Ukraine zeigt, wie nah die Auflösung des kapitalistischen Weltsystems an seine Zentren rückt. Die Ukraine liegt in Europa; der Krieg findet in einem industriellen Zentrum statt.

Der »Majdan« lässt sich als ein präventiver Putsch gegen einen möglichen Aufstand begreifen; das oligarchische System (zuletzt von Janukowytsch vertreten) war zu schwach, die vom Kapital geforderten Reformen durchzusetzen. Auf der Seite der Einkommen geht es dabei zuallererst um die drastische Streichung von Renten, subventionierten Energiepreisen, garantierten Jobs in der staatlichen Verwaltung und staatlichen Betrieben. Strukturell geht es darum, eine bürokratische und korrupte Mittelklasse (das Äquivalent der korrupten oligarchischen Elite) sowie einen durch Gesetze geschützten bäuerlichen Mittelstand abzuräumen, der aus Sicht des Agrarkapitals ein Hindernis darstellt. Vor diesem Hintergrund und mit dem strategischen Ziel der Schwächung der Achse Berlin/Moskau stellte die US-Regierung durch ihr ausschließliches Setzen auf militante Faschisten und ihr Torpedieren jeder Verhandlungslösung früh die Weichen, die Lage hin zum (Bürger-)Krieg zu eskalieren.

Um keine Eigendynamik durch die von den Faschisten rekrutierten »Unterschichten« zuzulassen, brauchte es auf beiden Seiten den nationalistischen Konflikt: Westukrainische Nazis versuchten die »russischen« Oligarchen notfalls mit Gewalt zu entmachten, »prorussische« Milizen gingen gegen »Putschisten-Oligarchen« vor. In der Ostukraine fanden Ende Februar/Anfang März 2014 Massendemos gegen die Putschregierung statt; vielleicht gab es für einen kurzen Zeitpunkt die Möglichkeit eines dritten Wegs, den eines gemeinsamen proletarischen Widerstands gegen die Privatisierungen und die Zerschlagung der Sozialansprüche. Aber mit dem umstrittenen Sprachengesetz und der Abspaltung der Krim und der anschließenden Besetzung der Regionalverwaltungen durch bewaffnete Milizionäre und Teile des alten Sicherheitsapparats wurde die nationalistische Spaltung durchgesetzt, verstärkt durch die regelmäßigen blutigen Provokationen der faschistoiden Sicherheitskräfte: Die ungeklärten Schüsse auf dem Majdan, die Massaker von Odessa und Mariupol, der Abschuss des malaysischen Passagierflugzeuges MH17... Auf der ostukrainischen Seite war die Eskalation von der Hoffnung getragen, durch den bewaffneten Widerstand Russland zwingen zu können, für die Aufrechterhaltung des sozialen Status quo aufzukommen. Der »Sezessionskrieg« bleibt an den Staat gebunden, will ihn unter Druck setzen – es ist kein Krieg um eine neue soziale Ordnung. Auf der westukrainischen Seite hofft man, von der EU und der NATO eine Dividende erkämpfen zu können.

Dass der »Dritte Weg« nicht gegangen wurde, hat sicherlich auch mit der schwachen Position der Industriearbeiterklasse in der Ostukraine zu tun; in den noch staatlichen Betrieben sind es vor allem ältere Arbeiter, die über die Staatsbetriebe sehr stark an den (nationalen) Sozialstaat gebunden sind. In der desaströsen Lage, in der sich die Betriebe nach Jahrzehnten des Ausblutens befinden, können sie kaum mehr Macht einsetzen und vermitteln. Forderungen nach (Re-)Verstaatlichung sind marginal geblieben. Das zeigt die begrenzten materiellen Perspektiven der IndustriearbeiterInnen. Sie haben aber bislang die Dynamik hin zu einem Bürgerkrieg wie in Bosnien verhindern können – und das ist eine ganze Menge! Es bleibt abzuwarten, wie der Versuch der ukrainischen Regierung, durch die Streichung der Sozialleistungen in den Separatistengebieten diesen Zusammenhang gewaltsam zu kappen, von der russischen Regierung gekontert wird; entweder riskiert sie die Zuspitzung des geopolitischen Konflikts durch die Übernahme staatlicher Aufgaben in einem anderen Staat, oder sie verweigert das mit der voraussehbaren Konsequenz einer weiteren Brutalisierung des Kriegs.

Die Fokussierung der öffentlichen Wahrnehmung und des linken Diskurses auf einen Endkampf zwischen der islamistischen Miliz IS und dem zur Keimzelle einer freien Gesellschaft stilisierten kurdischen Rojava verdeckt die Problematik der durch den Bürgerkrieg zerschlagenen Gesellschaften des Irak und Syriens. Die Politik der PKK/PYD hat zwei große Erfolge erzielt, indem sie die kurdischen Gebiete mehr als zwei Jahre lang aus dem Bürgerkrieg herausgehalten und dabei versucht hat, das Alltagsleben und die öffentliche Verwaltung zu demokratisieren. Diese Realpolitik hat ihren politischen Preis: Am Anfang stand die Wahl zwischen gesamtsyrischer Demokratiebewegung und regionaler Autonomie im Zeichen einer kurdischen Identität. Die Regierung Assad »belohnte« die Entscheidung für die zweite Alternative, indem sie sich im Juli 2012 partiell zurückzog und der PYD die Kontrolle überließ. Aber abgesehen von der (wichtigen!) internen Basisdemokratie hat Rojava in der Bürgerkriegsökonomie von ganz Syrien keine Sonderrolle.

Der Zerfall des syrischen Staats verlief in vier Stufen: Im ersten halben Jahr des Aufstands sanken zunächst nur die Einnahmen aus dem Tourismus und die ausländischen Investitionen drastisch. Der steigenden Arbeitslosigkeit versuchte das Regime durch eine deutliche Anhebung der Gehälter im öffentlichen Dienst und durch Preissenkungen bei subventionierten Grundnahrungsmitteln zu begegnen. Mit dem Beschluss für Sanktionen im Herbst 2011 erzwang die »internationale Staatengemeinschaft« eine ähnliche Entwicklung wie im Irak der 90er Jahre: Die Steuereinnahmen des Staats sanken dramatisch, viele Güter konnten offiziell nicht mehr aus- bzw. eingeführt werden. Ein Wechsel der politischen und wirtschaftlichen Elite zur Opposition fand nicht statt; ihre Position stärkte sich durch die Informalisierung der Wirtschaftsbeziehungen sogar. In der dritten Phase von Sommer 2012 bis Anfang 2013 wurde die industrielle Basis des Landes in Aleppo und Damaskus systematisch zerstört. Versuche militanter Gruppen, die Kontrolle über die Fertigungskapazitäten zu erlangen, führten zu Plünderungen und einer Politik der verbrannten Erde von beiden Seiten; schließlich wurden die restlichen Ausrüstungen in die Türkei und nach Ägypten verkauft.

Die vorerst letzte Phase begann im Frühjahr 2013 mit der Eroberung der nordöstlichen Regionen, der Kornkammer und der Ölquellen Syriens durch Rebellengruppen. Nach der Zerstörung der industriellen Basis wird das Land nun durch eine Kriegsökonomie fragmentiert, die von der regionalen Kontrolle über Ressourcen (Grenzübergänge für Schmuggel, Kraftwerke, Getreidemühlen, internationale Gelder und Kredite u. a.) abhängt und von unmittelbarem Raub (von Menschen und von Gütern) und Erpressung lebt. Eine Situation wie in Bosnien 1994: Zusammenarbeit der Kriegsgewinnler aller Seiten in wechselnden Allianzen und eine Zementierung des für Einzelne lukrativen Status quo, was jegliche konfessionelle und ideologische Legitimation des Kriegs untergräbt. Ob sich die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung in Protesten oder Desertionen ausdrückte, wissen wir nicht. Eine Lösung wie in Bosnien ist heute nicht mehr möglich; zum einen aufgrund des verschärften geopolitischen Machtkampfs, zum anderen findet der Westen in Syrien keine relevante Mittelschicht, die seine Militärintervention »legitimieren« könnte.[5]

In dieser Situation schuf der spektakuläre Durchmarsch des IS eine neue Eskalationsstufe. Nicht weil er besonders grausam vorgeht (an Grausamkeit geben sich die verschiedenen Milizen im Irak und Syrien nicht viel), sondern weil er womöglich eine neue Front schafft und die außer Kontrolle zu geratenden Fragmentierungsprozesse überwindet. Sowohl seine Aufrüstung wie seine Bekämpfung sind in diesem Sinne funktional.

Nach den Aufständen 2011 war der IS von den Golfstaaten, der Türkei und den USA hochgerüstet worden. Er organisiert den Großteil der aus anderen arabischen Ländern eingeströmten Kämpfer. Sie kämpfen natürlich für Geld, viele sind aber auch die Verlierer der demokratischen Umstürze in Ländern wie Tunesien und Ägypten und halten einen autoritären »islamischen Staat«, der die blutige Kriegsökonomie der fragmentierten Regionen überwindet, für eine wünschenswerte Perspektive.

Die Aufrüstung des IS schuf ein Faustpfand gegen unerwünschte Entwicklungen in der Region und versprach die dauerhafte Bindung der ausländischen Kämpfer, ein Ventil, durch das Tunesien und Ägypten »soziale Verlierer« exportieren, damit sie nicht ihre Heimatländer destabilisieren. Seit Beginn der Bombardierungen im August 2014 wird der Kampf *gegen* den IS benutzt, um praktisch die gleichen Ziele zu erreichen. Die USA kommen bereitwillig der Aufforderung nach, »für Kobanê« ein paar Panzer der IS wegzubomben – die Militärschläge treffen aber vor allem die »sunnitische« Zivilbevölkerung in Syrien und die noch vorhandene Infrastruktur; Getreidelager werden zerstört, angeblich, um Geldquellen des IS zu vernichten. »Der Osten von Kobanê gleicht einem Trümmerhaufen durch die Angriffe mit Mörsergranaten, Selbstmordanschlägen des IS mit sprengstoffbeladenen Fahrzeugen sowie *der Luftangriffe der Anti-IS-Koalition*. Vor dem Krieg zählte der Osten zu den wohlhabenden Teilen der Stadt«.[6]

[5] Siehe *›Islamischer Staat‹: Das Kartell des Nahen Ostens. Enthauptungen, Schutzgelder, Entführungen: Was die IS-Terrormiliz praktiziert, haben lateinamerikanische Kartelle erfunden*, in: DIE ZEIT, 30.10.2014

[6] Bericht von Ersin Çaksu, einem der wenigen Journalisten in der belagerten Stadt, vom 7.11.2014. Civaka Azad, Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. http://civaka-azad.org/ein-bericht-aus-der-belagerten-stadt-kobane/ (Hervorhebung von uns)

In Libyen, Syrien, der Ukraine und an vielen anderen Orten zeigt sich, dass instabile Situationen in der aktuellen Krisendynamik des Kapitals sehr leicht durch Interventionen von außen in einen Bürgerkrieg umgeleitet werden können. Die – bestenfalls – Naivität, mit der eine Minderheit von Demonstranten in Tripolis und Kiew erstmal die Regierung stürzen und danach schauen wollten, was passiert, ist heute keine gute Strategie mehr. Die Hoffnung, geopolitische Widersprüche ausnutzen zu können, ist selbstmörderisch und wird blutig bezahlt.

Wie lassen sich in der Zusammenbruchsphase des kapitalistischen Systems von Nationalstaaten politisch noch Anknüpfungspunkte für eine »Klassenposition« finden? Nur wenn wir das Ende der kapitalistischen Entwicklung nicht als feststehende Tatsache vorwegnehmen (wie etwa Robert Kurz in seinem Buch »Weltordnungskrieg« von 2001), sondern die Initiierung von Bürgerkriegen als verzweifelten Versuch des Gesamtkapitals sehen, die Voraussetzungen für einen neuen Akkumulationszyklus zu schaffen. Die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse, die in Tariflöhnen und Sozialsystemen institutionell gefasst ist, werden in den Kriegen radikal zerstört.

Eine weitere einkalkulierte Folge der Kriege ist die Migration von Millionen Menschen, die nicht nur eine unmittelbare Flucht vor Zerstörung ist, sondern auch eine in die Ausbeutung hinein. Die militärisch bewachten Mauern gegen Migranten auf der ganzen Welt, die immer brutaleren Grenzregimes schließen nicht alle aus, das können sie nicht und das sollen sie auch nicht; aber sie erhöhen den Preis für das Erreichen des Ziels und verschärfen brutal die Bedingungen der Arbeit in der Illegalität. Die Staaten am Persischen Golf sind der Prototyp einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf der Ausbeutung einer Mehrheit an entrechteten WanderarbeiterInnen beruht.

Das Grenzregime der EU ist in den letzten Jahren verfeinert worden; eine generelle rechtliche Legalisierung von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten, wie sie noch während des Bosnienkrieges praktiziert worden ist, wird um jeden Preis vermieden – siehe die konsequente Ablehnung der »Lampedusaflüchtlinge«. Stattdessen wird ein Status quo zu halten versucht, in dem die große Masse der Kriegsflüchtlinge in den jeweiligen Nachbarstaaten bleibt, dort den Arbeitsmarkt massiv unterschichtet und so einen Auswanderungsdruck für die besser qualifizierten Einheimischen aufbaut. Die wiederum werden, wenn sie es bis hierhin geschafft haben, das untere Segment des Arbeitsmarktes unter zumindest halb illegalisierten Bedingungen durcheinanderwirbeln. D. h., eine politische Bewegung gegen den Krieg wird sich zunehmend nicht mehr nur auf die unbedingt richtige moralische Ablehnung eines jeden Krieges beschränken und Solidarität mit Flüchtlingen einfordern können, sondern muss die Ausbeutungsbedingungen der Migranten aufgreifen.

Vielleicht mag es angesichts der vielen blutigen Kriege widersinnig klingen, aber es zeigen sich in den letzten Jahren zunehmende Schwierigkeiten der Herrschenden, tatsächlich lokale *Bürger*kriege zu entfachen; die Ukraine ist noch weniger als Syrien ein solcher; die dortigen Kriege sind internationalisiert. In Syrien bilden arabische, tschetschenische und europäische Freiwillige und Söldner die Speerspitzen der Aufständischen. In der Ukraine stehen georgische, amerikanische und polnische Söldner auf der einen, russische Freiwillige auf der anderen Seite.

Dorfbewohner in der Ostukraine haben anfangs versucht, die vorrückenden Armeekolonnen durch gewaltlosen Widerstand aufzuhalten. Inzwischen flieht ein großer Teil der Bevölkerung vor den Kämpfen. Zum großen Teil aus nackter Angst und dem Wissen, dass ein lokaler selbstorganisierter militanter Schutz keine Option gegen die geballte Militärmaschinerie ist. Zum anderen, weil sie sich bewusst weigern, Teil des Kriegs zu werden und sich in die jeweiligen Militärapparate einbinden zu lassen.

Die Schwierigkeiten der Herrschenden in Kiew, Soldaten zu rekrutieren, machen Hoffnung. Es gibt massenhafte Desertionen von ukrainischen Soldaten, Proteste gegen die Mobilisierung und Anschläge auf Rekrutierungsbüros der ukrainischen Armee. Und trotz der Schwierigkeiten, Demos zu organisieren – bei einem faschistisch orientierten Sicherheitsapparat, der dagegen vorgeht –, gibt es Demos für Demobilisierung. In dieser Situation ist die politische und praktische Unterstützung der Bewegung gegen den Krieg (die deswegen nicht pazifistisch sein muss), gegen die Vereinnahmung durch die kriegführenden Parteien auf beiden Seiten, das Gebot der Stunde. ■

Buchbesprechung

In West-Kurdistan (Rojava) nichts Neues?

Eine »prekäre Autonomie«

Thomas Schmidinger, »Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan – Analysen und Stimmen aus Rojava«, Wien 2014 (Mandelbaum Verlag)

Der Autor hat aus aktuellem Anlass aus Teilen seiner Doktorarbeit dieses Buch zusammengestellt, das Ende September erscheinen konnte. Es basiert auch »auf eigener Feldforschung«: zwei Forschungsaufenthalten in Rojava im Januar 2013 und Februar 2014, erst in PDK-naher Begleitung und zweitens auf Einladung von Saleh Muslim, dem Parteichef der PYD. Es ist dem Autor wichtig zu sagen: »Ich habe mich bemüht, keine Propagandaschrift zu verfassen«. (S. 21) Mit seiner ausführlichen Darstellung der politischen und kulturellen Unterschiede macht er deutlich, warum »die KurdInnen« in ihrer Geschichte nie als »einheitliches politisches Subjekt« auftreten sind – was laut Schmidinger ja kein Mangel sein müsse, sondern auch als politische Entscheidung gegen den Staat verstanden werden könne. (S. 14) Rebellionen gegen zentralistische Staatsprojekte zögen sich wie ein roter Faden durch die gesamte kurdische Geschichte.

Das Buch behandelt im ersten Teil die kulturelle Vielfalt der Region mit sämtlichen christlichen, jüdischen, yezidischen und islamischen Gemeinden. Es gibt einen geschichtlichen Überblick über die Lage der Kurden vor und nach der Grenzziehung durch die französischen und britischen Kolonialmächte und unter dem Ba'ath-Regime. Der Autor beschreibt den Beginn der Revolution in Syrien 2011 als Jugendbewegung außerhalb der traditionellen Parteien und ihre darauffolgende Militarisierung. Er diskutiert den widersprüchlichen Wandel der kurdischen Gesellschaft und mögliche wirtschaftliche Grundlagen einer Autonomie von Westkurdistan.

Die Proteste wurden im Frühling 2011 von parteilosen, nicht organisierten Jugendlichen begonnen, die sich in lokalen Komitees formierten. Die Parteien sprangen später auf den bereits abgefahrenen Zug auf. (S. 117) Dabei schreibt er zu den kurdischen Gebieten: »Allerdings täuscht der – auch von vielen arabischen Oppositionellen verbreitete – Eindruck, dass sich die Kurdinnen zunächst von den Protesten fernhielten ...« (S. 111). Das Regime überließ dann im Juli 2012 die meisten Teile von Rojava den von der PYD gegründeten Volksverteidigungseinheiten YPG; die syrische Armee zog unter Zurücklassung großer Teile ihrer Ausrüstung und Munition ab (S. 120).

Im Januar 2014 rief die PYD die Autonomie von drei Kantonen mit drei Übergangsregierungen und Premierministerinnen auf, was von den meisten anderen kurdischen Parteien abgelehnt wurde. Diese Autonomie ist allerdings prekär und mit der weiteren Präsenz des Regimes verbunden: nicht nur kontrollieren Militär und Geheimdienste in der größten Stadt Qamislo den Flughafen, den Bahnhof, das Grenztor zur Türkei und das arabische Viertel, das Regime ist auch noch Arbeitgeber in ganz Rojava. Sämtliche Schulen und Beamte werden aus Damaskus bezahlt, Schulzeugnisse tragen das Porträt des Präsidenten. (S. 134) Andere Gebiete sind unter Kontrolle des IS. Über arabische Schmuggler bezieht auch die autonome Region Rojava Öl vom IS.

Der von PYD/PKK propagierte »Demokratische Föderalismus« stellt sich vor Ort eher als militärische Notverwaltung dar. De facto hat die PYD die Verteilung wichtiger Grundversorgungsgüter organisiert und monopolisiert. Auf die Frage nach dem Besitz der Produktionsmittel antwortet die PYD-Co-Vorsitzende Asya Abdullah: »Grundsätzlich beschützen wir das Privateigentum, so gut es geht. Das Eigentum des Volkes ist allerdings das Eigentum des Volkes und wird von diesem beschützt.« (S. 222). Der Premierminister des Kantons Cizîrê, z. B. gehört zu den reichsten Unternehmern und Landbesitzern Syriens.

Die Bilder von jungen bewaffneten Frauen, die tapfer gegen den IS kämpfen sind zum Markenzeichen des Kampfs um Kobanê geworden. Beim Geschlechterdiskurs, einer »Konstante der politischen Ideologie und Praxis der PKK« gehe es jedoch nicht um individuelle Freiheit, sondern »eher um eine kollektive Emanzipation ›der Frauen‹ gegenüber dem Patriarchat. Frauen bilden eigene Frauenkollektive, eine eigene Frauenpartei und letztlich auch eine eigene Frauenarmee, die getrennt von den Männern kämpfen und denen auch vorgegeben wird, sich sexueller Beziehungen zu enthalten.« (S. 15) Anderen Gruppen lehnen das als »Geschlechterseparatismus« ab.

Der zweite Teil des Buches besteht aus Auszügen aus 40 Interviews, die der Autor in den letzten Jahren hauptsächlich mit Vertretern aller kurdischen Parteien und Gruppen geführt hat. Hier geht es v.a. um kurdische Identität vs. eine vereinigte Opposition von Kurden und verbliebenen christlichen/armenischen/arabischen Bevölkerungsgruppen Die traditionellen kurdischen Parteien sowie die Zukunftsbewegung kritisieren die PKK-Schwesterpartei PYD, sie paktiere mit dem Assad-Regime, nur so sei der Rückzug erklärbar, der den Raum für die Autonomie geschaffen hat. Aus diesem Grund verweigern sie die Zusammenarbeit, solange das Ziel nicht heißt: Sturz des Assad-Regimes. Ihr Vorwurf ist, dass die PYD alles kontrolliere, auch die Militär- und Polizeikräfte, die die PYD als Einheiten aller Kurden bezeichnet.

Das Buch öffnet einen sehr weiten Blick auf die politische und ökonomische Struktur in Rojava, dabei aber eher über die Machtstrukturen aller dort Herrschenden. Der komplizierten syrisch-kurdischen Parteienlandschaft ist breiter Raum gewidmet. Leider er fährt man viel zu wenig über ganz normale arbeitende Menschen, die auch in den Interviews keine Stimme haben. Trotzdem ein empfehlenswertes Buch, das viele Illusionen, die hier und da verbreitet werden, zerstört.

Der Artikel thematisiert den Aufstandsversuch einer »Volksschicht«, die nicht einfach als Proletariat oder Arbeiterklasse bezeichnet werden kann, weil sie sich zu einem großen Teil aus »selbstständigen« ArbeiterInnen und KleinunternehmerInnen zusammensetzt, die sich in ihren Forderungen gegenüber der Regierung oder eigenen Beschäftigten bisher als »Unternehmer« positioniert haben. Diese Schicht kann man in Italien einfach »popolare« nennen. Ein entsprechendes Adjektiv gibt es im Deutschen nicht (weder »völkisch« noch »volkstümlich« oder »populistisch« ist gemeint). Wir haben im Text versucht, dieses Problem durch Begriffe wie »Milieu«, »kleine Leute« usw. zu umschiffen, was nicht immer ganz gelungen ist.

Die Krise der selbstständigen Arbeit in Italien

Drei Tage Volksaufstand in Turin

Nach Jahren der Debatte über immaterielle Subjektivitäten aus nichts als Luft wie das Cognitariat, belebt sich die Politik wieder mit Fleisch, Blut – und Scheiße.

Die Debatte über die »Revolte der Mistgabeln« war interessant, hat aber auch ideologische Scheuklappen beim Beurteilen realer Bewegungen deutlich gemacht. Es fehlte eine geeignete Methode zur Untersuchung der realen Welt und (tieferliegender) gesellschaftlicher Kräfte. Eine Analyse muss die einzelnen Merkmale des Phänomens kühl auseinanderhalten, um zu verstehen, wo es möglich ist – falls es möglich ist –, uns einzumischen. Viele Beiträge machten aber keinen Unterschied zwischen der sozialen Realität und dem politischen Element, die *beide* in den Tagen der Turiner Revolte eine Rolle spielten

Was war passiert? Landesweit hätten selbstständige LKW-Fahrer, Bauern und Nahrungsmittelproduzenten sowie Selbstständige aller Art von selbstständigen Arbeitern bis zu kleinen und mittleren Unternehmern auf die Straße gehen sollen. Aber außerhalb von Turin ist die Mobilisierung im Grunde gescheitert; es gab nur ein paar Straßenblockaden von LKW-Fahrern und ein paar Demos, auf denen vor allem Rechte waren. In Turin hingegen gelang eine massenhafte Mobilisierung. Als am 9. Dezember 2013 30000 Menschen das Gebäude der Regionalverwaltung stürmten, waren Leute der Fankurven aus den Turiner Außenbezirken in der ersten Reihe, koordiniert von den *Ultras* beider Clubs (*Juve* und FC *Turin*). Sie haben den Platz effizient gehalten und die Kontroll- und Repressionskräfte in die Krise gebracht, die sich jedoch unwillig zeigten, repressiv gegen Leute vorzugehen, in denen sie sich selbst wiedererkennen, und zwar eher noch vom Äußeren her als politisch. Im Grunde kommen sie aus derselben sozialen Schicht.

Vorbereitet hatten diesen 9. Dezember Organisationen, die zwischen politischem und gewerkschaftlichem Engagement agieren mit einer klaren Ausrichtung nach Rechts. Die *Forconi* (dt. Mistgabeln) sind eigentlich die gemäßigte Front des Protests, die das Niveau der Auseinandersetzung ziemlich flach halten. Sie sind ein Stück der italienischen Rechten, die den 9. Dezember nutzen wollte, um zur Partei zu werden, für ihre politische Selbstdarstellung. Sie haben eine große Anhängerschaft bei den LKW-Fahrern, die in Italien praktisch alle schon seit den 1970er Jahren selbstständige Arbeiter sind.[1] Am 9. Dezember beteiligten sich jedoch nur wenige LKW-Fahrer, weil die Regierung geschickterweise wenige Tage zuvor mit vielen Verbänden der Fuhrunternehmer (nicht mit den Mistgabeln!) überein gekommen war, ihnen einen Teil der Kraftstoffsteuer zu erlassen. Dies schwächte die Mobilisierung sehr stark. Die LKW-Fahrer machten landesweit nur ein paar Blockaden, die praktisch ohne Folgen blieben. Nicht weit von Turin, in Pinerolo, organisierte ein faschistischer Fuhrunternehmerverband eine Straßenblockade, deren relativer Erfolg der Toleranz – wenn nicht der Komplizenschaft – der Polizei zu verdanken war.

Die andere Initiative der Regierung zur Schwächung der Mobilisierung waren Maßnahmen zugunsten der kleinen Landwirte. Auch sie waren auf die Straße gegangen vor allem gegen den Import von Waren wie Schinken aus Tschechien oder Käse aus Bulgarien, die ähnliche Namen tragen wie italienische Produkte. In den Tagen vor dem 9. Dezember blockierte die *Coldiretti* (Confederazione Nazionale Coltivatori Diretti – Nationale Konföderation der Direkterzeuger) symbolisch den Brenner, und die Regierung leitete einige Maßnahmen zur Verteidigung von *Made in Italy* ein. Danach schied die *Coldiretti* aus der Mobilisierung aus.

»Ein Gesicht – eine Rasse«

In Turin hingegen materialisierte sich die symbolische Macht des 9. Dezember in drei großen Mobilisierungstagen. Die soziale Dimension des 9. Dezember machte das Milieu der selbstständigen Markthändler aus. Sie sind in Turin außergewöhnlich zahlreich und ein fester Bestandteil der Gesellschaft. In Turin und Umgebung finden *täglich* fast 100 Märkte statt. Das ist ohnegleichen im Land, und auch in Europa. Es gibt 37 Stadtteilmärkte und das »Mirafiori der Märkte«, den Markt an der Porta Palazzo mit mehr als 3000 direkt dort Beschäftigten und einer schwer quantifizierbaren Anzahl von Zulieferern.

Auf einigen Märkten verkaufen auch Bauern ihre eigenen Produkte, aber das sind höchstens 10 oder 15 Prozent der Stände, wenn überhaupt. Der Rest sind zumeist ehemalige Lohnabhängige, die Ende der 1970er Jahre aus dem Produktionsprozess ausgeschieden sind, ehemalige ArbeiterInnen und ihre Kinder und Enkelkinder. Mit der Entlassungsabfindung haben sie die Lizenz erworben, um auf dem Markt verkaufen zu können. Aber die Lizenz reicht nicht, man muss auch einen festen Standplatz kaufen, und das schafft man erst nach einigen Jahren.

Die Ware holen sie mit dem Lieferwagen bei Großhändlern, um sie dann auf dem Markt zu verkaufen. Wer sich für diese Arbeit entschieden hat, hat es nicht leicht, er muss jeden Tag aufstehen, wenn es noch dunkel ist; es ist kein einfaches Leben, und noch dazu muss man auch noch eine Menge Geld investieren.

Gut verdienen konnte man nur mit »Steuervermeidung«. Dieser Teil der Gesellschaft hat immer höchstens 30 Prozent der Steuern bezahlt, die er hätte bezahlen müssen. Die Steuerflucht ist verbreitet und toleriert.

Auch die Beschäftigten der MarkthändlerInnen haben immer schwarz gearbeitet. Häufig als Tagelöhner, am Feierabend Geld auf die Hand, jahrelang, ohne je eine Lohnabrechnung zu sehen. Unterm Strich haben sie die schwarze Bezahlung immer akzeptiert. Zum einen, weil sie so schlecht nicht war, zum andern, weil jemand, der bei einem Markthändler arbeitet, die Perspektive hat, später dessen Platz einzunehmen. Wenn der Sohn oder die Tochter der Markthändlerin diese Arbeit nicht machen will, verkauft sie ihre Lizenz nicht, sondern einigt sich mit dem Gehilfen darauf, sie ihm auf Raten zu verkaufen. Auf diese Weise sichert sich die Markthändlerin eine Art Zusatzrente.

Dieses System ist der typische italienische soziale Kompromiss der 80er und 90er Jahre, und er hat bis jetzt funktioniert. Sehr viele ProletarierInnen sind selbstständige Arbeiter geworden, vor allem die (Binnen-)Migranten der 70er Jahre, die nach und nach von den Immigranten der 90er Jahre ersetzt werden, sehr viele davon Ausländer. Sie haben den zu zahlenden Preis akzeptiert, um sich unabhängig zu machen; sie haben über Jahre schwarz gearbeitet, haben oft die schlechte Behandlung seitens des Marktstandbesitzers ertragen, mit einem präzisen Ziel: sich selbständig zu machen. Was auch einer Konzeption von Arbeit entspricht, wie sie in ihren geographischen Herkunftsregionen üblich ist. Die ausländischen Markthändler kommen fast alle aus dem Maghreb und waren nie Lohnarbeiter, oder aus ländlichen Gegenden Rumäniens. Für sie ist die Arbeit auf dem Markt »natürlicher« als unter einem Unternehmer in einer Fabrik zu arbeiten.

[1] Die Transformation der LKW-Fahrer in selbstständige Arbeiter hat aus ihnen Mini-Unternehmer gemacht, die zuweilen auch Leute beschäftigen. Die Gewerkschaften dieser Kleinunternehmer sind im Wesentlichen kleine Berufsverbände mit meist rechter Ausrichtung. Zu ihnen gehört auch die Contras, die mit Forza nuova verbandelt ist und eine explizit faschistische Symbolik verwendet. Die Konstruktion der EU hat es in den letzten Jahren vielen kleinen Unternehmern ermöglicht, ihre Gesamtkosten zu senken, indem sie zu niedrigeren Kosten ausländische Fahrer (vor allem Rumänen und Bulgaren) beschäftigen, die bereit sind, die Risiken von 16-Stunden-Schichten ohne Pause einzugehen. Sie sitzen dann nicht nur fast den ganzen Tag am Steuer, sondern wenn sie von der Polizei angehalten werden, müssen sie die Strafe mit einem Abzug von ihrem Lohn bezahlen. Diese Situation, zusammen mit dem ständig steigenden Dieselpreis, war der Nährboden für die Unruhe in dieser Branche, die immer Forderungen wie die nach einer Begrenzung des Zugangs von ausländischen Fahrern mit der (schließlich siegreichen) nach Senkung der Verbrauchssteuer auf Diesel für die Unternehmer vermischt hat.

Drei Entwicklungen bringen nun diese Welt in die Krise: Erstens die Krise der Kommunen aufgrund der Regierungspolitik von Berlusconi, der die Zahlungen des Zentralstaats an die lokalen Einrichtungen kürzte, mit der Folge, dass diese nun Geld bei den Bürgern eintreiben müssen. Der erste Schritt waren Steuerrazzien bei den MarkthändlerInnen. Insbesondere in Turin begann eine Auseinandersetzung um die Müllsteuer. Außer den Bürgern müssen die jetzt auch Betriebe einschließlich der Marktstandbesitzer bezahlen. Markthändler, die diese Steuer noch nie bezahlt hatten, standen plötzlich vor der Situation, sie rückwirkend für fünf Jahre nachzahlen zu sollen. Da sie dafür nur 60 Tage Zeit hatten, bevor sich die Summe verdoppelte, befanden sie sich objektiv im Würgegriff. Einige Kleinunternehmer haben sich sogar umgebracht. Zwei Jahre lang mobilisierten sie gegen diese Steuer, besetzten Bahnhöfe, prügelten sich mit der Polizei.

An diesem Punkt war der 9. Dezember ein bedeutungsvoller Sieg. Bereits zuvor hatte die Turiner Gemeindeverwaltung *Soris* gegründet, eine eigene Agentur zur Eintreibung von Schulden, und war aus dem System *Equitalia*[2] ausgestiegen. Auf diese Weise konnten die Turiner Markthändler direkt mit der Gemeinde verhandeln. Man redet nicht viel darüber, aber eines der gewerkschaftlich absolut bedeutungsvollen Ergebnisse des 9. Dezember ist, dass die Müllsteuerrückstände nun in Raten mit einer Frist bis zu 48 Monaten bezahlt werden können.

Zweitens hat die *Bolkestein-Richtlinie*[3] auch den Kleinhandel liberalisiert. Ein Markthändler kann nun in die Situation kommen, dass die Lizenz, für die er einige tausend Euro bezahlt hat, nichts mehr wert ist. Zudem gibt die Bolkestein-Richtlinie dem Großkapital, den großen Lebensmittelketten, die Möglichkeit, sich Standplätze auf Märkten zu kaufen. Schon jetzt gibt es auf einigen Märkten in Turin Stände von großen Lebensmittelketten. Die große Angst vor Bolkestein ist absolut rational und begründet.

Drittens die Entwicklung der großen Lebensmittelketten. Seit etwa 20 Jahren sprießen in Italien Riesen-Supermärkte und überdimensionierte Einkaufszentren jenseits jeglichen Bedarfs aus dem Boden. Diese Einkaufszentren entsprechen mehr dem Bedürfnis der organisierten Kriminalität, die Geld waschen muss, als irgendwas sonst. Sie zahlen kaum Steuern, bekommen alle Infrastrukturmaßnahmen umsonst, stellen nur befristet ein, schließen und eröffnen immer wieder neu. Und sie entziehen den Märkten Kundschaft. Nur in Turin haben sie den Krieg gegen die Märkte bei Obst und Gemüse verloren (weil auf den Märkten die Qualität besser ist) – im übrigen Italien haben die Einkaufszentren gewonnen.

Die Drei-Tage-Revolte

Seit 2011 gab es also ständig Mobilisierungen gegen die Bolkestein-Richtlinie. Seit drei, vier Jahren gibt es eine effektive *Koordination* von Kleineigentümern, die sich eine Position erarbeitet zu allem, was ihre Branche betrifft. Diese Koordination ging am 9. Dezember 2013 auf die Straße, sowie Leute, die sie kennen, Freunde, Verwandte… Eine bunt zusammengesetzte Mannschaft betrat das Spielfeld, aber im Grunde ist es *eine* Figur.

Am ersten Tag waren dann auch die *Ultras* der beiden Vereine der Stadt dabei und rechte politische Gruppen, denen es aber nicht gelang, die Hegemonie zu bekommen. Die *Ultras* sind die Söhne wenn nicht der Markthändler selbst, so die von Freunden aus dem Stadtteil, es sind dieselbe Art Leute. Diese »Welt der kleinen Leute« findet sich zusammen über ihre Unzufriedenheit mit der Regierung. Sie waren vor allem gegen den Rückfall in die Austeritätspolitik. Weil an diesem Tag die *Ultras* dabei waren, kam es zur Randale – die Carabinieri haben übrigens die gesamten drei Tage den Ball sehr flach gehalten, blieben sehr ruhig, fast solidarisch. In einer bezeichnenden Episode nahmen die Polizisten den Helm ab, obwohl es gerade erst eine heftige Phase von Angriffen und Gegenangriffen zwischen ihnen und den *Ultras* gegeben hatte.

Ab Dienstag drängte die Führungsgruppe der kleinen Marktstandbesitzer die *Ultras* an den Rand, sie hatten keinerlei Absicht, die Stadt auf den Kopf

[2] Equitalia ist eine Aktiengesellschaft, die zu 49 Prozent der italienischen Sozialversicherung INPS und zu 51 Prozent dem italienischen Finanzamt gehört und deren Aufgabe das Eintreiben von Abgaben wie Steuern, Strafzetteln usw. ist. Sie arbeitet mit einem irrsinnigen System der Vervielfachung der Schulden bei Terminüberschreitung.

[3] Richtlinie des EU-Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, in Kraft seit Anfang 2010. Angriff auf Mindeststandards bei Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsschutz usw. durch die »Entsenderichtlinie«.

zu stellen, und schickten die Jungen den Verkehr blockieren. Auch dabei wurden sie absolut toleriert. Ich habe zwei Straßenblockaden gesehen, die von nicht mehr als sieben oder acht Leuten gehalten wurden. Ein Einsatzwagen der Polizei hätte gereicht, um sie abzuräumen, aber sie wurden toleriert und geduldet. Die Polizei duldete Aktionen, die sie von LohnarbeiterInnen nie und nimmer durchgehen ließe. Einige Riesen-Supermärkte wurden von Trupps von ca. 20 Personen, die nicht einmal bewaffnet waren, geschlossen. Offensichtlich wollte die Regierung und die öffentliche Gewalt, dass die Mobilisierung von selbst abflaut.

An diesem Punkt versuchten rechte Kräfte, Einfluss zu nehmen. Die offiziellen *Forconi* von Turin haben nicht teilgenommen, tatsächlich hatten wir in Turin einen 9. Dezember der Mistgabeln ohne Mistgabeln. Die *Forconi* waren präsent in Sizilien, in Venetien, in Apulien, im Latium, aber nicht in Turin; auch weil es hier weder Fuhrunternehmer noch kleine Landwirte gibt. Eine *Koordination* stand diesem unglaublichen Menschen mit dem Jaguar[4] nahe. Er hat versucht, die Situation in Turin auszunutzen, aber nichts groß erreicht. Seine Leute lancierten das Programm »sofortiger Sturz der Regierung, ihre Ersetzung durch eine Regierung der nationalen Einheit, geführt von Militärs, besser noch von Carabinieri«. Aber die »Straße« war einfach »gegen die Regierung, die die Leute besteuert«.

Politisch war diese Mobilisierung vorwiegend rechts orientiert und zwar in Richtung einer volkstümlichen Rechten. Auch das wurde am Dienstag deutlich. Wieder waren einige tausend Menschen auf der Piazza Castello dank der Demonstrationszüge der SchülerInnen der technischen und beruflichen Schulen. Nicht wie sonst aus dem Gymnasium, sondern SchülerInnen proletarischer Herkunft, auch hier die »Nachbarn« der MarkthändlerInnen. Zunächst traf ein von diesem Platz ausgehender Demonstrationszug vor dem Sitz der Regionalverwaltung auf eine Kundgebung von Metall-ArbeiterInnen in Kurzarbeit. Aus der Demo der Turiner *Forconi* heraus hagelte es heftige Vorwürfe. Nicht weil es eine linke Demonstration war, sondern weil sie rote Fahnen hatten statt italienischer Fahnen. Vor allem die Allerjüngsten schrien: »Weg mit diesen Fahnen! Hier darf es nur italienische Fahnen geben! Wir sind alle Italiener«. Diese typische Ausdrucksweise der Rechten, die das Volk hinter einem nationalen Symbol vereinigen will, machte sich die ganze Demo zu eigen.

Der Kleine-Leute-Charakter der Mobilisierung zeigte sich am selben Tag, als eine spontane Demo von jungen Forconi von der Piazza Castello aus in die Via Garibaldi zog, eine Fußgängerzone in der Stadtmitte mit hauptsächlich Bekleidungsgeschäften. Wer aus den Außenbezirken in diese Straße kommt, glaubt, in einer Straße des Wohlstands, der Reichen zu sein. Viele der Geschäfte waren geöffnet geblieben. Die Demo forderte deshalb die Verkäuferinnen auf, die Läden zu schließen. (»Ihr habt Eure Luxusbuden geöffnet, während wir um unseren Arsch kämpfen!«)

Diese beiden Episoden zeigen die widersprüchliche politische Kultur dieser Bewegung: von ihren Symbolen her ist sie sicherlich rechts: die Fahne, das Volk; auf der anderen Seite steht ihre eigene soziale Realität (der Markt, die Peripherie der Stadt...) klar im Widerspruch zur bürgerlichen Welt.

Interventionsversuche der Autonomen

Auf dem Platz selbst ist den Turiner Autonomen absolut nichts gelungen. Hier konnte ein Klassendiskurs unmöglich einschlagen. Schon allein, weil dieser Platz eher volkstümlich und rechts besetzt war, Autonome aber als bürgerlich und links gesehen werden. Der Versuch der Autonomen, auf das Gros der Leute einzuwirken, ging somit daneben. Am Mittwochabend beendete die selbsteinberufene Führung der Markthändler die Mobilisierung, auch weil Weihnachten vor der Tür stand und zu viele Kleinunternehmer ihren Marktstand wieder für das Feiertagsgeschäft öffnen wollten. Die Autonomen forderten die Fortsetzung der Mobilisierung – und wurden nicht einmal angehört. Aber sie

[4] Forconi-»Leader« Danilo Calvani, Agrarunternehmer aus Latium, vorher in der Führung der Lega Nord in Latium (!). Dafür bekannt, dass er zu seinen Terminen mit einem Jaguar anreiste und große Sprüche klopfte: »Wir werden nach Rom marschieren und diese politische Klasse nach Hause schicken, die die Verfassung vergewaltigt hat...« Auf dem Jaguar klebte ein Kuckuck, angeblich gehörte er einem Bekannten, LKW-Fahrer, bankrott wegen seiner Steuerschulden.

erreichten in gewissem Maße die Jugendlichen, unter anderem weil vom dritten Tag an der Platz immer mehr in der Hand der SchülerInnen war. Auch noch am Donnerstag und Freitag waren sie recht zahlreich, denn während für einen Markthändler fünf Tage Streik ziemlich teuer sind, war es für sie eher eine lange Feierwoche. Und den GenossInnen gelang es, Einfluss auf ihre Demos zu nehmen und sie so von den kleinen rechtsradikalen Gruppen wegzuhalten. In diesem Sinn spielten sie eine äußerst positive Rolle.

Die Krise der selbstständigen Arbeit: die »Kaste« als Feind

In Turin hat sich die erste Generation der selbstständigen Arbeit in Bewegung gesetzt, ihre älteste Form, keine neue Zusammensetzung.[5] Ein Produkt von drei Jahrzehnten Deindustrialisierung in Turin, die Tausende aus der Produktion ausgestoßene ProletarierInnen zu Kleinhändlern gemacht hat. Diese Leute werden heute von einer Krise angegriffen, die ihren Ursprung im Bedarf an Steuermitteln hat. Staat, Gemeinden und Regionen wetteifern darum, Branchen steuerlich in die Mangel zu nehmen, die in der Vergangenheit dank staatlicher Tolerierung der Steuerflucht und der im Grunde legalisierten Schwarzarbeit prosperierten. Ein Beruf, so alt wie die Welt (viel älter als die Prostitution), wird also zu einem Subjekt in Bewegung, das einen relativen Wohlstand verteidigt, den es in den letzten Jahren erworben hat. Leute, die noch weit entfernt sind von der realen Verelendung, die aber mit Schrecken anfangen, in den Abgrund des Elends zu schauen. Und nicht zufällig sehen sie ihren Feind in der politischen Schicht, in der »Kaste«.

Mit einer Politik steuerlicher Laxheit und mangelnder Kontrolle hat die politische Schicht das Wachstum der Welt der Markthändler zugelassen. Das hat ihr eine ansehnliche Zustimmungsquote dieser Klientel garantiert. Nun steht die »Kaste« unter Anklage, weil sie eine Welt verraten hat, die sie bis gestern gehätschelt hat, weil sie den Pakt mit ihrer eigenen Klientel gebrochen hat.

Die »Verratenen« präsentieren die Rechnung und mobilisieren damit um sich herum eine facettenreiche Welt aus Arbeitslosen und Unterbeschäftigten aus den Randbezirken, prekären Jugendlichen mit Abitur (oft die Kinder dieser Vertreter der Welt des peripheren und randständigen Kleinunternehmertums), SchülerInnen von technischen Instituten und Berufsschulen. Insgesamt eine Welt, die vereint ist im Frust und im Gefühl, verraten worden zu sein, aber auch weil sie zum selben metropolitanen Raum gehören, zum selben Randbezirk und in denselben Bars verkehren.

Das Programm, mit dem sie wedeln, die Hoffnungen, die sie antreiben, sind die nach einer Rückkehr ins goldene Zeitalter, das für sie bis vor ein paar Jahren andauerte. Das Fest soll weitergehen, die laxe Politik bezüglich Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und rechtlichen Vorschriften nicht enden, das leicht verdiente Geld wieder fließen. Richtigerweise sehen sie in einem Europa, das Italien zurückgestuft hat, in den Banken, die mit Krediten knausern, und in der »Kaste«, die die Interessen der starken Unternehmer und der Großkonzerne schützt, ihren unmittelbaren Feind, dessen Exzesse, Diebereien und schmutzige Tendenz zur Bereicherung allen vor Augen sind. Sie sind in der Lage, den Feind zu erkennen, aber sie schaffen es nicht, etwas anderes als eine reaktionäre Utopie aufzurühren. Sie wollen zurück in die unmittelbare Vergangenheit. Aber das ist nicht realisierbar, denn die Margen sind auch für den politischen Klüngel von Sesselfurzern geringer geworden. Sie können nicht mehr ihre Klientel pampern, selber prassen und Wohltaten verteilen, ohne Reaktionen bei der gesamtkontinentalen Führungsschicht europäischer Eliten hervorzurufen, die heute global herausgefordert wird von überstaatlichen Mächten, die viel Liquidität und Haushaltsstabilität brauchen. Die

[5] Sergio Bologna sprach seit Jahrzehnten über selbstständige Arbeit und hoffte auf eine Neuzusammensetzung des Sektors. Auch er scheint sich eines Besseren besonnen zu haben. Im März 2014 schrieb er »wir müssen die Methoden verschärfen / höher zielen« - http://www.actainrete.it/2014/03/alzare-il-tiro-lettera-aperta-al-cd-di-acta/

Geschichte der Steuer auf das Eigenheim[6] zeigt, dass die besitzenden Klassen in Italien nicht bereit sind, sich an einer Anstrengung in diesem Sinn zu beteiligen. Stattdessen haben sie in den letzten Jahren ausschließlich die Lohnarbeit schwer heimgesucht, und da das nicht reicht, soll nun auch die ärmste und abgewrackte selbstständige Arbeit ausgepresst werden.

Resümee

In Turin gab es eine wirkliche Erhebung. Sie war mehrdeutig, konfus, vom politischen Charakter her stark rechts ausgerichtet – aber es war ein realer Ausbruch. Eine ganze Welt der »kleinen Leute« – SchülerInnen aus Schulen der Randbezirke, die *Ultras*, Arbeitslose, Gelegenheitsarbeiter... »die Leute aus der Bar«, hat sich im Fahrwasser des Kampfs der MarkthändlerInnen mobilisiert, um die Regierung zu stürzen und ihre eigene Wut rauszulassen.

Die familiäre Zusammensetzung dieser Volksschicht ist nicht anders als die der innerstädtischen Arbeiterviertel der 50er Jahre: oft gibt es in derselben Familie einen Markthändler (oder häufiger eine Markthändlerin), vielleicht einen Arbeiter in Kurzarbeit und Kinder, die zur Schule oder zur Uni gehen oder arbeitslos sind, oder ArbeiterInnen, die in irgendeinem Winzbetrieb schwarz beschäftigt sind. Aber das innere kulturelle Klima hat sich geändert und drückt diese Leute zwangsweise nach rechts: In der Familie haben nicht mehr die Diskurse des Arbeiters oder des Arbeitslosen die Oberhand, prägend ist heute die Weltsicht der Markthändler oder die Markthändlerin; sie ist viel einfacher und wirksamer, und gleichzeitig in der Lage, den Feind zu erkennen.

Diese drei Tage machten auf eine wichtige Krise aufmerksam. Regierung und Kapital können diese »Welt« nicht mehr als Puffer bei Entlassungen und nicht mehr als Reservoir politischer Zustimmung benutzen. In diesem Prozess rückt im Augenblick ein beträchtlicher Teil dieser Welt auf Positionen der volkstümlichen Rechten mit auch faschistischer Tendenz.

Die Proletarisierung dieser Welt ist in Gang. Die Demonstrierenden vom 9. Dezember 2013 haben das Wesentliche der aktuellen Situation des Landes aufgegriffen: eine Verarmung der Gesellschaft zugunsten der besitzenden Elite; auch soziale Schichten und Sektoren, die bisher nicht davon berührt waren, werden nun getroffen und verarmen. Turin ist nicht nur eine Besonderheit bei der Rolle der selbstständigen Arbeit, sondern es war die Hauptstadt der »Mistgabeln«, weil es die Hauptstadt der landesweiten Verarmung ist. Die Städte im Süden sind ärmer, aber Turin *verarmt* schneller. Von weiter oben zu fallen ist immer schmerzhafter.

Lächerlich ist die Haltung der gebildeten Linken, jene, die zählt und der man die Rechnung aufmachen muss; nachdem sie das Land und insbesondere Turin in den letzten Jahren – besonders 2011[7] - mit der Trikolore übersät hat, denunziert sie heute deren Gebrauch seitens der Mistgabeln. Dabei ist es offensichtlich der gleiche Gebrauch: die Linke hielt sie hoch als Symbol der nationalen Einheit gegen lokale Partikularismen, die *Forconi* und Co. haben sie beansprucht als einheitliche – und totalitäre – Form des unterschiedslosen Volkes in Aufruhr gegen die räuberischen politischen Eliten.

Diese Krise der ältesten und am meisten verbreiteten Form von selbstständiger Arbeit in Italien kann interessante Perspektiven eröffnen. Die Klassenlinke sollte sich in diesen Prozess einklinken und versuchen, die Positionen der Mehrheit zu verschieben, indem sie eine Opposition gegen die Bolkestein-Richtlinie und die Vorherrschaft der großen Supermarktketten aufbaut, die die Interessen des Marktvolks, der Beschäftigten der großen Supermärkte und der lohnabhängigen Klasse im Allgemeinen zusammenhält; sie alle haben von der Transformation des Handels nur eine klare Verschlechterung ihrer Möglichkeit, sich anständig zu ernähren, zu erwarten. Sicherlich ist eine kulturelle Wende in der Haltung der Markthändler nötig, die lieber aus Unternehmersicht gegen ihre Besteuerung protestieren. Aber ein Zusammenkommen ist nicht undenkbar. Wir könnten z. B. Markthändler und Lohnabhängige eine gemeinsame Mobilisierung vorschlagen gegen die Sonntagsöffnung der großen Supermärkte oder gegen die superniedrigen Stromtarife der großen Ketten. Ein erster Versuch könnte der Widerstand gegen die Eröffnung neuer Einkaufszentren sein, die trotz der Krise weiterhin in allen Städten Italiens beantragt werden.

Ein Weg mit allen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Subjekten, die seit Jahrzehnten getrennt sind. Aber nur wenn wir den Versuch machen, können wir sehen, ob es konkrete Möglichkeiten gibt zu einer Neuzusammensetzung nach vorne von segmentierten Volksklassen, mit denen wir täglich in unseren Städten zu tun haben. Nur ein konkreter Versuch kann diese Vorstellung real machen. Wir müssen es versuchen, und zwar ernsthaft. Auf geht's! ■

Stefanone

[6] Die IMU ist eine Steuer auf das Wohneigentum, die von der Regierung Amato 1992 eingeführt wurde und häufig den Namen gewechselt hat. Sie wurde von der Regierung Berlusconi 2008 abgeschafft (der damit die Wahlen gewonnen hat) und 2011 wiedereingeführt von der Regierung Letta, um dann von der Regierung Renzi in eine Steuer auf die Dienstleistungen umgewandelt wurde, die in verschiedener Form sowohl von den Eigentümern als auch von den Mietern zu bezahlen ist. In Italien ist sie ein wichtiges Politikum, weil ca. 74 Prozent der Familien im eigenen Haus bzw. einer Eigentumswohnung wohnen. Obwohl es eine Steuer auf das Eigentum ist, trifft sie also nicht die Reichen, sondern zwei Drittel der Bevölkerung.

[7] 2011 wurde der 150. Jahrestag der Gründung des Nationalstaats Italien gefeiert.

In den Aufständen und Bewegungen der letzten Jahre sind Mittelklasse-Leute im Vordergrund, die besser gebildet sind als die klassischen ArbeiterInnen; global vernetzt, sprechen sie eine gemeinsame Sprache und setzen allgemeine Interessen auf die Tagesordnung (Demokratie, gegen Korruption...). Zwar gingen solchen Protestbewegungen fast immer Arbeiterkämpfe voraus, diese erscheinen aber entweder als Kämpfe für Partikularinteressen oder Verteidiger einer alten Welt. Teile der Mittelklasse revoltieren gegen das System, weil die Krise ihre Hoffnungen in den Status quo enttäuscht hat – etwa die noch weiter abrutschende »wissenschaftlich-technische Intelligenz der IT- und Finanzindustrie« (Boris Kagarlitzki). Die Protagonisten der Platzbesetzungen von Kairo bis New York sind meist Leute mit akademischem Abschluss, die noch nie einen entsprechenden Job hatten – sie wollen

Mittelklasse ist funktionell bestimmt (Aufsicht und Planung von Produktion, Verwaltungs- und Beratungsfunktionen für Unternehmer, usw.), zum anderen gehören dazu klassischerweise Ärzte, Anwälte, Professoren... auch Selbständige und Kleinunternehmer. Sergio Bologna gibt zu bedenken, dass die Bezeichnung von Selbständigen als (Klein-)Unternehmer eine »ideologische Operation« ist, die sie in die »symbolische und kulturelle Sphäre des kapitalistischen Unternehmens einreiht, anstatt in jene der Arbeit«. Eine Zahl verdeutlicht das: Ein Viertel der 4,4 Mio. Selbstständigen in der BRD haben einen Stundenlohn unter 8,50 Euro (DIW). Darunter sind nicht nur Friseure, Kioskbesitzer und Kneipiers, sondern auch Anwälte, Architekten, freischaffende Künstler, Übersetzer und Dozenten. Aufgrund ihrer vereinzelten Lage ist es schwer, sich auf Arbeit wirksam zusammenzuschließen. Aber viele von ihnen sind bei Platzbesetzungen, Demos und Bürgerinitiativen aktiv.

Mittelschichten definieren sich über ihr Einkommens- und Konsumniveau – und über *Mentalität* und *Habitus*. Sie gehen wählen, besitzen ein Auto, Kreditkarten, Eigenheim; zahlen Steuern... Der fest angestellte Daimler-Arbeiter kann aufgrund seines Lohns und seiner Ersparnisse zur Mittelschicht gehören, der über eine ausgelagerte Firma angeheuerte oder selbständige Ingenieur, der in der Halle rumläuft und den Produktionsprozess optimieren soll und der weniger verdienen mag als der Festangestellte am Fließband, gehört zur Mittel*klasse*. (Hier ist die deutsche Sprache genauer, im Englischen wird nur von »*middle class*« gesprochen)

»Jahrhundert de

Die Vorgeschichte

Im 20. Jahrhundert wurde ein Großteil der Landbevölkerung zu ArbeiterInnen. Sie wurden als Arbeiterklasse zum kollektiven Subjekt und veränderten die Welt. Staaten, Gesetze (Arbeitsrecht!), Demokratie, Menschenrechte, Reformen, Parteien, Gewerkschaften und soziale Sicherungssysteme wie sie heute existieren, sind institutionalisierte Formen ihrer Kämpfe. Dieser Vormarsch gipfelte im Zusammenkommen der antiautoritären und antistaatlichen Jugend- und Studentenbewegungen mit den Kämpfen des Massenarbeiters gegen die Arbeit in den 60er Jahren. Danach kam er ins Stocken. »1968« und »1989« waren keine lange Weltrevolution, wie Wallerstein gehofft hatte, denn im Westen war in den 80ern die Konterrevolution schon in vollem Gang, nachdem die Hochburgen der Arbeiterklasse abgeräumt worden waren (die Niederlage bei Fiat 1980, die Fluglotsen in den USA, der Bergarbeiterstreik in Britannien...). Das Kapital spaltete in der Folge die ArbeiterInnen in den USA und in Europa in einem zähen Kampf durch Umstrukturierungen und neue Vertragsformen innerbetrieblich auf. Obwohl sie noch einige wichtige Kämpfe führte, wie die Streiks in Frankreich von 1993-96, schien die Arbeiterklasse moralisch geschlagen, die mit ihr verbundene revolutionäre Drohung besiegt, ihr Vormarsch beendet.

Auch im Osten drehte sich in den Umbruchsjahren der 80er das, was in den 50ern begonnen hatte, als Zwangsarbeiter das Gulag-System bestreikten und sich ArbeiterInnen in der DDR und Ungarn erhoben. In den 70ern hatten sich in der Sowjetunion »freie Gewerkschaften« gegründet, aus denen heraus vor allem Wissenschaftler und Ingenieure die Menschenrechte und freie Meinungsäußerung forderten. Als die sozialistische Planwirtschaft an ein Ende kam, konnten sich diese Kräfte, sowie Künstler und Kirchenvertreter, nach vorne drängen. In Polen erhofften sich viele zudem von »nationaler Souveränität« eine freiere Gesellschaft. Die Streiks der ArbeiterInnen waren eine treibende Kraft, schlussendlich durchgesetzt haben sich die neoliberalen Tendenzen unter dem Deckmantel der Demokratie. 1988 trafen sich der polnische Streikführer Lech Wałesa und Margret Thatcher nach dem Konkurs der Lenin-Werft in Danzig zum *Shakehands*.

In den 90ern war mit den Privatisierungen im Osten das Versprechen verbunden, dass die Leute in eine dem Westen ähnliche Mittelschicht aufsteigen könnten. In Wirklichkeit sank aber das Reproduktionsniveau auf historische Tiefen; und nur weil viele auswanderten, ein Teil sich vom kleinen Gemüseacker selbst versorgte, usw. kamen die Leute einigermaßen über die Runden. Die Arbeiterklasse der osteuropäischen Länder verfiel in Schockstarre angesichts der Brutalitäten dieser angeblichen »Transformation«.

Auch in China bildete sich in den 90er Jahren eine neue Mittelklasse heraus. Gegen die Proteste auf dem Tiananmen-Platz 1989 hatte die Regierung erst da zugeschlagen, als sich ArbeiterInnen der Bewegung anschlossen. 800 der intellektuellen Führer wurden von CIA und MI6 ins Ausland gebracht, wo sie an führenden westlichen Instituten ihr Studium fortsetzen konnten. Diese Operation

die Gesellschaft demokratisieren (Paul Mason). Und während die westlichen Mittelschichten stagnieren, werden sie in den Schwellenländern immer größer. Die brasilianische Präsidentin will ihr ganzes Land zu einem der Mittelschichten machen. Das 20. Jahrhundert war das der Arbeiterklasse – wird das 21. Jahrhundert das der Mittelklasse? (Göran Therborn)
Wir wollten mal sehen, was an solchen Behauptungen dran ist. Wo bilden die Medien die Realität nur falsch ab? Wie bestimmt die soziale Zusammensetzung der Bewegungen ihre Dynamik? Zunächst eine grobe historische Einordnung, denn ein roter Faden zieht sich von den Demokratiebestrebungen im ehemaligen Ostblock und den Selbstverwaltungs-Vorstellungen der Techniker bis zu den Weltsozialforen und Parteien »neuen Typs« wie Podemos (Produkt der spanischen 15M-Bewegung).

r Mittelklasse« ?

Yellow Bird wurde erst zum 25. Jahrestag des Tiananmen-Massakers bekannt.

Das neue Ding: Zivilgesellschaft gegen Neoliberalismus

1995 beschlossen die G5-Staaten, den Dollar zu stärken. Das nun in die USA strömende Geld bereitete den Boden für den IT-Boom. Die Aktienkurse schossen nach oben, das Internet florierte, neue Jobs entstanden in den IT-Firmen selber, aber auch für Büroausrüstung, Gebäude, im Transport... Die traditionelle Industrie wurde weiter abgewürgt. Das war die Basis, auf der sich eine neue Bewegung formte – bereits die Asienkrise 1997/98 und die Rubelkrise 1998/99 führten zu ersten Zweifeln an der Beständigkeit dieser *New Economy* – die schließlich im Crash 2001 unterging.

1995 riefen die Zapatisten in Chiapas zum Widerstand auf, ein Bündnis von Indigenen, Bauern, Mittelklasse und ArbeiterInnen sollte gegen den »Neoliberalismus« kämpfen. Das kam vor allem bei rebellischen Jugendlichen in den Metropolen gut an. 1999 knallte es endlich auch wieder dort – beim WTO-Treffen in Seattle, einer Stadt, die paradigmatisch für den Wandel von Schiff- und Flugzeugbau hin zu den glitzernden Konzernzentralen des neuen IT-Kapitalismus steht, am bekanntesten Microsoft und Amazon. Im Protest kamen verschiedene Gruppen zusammen: Gewerkschaftsbasis, Ökos, Kirchenvertreter, Queer-Bewegung, schwarz gekleidete, militante Anarch@s, Bürgerbewegung, ArbeiterInnen. Im *Battle of Seattle* erfuhren jüngere Leute, die 1968 noch nicht geboren oder zu jung waren, zum ersten Mal einen so gewaltigen Moment, wo die Hegemonie des Kapitals kurzzeitig Leck schlug. Darunter waren auch Leute aus der *New Economy*, denen die Freihandels-Ideologie zwar eine gute Zukunft versprach, die aber gegen die globale Ungleichheit protestierten, für die die WTO mitverantwortlich ist.

Der »Battle« war von den Organisatoren nicht geplant, denn sie setzten auf die »Zivilgesellschaft« gegen den »Turbokapitalismus«, ein Begriff eines konservativen Militärexperten und US-Regierungsberaters, der den alten Kapitalismus vor dem »Turbo« retten will. Zusammen mit den orientierungslosen Gewerkschaften suchten die Leute aus der Mittelklasse in der langen Vorbereitungsphase den Dialog mit den Herrschenden, ihr Kampfterrain waren Öffentlichkeitsarbeit, Konferenzen und die Mitarbeit in NGOs. Als Eigentum von Konzernen wie McDonald's oder Starbucks beschädigt wurde, verurteilten sie das in mittlerweile gewohnter Manier. In der Auseinandersetzung über die Gewalt trat die soziale Frage in den Hintergrund. Auf »Seattle« folgten militante, weltweite Proteste gegen Gipfeltreffen. Die Bewegung wurde global, verlor sich aber in der Gewaltfrage, weil sie keine sozialen Bezüge schaffen konnte. Nur Genua war in der Reihe der Gipfelstürme eine Ausnahme, dort spielten auch ImmigrantInnen als soziale Kraft eine Rolle (in Seattle war der Protest größtenteils »weiß« gewesen – auch das ein dominantes Merkmal der Mittelklasse).

Paul Mason: Why it´s kicking off everywhere: The new global Revolutions, 2011.

Göran Therborn: Class in the 21st Century, in: *New Left Review* 78, 2012.
Boris Kagarlitzki: Die Revolte der Mittelklasse, 2013.
Göran Therborn, u. a.: Gehört das 21. Jahrhundert der Mittelklasse?, in: *Luxemburg* 3/4, 2013.
Göran Therborn: New Masses? in: *New Left Review* 85, 2014.

Immanuel Wallerstein: Utopistik, 2002.

Rita di Leo: Die Arbeiter und das sowjetische System, 1973.

Karl Schlögel: Der renitente Held, Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953 bis 1983, 1984.

Marcel van der Linden (Hg.): Was war die Sowjetunion? 2007.

Boris Kagarlitzki: Back in the USSR, 2009.

Krzysztof Polawski: Polens Weg in den Kapitalismus, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 99, 2014.

Reinhard Lauterbach: Nationalsyndikalismus, Wie die Solidarnosc in Polen den Kapitalismus erstreikte, in: *Junge Welt*, 10.9.2014.

Charles Reeve: Rückkehr nach China, *Wildcat* 58, 1992.

Jamil Anderlini: Tiananmen Square: the long Shadow, in: *Financial Times*, 1.6.2014

Als die Auswirkungen der geplatzten IT-Blase Argentinien an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachten, fror die argentinische Regierung am 1. Dezember 2001 die Sparkonten ein, Bargeld wurde kaum noch ausgegeben, Staatsangestellten wurden die Gehälter nicht mehr bezahlt. Das traf vor allem die besser verdienende Mittelklasse – für eine kurze Zeit gingen Mittelklasse-Leute zusammen mit Arbeitslosen und ArbeiterInnen »gegen den Neoliberalismus« auf die Straße, zerschmetterten Fensterscheiben von Banken und organisierten sich in Stadtteilkomitees. Die Fabrikschließungen trafen die ArbeiterInnen, viele wurden selbstverwaltet weitergeführt, aber die für das Kapital noch immer profitablen Fabriken liefen weiter. Die Selbstverwaltung hatte die Funktion einer Überlebensstrategie und griff das Kapital nicht an.

Seattle: Reform der WTO oder Zerstörung des Kapitalismus, Wildcat-Zirkular 55, 2000.
Zu Argentinien siehe unsere ausführliche Berichterstattung: http://wildcat-www.de/dossiers/latina/movimientos.htm

Neue, alte Arbeiterkämpfe

Seit etwa 2004 gibt es in der BRD wieder eine größere Zahl von Streiks, allerdings überwiegen Kämpfe gegen geplante Schließungen (AEG, Opel und BSH..). Daneben gibt es eine neue Entwicklung von Streiks von Dienstleistungsangestellten, etwa im Einzelhandel, KiTas, Flughafen-Sicherheitsgewerbe u. a. Als im Herbst 2008 *Lehman Brothers* crasht, haben die deutschen Lokführer im ersten proletarischen Eisenbahner-Streik seit 100 Jahren ein Drittel mehr Lohn erkämpft. Seither befassen sich linke Gruppen wieder mit »Streikunterstützung«.

Sergio Bologna: *Die Zerstörung der Mittelschichten*, 2006.

Es scheint paradox, dass die »Antiglobalisierungs-Bewegung« sich in dieser Phase nicht verbreitern und eine soziale Basis aufbauen konnte. Die linken Teile der Mittelklasse organisierten sich in den Weltsozialforen, die ab 2001 jedes Jahr stattfinden und die Zivilgesellschaft gegen den Neoliberalismus ins Feld führt. Und viele der OrganisatorInnen hatten ihren Protest zum Beruf gemacht (NGOs, Sozialforen, Gewerkschafts- und Parteigelder für die Mobilisierungen, aber auch für die eigene Reproduktion...). Die Linke hat sich in eine Mittelklasse aus »AktivistInnen« aufgelöst.

Die Mittelklasse auf den Plätzen

Der globale Kriseneinbruch hatte eine Entwicklung verschärft, die schon vorher ingang war: Die Mittelklasse steigt ab, die Mittelschichten werden zerstört (Sergio Bologna). Sie werden von der Steuerlast erdrückt, finden keine adäquate Anstellung, es gibt keine wirksamen Schutzmechanismen (z. B. Gewerkschaften), der Kapitalismus bietet keine Perspektive mehr. Bezeichnenderweise verstärkten sich in dieser Phase Bewegungen gegen Infrastrukturprojekte wie in der Türkei, Italien oder Stuttgart 21. Hoffnungen auf die in diesen Bewegungen (oft führend) aktiven Mittelklasse-Leute setzten auf deren Fähigkeit, allgemeine Forderungen zu formulieren und neue Formen von Widerstand auszuprobieren (Platzbesetzungen, Plenen, Basisdemokratie), die sich global aufeinander bezogen, voneinander lernten und in denen auch endlich wieder was riskiert wurde. Das brachte ihnen viel Sympathie – auch wir hatten Hoffnungen, dass sich die Bewegungen radikalisieren, sich »das Ganze« vornehmen, und die Anti-Regierungsproteste mit den Arbeiterkämpfen zusammenkommen.

Mario Candeias, Eva Völpel: *Plätze sichern! Über Occupy, Indignados, Syntagma und die Lernfähigkeit des Mosaiks*, 2014.

Candeias/Völpel behaupten in ihrem aktuellen Buch »Plätze sichern!«, dass genau das in den Bewegungen in den USA, Spanien und Griechenland eingetroffen sei. Hier forme sich eine Klasse aus prekär Beschäftigten und Unbeschäftigten, die in ihrem solidarischen Tun eine Grundlage für Neues schaffe. Wer im Buch allerdings nach handfesten

Argumenten für diese Behauptungen sucht, wird enttäuscht: Proleten kommen nur als Opfer zu Wort, reale Arbeiterkämpfe (Wal-Mart, Häfen, usw.) nur in Nebensätzen oder Statistiken (Griechenland) vor; politische Perspektiven formulieren Parteiführer (der spanischen *Vereinigten Linken* oder von Syriza) und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Ergreifung der Staatsmacht steht im Vordergrund. Die Hauptaussage des Buchs ist, dass man ohne Staat keine Chance auf Revolution hat. Logischerweise finden die Autoren es gut, wenn prekäre »AktivistInnen« (arbeitslos, aus der Wohnung geworfen, verschuldet...) über die Graswurzel- oder Basisorganisationen ins politische System integriert werden.

Demokratiebewegungen

Eine Mittelklasse mit Abstiegsängsten mobilisiert (sich) mit Schlagwörtern wie *Demokratie* und *Mitsprache*. Darin drückt sich der Wunsch aus, zum »Westen« zu gehören, eine westliche Mittelschicht zu sein. Das kann nach »links« oder nach »rechts« gehen. Die SprecherInnen und OrganisatorInnen bei den Demonstrationen gegen die Wahlfälschungen in **Russland** von Ende 2011 bis Anfang 2013 waren vorwiegend gut situierte und bekannte KünstlerInnen, Moderatoren, IT-Fachleute, JournalistInnen, usw. aus der (oberen) Mittelklasse Moskaus. Sie propagierten nationalistische Phrasen, soziale Forderungen blieben im Hintergrund. In den Betrieben wurde weiter gearbeitet, viele ProletarierInnen verließen die Demos, sobald jemand von den Prominenten zur Rede ansetzte.

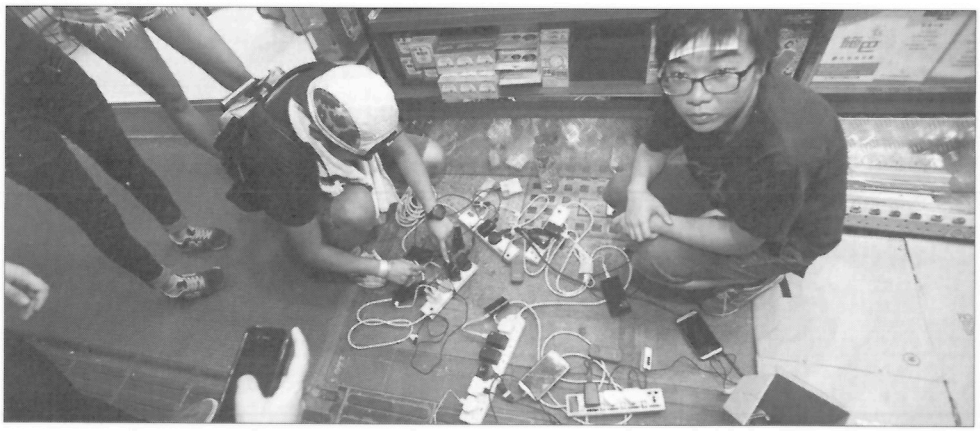
Am Majdan in der **Ukraine** besorgten Kleinunternehmer, Inhaber von Kliniken, Geschäften und Cafés die Logistik, das Geld, stellten eigene Waren zur Verfügung und wirkten am Bau von Barrikaden mit. Gegenüber der Orangenen Revolution 2004 hat sich der Anteil der Mittelklasse am Majdan verdreifacht, zwei Drittel hatten höhere Bildungsabschlüsse. Sie setzen auf eine EU-Mitgliedschaft, die ihnen leichteren Zugang zu europäischen Universitäten und größere Auswahl an Waren verspricht (Konsum). Dafür lassen sie sich notfalls auch mit Faschisten ein.

Auch die SchülerInnen und StudentInnen in **Hongkong** fordern Demokratie und mehr Mitsprache, ein allgemeines Wahlrecht soll eine autoritäre Regierung in eine demokratische transformieren. Die Initiatoren sind Professoren, Manager; Joshua Wong, 18jähriger Sprecher und Obmann der Schülerorganisation *Scholarism*, traf sich mit Leuten der US-Handelskammer. Auf der Straße wird viel über soziale Probleme diskutiert, aber der Kontakt zu ArbeiterInnen und deren Beteiligung bleibt aus – das war in den Bewegungen am **Balkan** (Slowenien, Bosnien) anders, aber die fehlende Arbeitermacht in den geschlossenen und/oder wenig ausgelasteten Fabriken verschob die Hoffnungen auf Stadtteilversammlungen und Plenen, die dann von Uni-ProfessorInnen und NGO-AktivistInnen dominiert wurden und die Bewegungen in staatsaffirmative Bahnen lenkten (Wahlen, personelle, keine strukturellen Veränderungen...).

In **Ägypten** kämpfte die Mittelklasse zusammen mit den ArbeiterInnen und den Unterschichten den Autokraten Mubarak weg. Sie unterschätzte jedoch die Macht des »Tiefen Staats« und die Wut der Unterschichten. Während der Präsidentschaft Mursis spaltete sie sich; ihr westlich orientierter Teil legitimierte aus Angst schlussendlich den Militärputsch.

Mischa Gabowitsch: *Putin kaputt? Russlands neue Protestkultur*, 2013.

Black versus Yellow, Class Antagonism and Kong's Umbrella Movement, http://www.ultra-com.org/project/black-versus-yellow, 03.10.2014.



mittleren Einkommenslagen leben als in den G7-Staaten. Denn in Europa und den USA hat die Entwicklung der Mittelschicht ihren Höhepunkt erreicht; weltweit wächst die Mittelschicht um etwa 80 Millionen Menschen im Jahr, ihr Anteil wird 2030 von jetzt 29 auf 50 Prozent steigen.

Statistische Methoden orientieren sich am Netto-Äquivalenzeinkommen einer allein lebenden Person, einem Haushalt mit einem Kind und einem Partner, zwei Kindern und einem Partner, usw. Für die BRD und Österreich 2012 legen OECD, Eurostat, usw. ein solches Einkommen für eine Einzelperson bei etwa 20000 Euro netto fest (ein weiterer Erwachsener zählt mit dem Faktor 0,5; jedes Kind mit 0,3). Wer 70 bis 150 Prozent davon verdient, gehört zur Mittelschicht.

Solche Zahlen abstrahieren von der immer größeren Kluft zwischen Proletariat/Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse. Sie machen diejenigen unsichtbar, die die Arbeit wirklich machen.

Die Frage, wer zu welchen Bedingungen welche Waren produziert, wird ignoriert, obwohl die »linke Mittelschicht« sich so viele Gedanken über ihren Konsum macht (»bio«, »regional«, *fair trade*) und Kampagnen gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen (*clean clothes*) initiiert.

Auch die alten Kernbelegschaften werden zur Mittelschicht gezählt, wenn sie in Fabriken arbeiten, die wichtig für das nationale Interesse sind und strategisch bedeutsame Waren herstellen. Sie haben vergleichsweise hohe Löhne, d. h. etwa, dass sie ihre Kinder auf die Uni schicken können, um »was Besseres« als FabrikarbeiterIn zu werden.

In der BRD sind das z. B. Opel oder BASF, in Österreich ehemalige Staatsbetriebe wie die VÖEST oder die noch immer staatliche ÖBB, in Ägypten die Textilfabrik in Mahalla, in der Ukraine die großen staatlichen Bergbau- und Rüstungsbetriebe. Gegen die Entgarantierung ihrer Arbeitsplätze, Lohnsenkungen, Kündigungen, Privatisierungen und im Vergleich zu früher viel intensiveren Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen setzen sie auf den alten Sozialstaat. Ihre Kämpfe bleiben unentschlossen, solange ihnen der Staat soziale Abfederung verspricht (BRD, Österreich) und weil es woanders keine Perspektive gibt oder alles noch viel schlechter ist (Ägypten, Ukraine...).

Paradoxerweise spielen sie im *Niedergang* des sozialstaatlich organisierten Kapitalismus die Rolle, die ihnen in seiner Aufstiegsphase ideologisch zugeschrieben wurde: das System gegen Angriffe verteidigen. Von den 70ern (damals z. B. zwischen Herbert Marcuse und Hans-Magnus Enzensberger) bis heute (Marcel van der Lindens Kritik am Marxschen Konzept des »doppelt freien Lohnarbeiters«) wird eine Auseinandersetzung darüber geführt, ob ArbeiterInnen, die ihren Lebensstandard steigern konnten, ein revolutionäres Subjekt sein können. Im *Kursbuch* 22 von 1971 sagte Marcuse, das zur Arbeiterklasse gewordene Proletariat könne nicht mit demjenigen zu Marx' Zeiten auf eine Stufe gestellt werden, weil die ArbeiterInnen im Vergleich zu damals ihren Konsum steigern konnten und sozial abgesichert seien. Ganz ähnlich argumentiert heute van der Linden, wenn er darauf hinweist, dass es viel ärmere Teile der Bevölkerung gibt, z. B. Sklaven.

Dass die Arbeiterinstitutionen im Verbund mit den Unternehmern weiterhin Sozialpakete für die Kernbelegschaften schnüren und sie damit auf Abstand zur Absturzkante halten, trägt zur sozialen Stabilität bei – aber diese Argumentation ist ökonomistisch und wird auf Moral reduziert; sie ignoriert die relative Verelendung und absolute Abhängigkeit vom Kapital, egal ob die ArbeiterInnen höheren oder niedrigeren Lohn bezahlt bekommen, ob sie als Sklaven überausgebeutet werden oder als Facharbeiter zusätzliche Prämien erhalten: Die ArbeiterInnen verlieren im Vergleich zu den Kapitalisten immer mehr an Boden. Der aktuelle Trend führt uns wieder in Richtung absolutes Elend, wie es bis Anfang des 20. Jahrhunderts verbreitet war.

Hans-Magnus Enzensberger, Herbert Marcuse: USA: Organisationsfrage und revolutionäres Subjekt, in: *Kursbuch* 22: Nordamerikanische Zustände, 1971.

Marcel van der Linden: *Workers of the World*, 2008. (zu einer Kritik siehe *Wildcat* 89)

Zum branchenübergreifenden und globalen »neuen Proletariat«, zu den Kämpfen im Logistik- und Niedriglohnsektor, in den USA und in Italien siehe *Wildcat* 93 und 94.

Wir erleben eine breite Proletarisierung; soziale Absicherung gibt es nur noch für einen (meist älteren) Teil der ArbeiterInnen. Gut bezahlte Fabrikjobs werden durch Leiharbeit und Auslagerung zunächst verdrängt und in der nächsten Phase zu abgesenkten Bedingungen wieder zurückgeholt. Die Lebenserwartung sinkt – ein dramatischer Einschnitt.

Vom Aufstiegsversprechen zur Exklusionsdrohung

Die heutige Phase des Kapitalismus, in der die Exklusionsdrohung das Aufstiegsversprechen ablöst, können wir auch als Angstgesellschaft fassen. Die Leute sollen nicht mehr durch eine positive Perspektive, sondern durch eine negative Botschaft vom Kämpfen abgehalten werden. Grundlage ihrer Angst ist die offene globale Situation, die sie als Konkurrenz erfahren, als »immer schneller« und *the winner takes it all*. Materiell gibt es schlicht weniger zu verteilen, weil die Investitionen zurückgehen, der Staat seine Ausgaben senkt, und die Reichen sich alles nehmen; überall Fabrikschließungen, Pleiten, Abzocke...

Beaud/Pialoux haben vor zehn Jahren eine Untersuchung über die ArbeiterInnen der großen Peugeot-Werke im französischen Sochaux vorgelegt. Die »ArbeiterInnen nach der Arbeiterklasse« schauen dem Kapital bei seinem Durchmarsch zu und erleben sich selber nicht mehr als Kollektiv; Werte wie Internationalismus, Egalität und Solidarität sind ersetzt durch Angst vor dem Rauswurf. Vor dem Chef schlüpft man in die Rolle des »Mitarbeiters«, der sein Wissen und sein Interesse an einer Optimierung des Produktionsprozesses vorspielt. Deshalb ist es ziemlich schwer, gemeinsam etwas auf Arbeit organisiert zu bekommen. Protest drückt sich größtenteils außerhalb des Betriebs aus, wo man niemandem ansieht, ob er Arbeiter ist oder nicht – aber dass er ein Bürger der Zivilgesellschaft ist und Angst vorm Ausschluss hat.

Auch bei den »Revolten der Mittelklasse« ist die Angst (vor Proletarisierung und Exklusion) der materielle Hintergrund. Und genauso wie bei den ArbeiterInnen werden auch ihre Proteste gesamtgesellschaftlich wirkungslos bleiben, solange sie an »kapitalistischen Formen« wie Parteien, Demokratie, Unternehmertum, individuellem Aufstieg festhalten. Der Unterschied ist, dass sie ihre Hoffnungen in die *Erneuerung* des Kapitalismus oder nachholende Entwicklung setzen, während die Kämpfe gegen Fabrikschließungen auf die *Rückkehr* des alten Kapitalismus hoffen (wie auch Teile der Mittelklasse übrigens, was wir oben bei den Staatsangestellten gesehen haben). Je nachdem, welche Fraktion der Mittelklasse die Proteste dominiert, flattern sie dann nach links oder nach rechts – sie werden jedenfalls nicht revolutionär in dem Sinne, dass sie die Klassengesellschaft angreifen.

Dabei hat der Kapitalismus weder das erträumte Entwicklungspotential, noch die Möglichkeit zur Rückkehr. So wie die gewerkschaftlichen Kämpfe gegen Betriebsschließungen nur die Gewerkschaftsapparate stärken, werden aus den Protesten nur die Eliten aufsteigen und die Macht erobern, ohne die Welt zu verändern. Der Rest wird – ökonomisch gesehen – immer proletarischer und findet sich in klassischen Arbeiterjobs wieder, in der Kneipe, im Supermarkt, im Lager, in der Fabrik... und zwar weit über das Studienende hinaus.

Die Bewegungen speisen sich momentan aus individuellen Ängsten vorm sozialen Abstieg und Illusionen vom sozialen Aufstieg. Angesichts der Verfasstheit des globalen Kapitalismus stehen die Chancen nicht schlecht, dass die Illusionen sich bald verflüchtigen. Nach »Ferguson« brechen die schwarzen proletarischen Jugendlichen mit der schwarzen Mittelklasse und dem Vertretungssystem. Sie schreckt auch keine monstermäßig gepimpte Armee aus Robocop-Bullen mehr – gemeinsam besiegen sie die Angst! ■

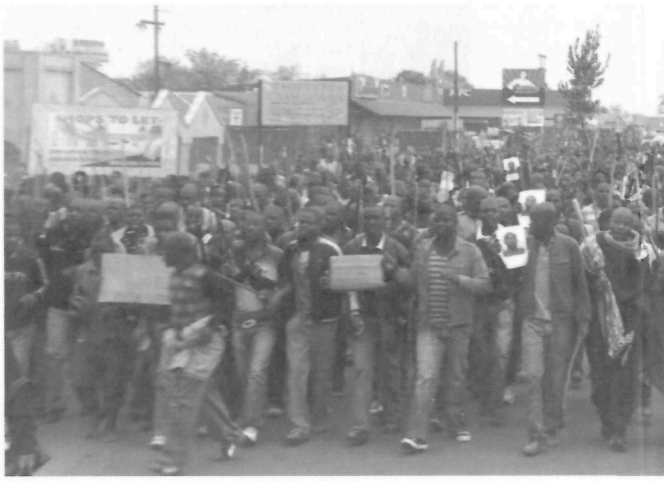
Stéphane Beaud, Michel Pialoux: *Die verlorene Zukunft der Arbeiter*, 2004.

Heinz Bude: *Gesellschaft der Angst*, 2014.

Südafrika:

Zu Marikana siehe ausführlich *Wildcat* 94 und 95, Streiks in der Autoindustrie: *Wildcat* 95.

Das Massaker des südafrikanischen Staates an streikenden Bergleuten in Marikana im Sommer 2012 hat das Scheitern des ANC deutlich gemacht. Sichtbar wurde ein Staat in einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise, der zum Machterhalt immer mehr auf Gewalt baut. Marikana ermöglichte aber auch einen Blick auf eine Arbeiterklasse, die (teilweise) selbstorganisiert und militant kämpft. Auch zwei Jahre später ist keine Ruhe eingekehrt: Noch immer gibt es fast jeden Tag Proteste auf der Straße, weitere Streiks haben zwischenzeitlich Bergbau und Industrie lahmgelegt.



»Peace is bullshit, there can be no peace for the fallen, peace only comes with ›R 12500‹.«*

* Aussage eines Arbeiters, zitiert im Artikel »State of the Struggle: Lonmin Workers Organising One Year Later« der südafrikanischen Zeitschrift *Amadla* 32/2013. »Frieden ist Bullshit, es kann keinen Frieden geben für die Gefallenen, Frieden gibt es nur mit den 12500 Rand«.

Besonders wichtig waren in diesem Jahr die zwei Streiks in Platinbergwerken. Schon Ende 2013 begann ein elfwöchiger Streik, den die schwer angeschlagene NUM beim Platinkonzern *Northam Platinum* führte. Kurz danach streikte die AMCU in den Bergwerken der drei großen Konzerne *Implats*, *Amplats* und *Lonmin*, in denen sie mittlerweile die Mehrheitsgewerkschaft ist. Der Streik dauerte fast ein halbes Jahr.

Finanziell war der Abschluss der AMCU besser, da er eine deutliche Erhöhung der unteren Lohngruppen erzielte, auch wenn die 12 500 Rand Einstiegslohn noch weit weg sind. Die unterste Lohngruppe (die aktuell bei zwischen 5000 und 6000 Rand plus Zulagen liegt) wird in zwei Jahren bei 8000 Rand liegen. Da die Lohnerhöhung rückwirkend ab der zweiten Jahreshälfte 2013 gilt, bekamen die meisten einfachen Arbeiter direkt 2000 Rand mehr: ein psychologischer Erfolg.

Die Arbeiter in anderen Platinbergwerken streikten im Anschluss, um ähnliche Abschlüsse zu erhalten: Bei *Aquarius Platinum* traf die NUM nach kurzem Streik eine ähnliche Einigung, bei *Royal Bafokeng Platinum* sogar ohne Streik. Bei *Implats* wurde in den Schächten mit NUM-Mehrheit wild gestreikt, die Arbeiter erhielten nach drei Tagen eine Angleichung an den AMCU-Vertrag.[1]

Was der Abschluss für die Leiharbeiter heißt, ist unklar. Im Bergb au sind von 500 000 Kumpeln 150 000 Leiharbeiter, die etwa 60 Prozent des Lohns der Festangestellten verdienen, vor allem weil sie bestimmte Zulagen nicht bekommen.

Sowohl beim Northham- als auch beim AMCU-Streik war die Stimmung der Arbeiter gereizt und die Fronten zwischen Gewerkschaft und Unternehmern verhärtet. Die Streiks waren extrem lang und mit hohem Lohnverlust verbunden (in Südafrika gibt es keine Streikkassen). Beim AMCU-Streik kam noch erschwerend hinzu, dass die NUM den Unternehmen bei der Organisation von Streikbruch half, auch wenn der letztendlich keine große Rolle spielte.

Um während der Streiks überleben zu können, ging ein großer Teil der Arbeiter zurück in ihre Herkunftsregionen. Beim AMCU-Streik war es wohl mehr als die Hälfte der Arbeiter – manche Quellen sprechen von zwei Dritteln. Dort hielten sie sich mit ein bisschen Landwirtschaft und der Sozialhilfe ihrer Angehörigen über Wasser.

In den Bergbaugebieten blieben vor allem die militantesten Arbeiter, die Basis der Aktionen während des Streiks. Sie lebten von Geld, das ihnen Verwandte unregelmäßig zuschickten und halfen sich gegenseitig durchzukommen. Während des Streiks haben sie Geld nur noch für Lebensmittel ausgegeben, ihre Wohnungen haben sie besetzt oder dem Vermieter gesagt, dass sie erst nach Ende des Streiks Miete zahlen; Strom können sie abzapfen.

Die Abwesenheit eines Teils der Bevölkerung hatte wirtschaftliche Auswirkungen auf die Bergbauregionen: Der Einzelhandel brach zusammen, was die örtliche Bevölkerung schwer belastete. Aber auch in den »Herkunftsregionen«, z. B. am Ostkap, war der Rückgang beim Verkauf von Lebensmitteln und anderen Gütern spürbar.

Die Unternehmen versuchten mit allen Mitteln, die Belegschaften zu spalten. Dafür waren sie sogar bereit, mit den Arbeitern direkt zu reden. Die Konzerne versuchten per SMS und Telefon, mit Versammlungen bei den Bergwerken, aber auch in den Herkunftsprovinzen den Streik zu schwächen. Dies führte zu einer extrem gereizten Stimmung, ab Februar gab es immer wieder Berichte über zusammengeschlagene Streikbrecher. Vier Streikbrecher wurden unter unklaren Umständen ermordet.[2]

[1] Bei *Northam* wurde ein Tarifvertrag über zwei Jahre abgeschlossen, mit Lohnerhöhungen zwischen neun und acht Prozent. Hinzu kamen 3000 Rand Einmalzahlung. Der AMCU-Tarifvertrag bedeutet für die unteren Lohngruppen jedes Jahr eine Erhöhung von etwa 1000 Rand, die anderen Lohngruppen erhalten etwa acht Prozent mehr.

[2] Ein guter Bericht über die Stimmung während des Platinstreiks erschien im *Business Day* am 5. Juni 2014: http://www.bdlive.co.za/business/trade/2014/06/05/special-report-platinum-strike--an-industry-teetering-on-the-precipice1
Eine Sammlung von Zeitungsartikel zu den Streiks und Kämpfen in Südafrika, mit einem Schwerpunkt auf den Communityprotesten findet man unter dialectical-delinquents.com/?page_id=6170

»Economy can go to hell!«

Die Folgen der Streiks

Für die AMCU war der sechsmonatige Streik 2014 die erste wirkliche Prüfung. Sie war 1999 entstanden, als sich einige Kader der Anti-Apartheidszeit von der NUM abspalteten. Lange war sie eine sehr kleine Gewerkschaft, erst nach dem Massaker in Marikana hat sie die Platinminen und danach auch andere Teile des Bergbaus im Sturm erobert.

Jetzt hat sie diesen harten Streik überlebt und die Arbeiter erst einmal an sich gebunden. Noch schafft sie die Gratwanderung, stark führerzentriert zu sein und gleichzeitig als von der Basis kontrollierte Gewerkschaft zu erscheinen. Dabei gibt es kaum Formen von »Mitgliederdemokratie«.

Zentral ist ihr »apolitisches« Auftreten: Damit will sie ihre »Unbestechlichkeit« gegenüber Staat und Unternehmern garantieren. Gleichzeitig benutzt sie diesen Habitus dazu, die durch Marikana und die Streikwelle politisierten neuen Kader zu zähmen und in die normale Gewerkschaftsarbeit zu integrieren.

Die AMCU hat die in den wilden Streiks entstandenen selbstorganisierten Kampfstrukturen (Arbeiterkomitees) entweder integriert oder aufgelöst. Die frisch gewählten Betriebsräte wurden überzeugt, die »normalen« Bestechungen als Betriebsrat zu akzeptieren, mit denen man sich einen anderen Lebensstil leisten kann: andere Lohngruppe, klimatisiertes Büro, bezahlte Telefonkosten usw.

Das löste auch Konflikte aus: Bei *Implats* und *Amplats* kam es im Januar zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen der AMCU und ehemaligen, aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Betriebsräten. Die genauen Hintergründe sind unklar, beide Seiten werfen einander Korruption vor.

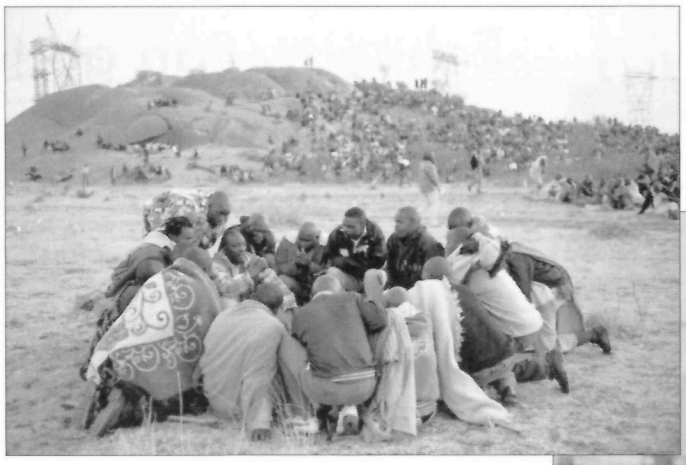
Etwas anders sieht die Situation bei *Lonmin* in Rustenburg aus. Hier sind die Erinnerungen an den Streik und das Massaker 2012 noch zu stark, hier gibt es noch selbstorganisierte Strukturen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die AMCU zu kontrollieren und die Militanz an der Basis lebendig zu halten. Allerdings sind auch sie dem Druck der AMCU ausgesetzt, sich nur auf der »gewerkschaftlichen« Ebene zu bewegen. So bekämpfte die AMCU Versuche, eine gemeinsame Versammlung von Bergarbeitern und in Community-Protesten Aktiven zu schaffen. Diese Auseinandersetzungen finden in einer Situation statt, die stark von Gewalt und Misstrauen geprägt ist, immer wieder werden »Arbeiterführer« unter ungeklärten Umständen ermordet.

Die Platinkonzerne verdienen immer noch Geld, die Profite sind aber bei weitem nicht mehr so hoch wie vor der Krise.[3] Deswegen haben sie wenig Lust, sich mit streikenden Arbeitern auseinanderzusetzen. Viele Minenbetreiber haben Schließungen und Verkäufe ihrer Bergwerke angekündigt. Dazu gehören die drei großen Konzerne *Implats, Lonmin* und *Amplats*. *Amplats* will konkret drei Bergwerke verkaufen oder schließen. Dazu kommt das übliche Gerede von Arbeitsplatzabbau durch Mechanisierung. Es wird sicher zum Abbau von Arbeitsplätzen kommen. Allerdings müssen die Konzerne auch die Produktion wieder hochfahren und aufrechterhalten können, denn während des Streiks haben sie ihre Vorräte an abgebautem Platin verkauft. Sie können also diese Entlassungen nicht rabiat durchführen. Die Angst vor den Arbeitern ist spürbar: Ein Sprecher von *Amplats* sprach vom Streik als einem »großen sozialen Aufstand«, und die Konzerne versprechen alle mehr Arbeitssicherheit und »Mitarbeiterdemokratie«.

Abkürzungen und Namen:
COSATU: ANC-naher Gewerkschaftsverband.
NUMSA: Metallarbeitergewerkschaft, lange Teil der COSATU, im November 2014 ausgeschlossen.
NUM: Die *National Union of Mineworkers* ist die Bergarbeitergewerkschaft des ANC-nahen Gewerkschaftsverbandes COSATU. Sie hat seit Marikana mehr als 100 000 Mitglieder verloren und ist jetzt etwa gleich groß oder kleiner als die AMCU.
AMCU: Bergarbeitergewerkschaft, die in wilden Streiks 2012, besonders nach Marikana groß geworden ist. Mittlerweile hat sie über 150 000 Mitglieder.
Tripartite Alliance ist das Bündnis von ANC, der kommunistischen Partei (SACP) und dem Gewerkschaftsbund COSATU.

Sämtliche Geldbeträge sind in Rand angegeben. Als der Artikel geschrieben wurde, hatte ein Rand den Wert von sieben Eurocent. Die Inflation lag in den letzten drei Jahren immer über sechs Prozent.

[3] Seit die Krise bei den Rohstoffpreisen angekommen ist, ist der Platinpreis stark gefallen. Im August 2011 lag er noch bei 1903,50 Dollar, im November 2014 nur noch bei 1195,25 Dollar. Auch während der Streiks stieg er nicht an.



Service Delivery Proteste

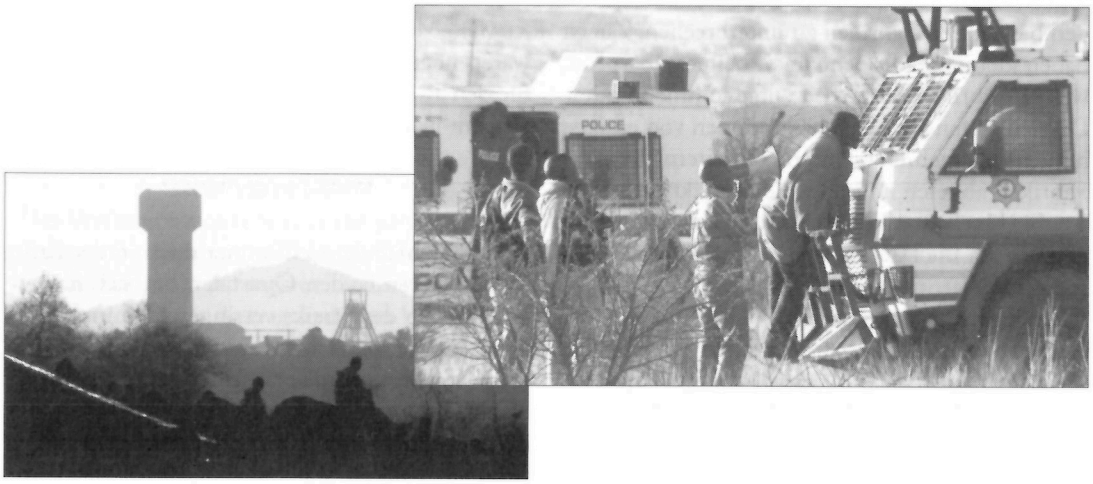
Ebenso wichtig sind immer noch die Proteste in den Wohnvierteln: Nach Angaben der Statistiker war 2012 in Südafrika der Höhepunkt der Proteste für bessere Häuser und Grundversorgung, gegen Räumungen und Arbeitslosigkeit. Seitdem seien sie zurückgegangen. Diese Statistiken sind allerdings ziemlich undurchsichtig. Immer noch gibt es fast täglich irgendwo Proteste und Riots. Nach Angaben der Polizei sollen sie gewalttätiger geworden sein, auf jeden Fall werden mehr Leute durch die Polizei verletzt und getötet. Die Proteste finden meist im urbanen Raum statt, also dort, wo es überhaupt Wirtschaft und Jobs und damit etwas zu verteilen gibt. Sie sind aber geografisch über ganz Südafrika verteilt. Die Proteste sind in industriellen Zentren wie Gauteng und KwaZuluNatal und Großstädten wie Kapstadt und Johannesburg/Soweto besonders sichtbar, weil die urbanen Gebiete in der medialen Berichterstattung im Vordergrund stehen. Vor allem in den Townships am Rand der Metropolen gibt es oft Riots: Ziel der Proteste ist es, das Berufsleben zu stören, indem der Pendlerverkehr unterbrochen wird. Dazu werden Barrikaden auf den Straßen errichtet, die Polizei wird durch (angedrohte) Steinwürfe gezwungen, die Autobahnen zu schließen; Mautstellen werden abgebrannt oder gesperrt, Bahnhöfe geschlossen und Bahnstrecken sabotiert. Oft werden kommunale Einrichtungen wie Ämter und Schulen angegriffen und der Schulbetrieb unterbrochen. Außerdem werden die Besitztümer von lokalen Bonzen angegriffen und Geschäfte geplündert.

Diese Strategie befördert (natürlich) eine massiven Medienhetze, die die Gewalt übertreibt und Schauergeschichten erfindet. Diese Geschichten haben allerdings einen wahren Kern: Tatsächlich gibt es manchmal Angriffe auf Pendler, wobei meist nur »Sachschäden« entstehen. Ähnlich ist es bei den Berichten über Plünderungen: Da die meisten Geschäfte in den Townships Leuten einer anderen Nationalität/»Rasse« gehören (ähnlich wie in vergleichbaren Ghettos weltweit), ist es leicht, Plünderungen als rassistisch darzustellen, auch wenn sie keinen solchen Hintergrund haben. Allerdings gibt es in vielen Townships Probleme mit Rassismus und auch rassistisch motivierte Plünderungen.

Trotz der Medienhetze gelingt es den Protestierenden oft, den Staat zu Zugeständnissen zu zwingen, besonders bei Versorgungsfragen. Trotz Wirtschaftskrise können die Unterklassen so ihren Status quo verteidigen. Ihre Methoden führen aber nicht zu einer Stärkung und Ausweitung der Bewegung, sondern verstärken die Isolation der Kämpfenden vom Rest der Bevölkerung – etwa weil sie die Pendler damit sicher nicht auf ihre Seite ziehen können.

Zu den positive Entwicklungen gehört, dass solche Proteste in letzter Zeit öfter mit den Streiks von Taxi- und Busfahrern zusammenlaufen. Als am ersten September die Taxifahrer in einigen Townships von Kapstadt streikten und dabei auch den Busverkehr lahmlegten (unter anderem stopptensie Busse und zerstörten sie danach), schlossen sich viele BewohnerInnen dem Streik an. Die Taxifahrer geben diese Unterstützung zurück: Als im November Township-BewohnerInnen, deren Hütten für eine neue Schnellbusstrecke abgerissen werden sollen, in Kapstadt eine Straße blockierten, wurden sie von den Taxifahrern unterstützt.

In dieser Situation sind die wenigen Basisorganisationen, die aus diesen Protesten hervorgegangen sind, in eine Krise geraten. Das hat verschiedene Gründe: Ihr Hauptthema ist Wohnraum, gerade das Verhindern von Räumungen ist aber ziemlich schwierig. Dazu kommen die massive Repression und die Ermordung von wichtigen Aktivisten.



Die Fotos stammen aus der Dokumentation *Miners Shot Down* über das Massaker von Marikana 2012. Die große Stärke des Films ist, dass er Ausschnitte aus dem Streik und dem Umgang der Arbeiter miteinander zeigt. Das ist möglich, weil der Regisseur schon zu Beginn des Streiks in Rustenburg war.
Miners Shot Down.
R: Rehad Desai, ZA 2014, 86 min.
www.minersshotdown.co.za/

Die Organisationen wollten explizit keine Partei oder NGO sein und hatten in den letzten Jahren zum Wahlboykott aufgerufen. Die größte von ihnen, die Organisation der Hüttenbewohner *Abahlali baseMjondolo*, hat bei der letzten Wahl zum ersten Mal ihren Aufruf zum Wahlboykott aufgegeben und in der Region KwaZuluNatal zur »taktischen« Wahl der größten Oppositionspartei DA aufgerufen, die am Westkap an der Regierung ist. Dafür gibt es verschiedene Gründe, der wichtigste ist, dass AbM in letzter Zeit verstärkt Repression und anderer Gewalt ausgesetzt ist. In den letzten zwei Jahren sind mehrere ihrer Aktivisten ermordet worden. AbM hofft, durch den Wahlaufruf besser geschützt zu sein und mehr Durchsetzungsfähigkeit zu erlangen – eine Hoffnung die kaum aufgehen wird.

Wahlen und Parteien

Der Wahlaufruf von AbM hat die Wahl im Mai 2014 kaum beeinflusst. Das politische Bild hat sich nur leicht verschoben. Der ANC bleibt weiter Regierungspartei, sein Zerfall geht ungehindert weiter. Die Wahlbeteiligung ist weiter gesunken. Die einzige ernsthafte »Mittelschichtsopposition« DA konnte ihren Ruf als »weiße« Partei nicht abschütteln und von der Schwäche des ANC nicht profitieren. Doch es haben sich zwei neue parteipolitische Kräfte in Südafrika etabliert: Die EFF ist eine Abspaltung der ANC-Jugendorganisation, eine Partei der nach Ende der Apartheid geborenen Generation, die ihre Basis vor allem unter den »Lumpen« und einfachen Arbeitern rekrutiert. Dies tut sie mit einem linkspopulistischen Programm, das sich stark an den alten Programmen der nationalen Befreiungsbewegungen etwa in Zimbabwe orientiert: Nationalisierung von Rohstoffen und gerechte Verteilung der Rohstoffrente und des Bodens. Die Kader der EFF sind bei Protesten und Streiks dabei, ihr charismatischer Führer Malema war als einer der Erstennach dem Massaker in Marikana und hat danach die Aufarbeitung kontinuierlich begleitet.

Die zweite Veränderung ist der Austritt der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA aus der *Tripartite Alliance* (dem Wahlbündnis des ANC) und ihre Ankündigung, innerhalb der nächsten drei Jahre eine Arbeiterpartei aufzubauen. Wegen dieser Schritte ist die NUMSA im November aus der COSATU ausgeschlossen worden.

Die NUMSA war seit dem Niedergang der NUM nach Marikana die größte Einzelgewerkschaft der COSATU. Ihre Führung ist noch stark durch Kader aus dem Befreiungskampf geprägt, die zumeist in der SACP oder der linken gewerkschaftlichen Opposition zur KP-Politik waren. Nach ihren Vorstellungen wird eine Arbeiterpartei durch einen starken Industriearbeiterkern geprägt.

»Voetsek!« Streik in der Metallindustrie

»voetsek« ist die Kurzform für »voort se ek«, also »Hau ab!«, riefen die Arbeiter den Chefs der bestreikten Fabriken zu

Aber die NUMSA handelt nicht nur auf dem politischen Parkett. Im Sommer 2014 führte sie eine Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie und im Maschinenbau. Im Gegensatz zur ihren recht erfolgreichen Kämpfen in der Autoindustrie und deren Zulieferbetrieben, verlief dieser Streik nicht so eindeutig.

Im Zentrum standen Forderungen nach Lohnangleichung, Abschaffung der Leiharbeit, mindestens zehn Prozent Lohnerhöhung und 1000 Rand Wohnzuschuss. An dem militant geführten Streik beteiligten sich rund 220 000 ArbeiterInnen. Die NUMSA hatte sich geweigert, für den Vertrag eine Friedensverpflichtung zu unterschreiben, NUMSA-Betriebsräte unterschrieben auch keine *safe picketing rules*, nach denen die Gewerkschaft »Gewalt« ihrer Mitglieder verhindern muss. Die Streiktaktik bestand darin, mit Streikposten die Produktion in

Bangladesch:
Kämpfe der Textilarbeiterinnen

In Bangladesch und Paktistan starben 2012 innerhalb weniger Monate bei Unfällen in drei Textilfabriken über 1500 Menschen.

Seitdem berichten auch die Medien in der BRD über die Arbeitsbedingungen in der globalen Textilindustrie, so z. B. während der Fußball-WM über die Produktionsbedingungen der Trikots. Entwicklungsminister Müller plant ein »Aktionsbündnis«, um »die Sozial- und Umweltbedingungen der internationalen Bekleidungsindustrie und die Lebenssituation der Menschen in den Produktionsländern nachhaltig zu verbessern«.

Zur gleichen Zeit weitet der irische Bekleidungshändler *Primark* sein Konzept »Fast Fashion« auf fast jede deutsche Großstadt aus. Die im schnellen Wechsel modisch designten billigen Klamotten sind aus schlechtem Material produziert und dementsprechend kurzlebig. Aber Jugendliche und Leute mit wenig Kohle können damit für wenig Geld halbwegs *up to date* rumlaufen. Die Eröffnung einer neuen Filiale wird mittlerweile nicht mehr nur von den üblichen Gruppen wie der IL oder der *Kampagne Saubere Kleidung* begleitet, sondern auch von *taz* bis *Welt* kommentiert. Dabei werden auch vermehrt Läden wie *KiK* aufs Korn genommen, die ganz eindeutig Läden für die Unterschicht sind und wenig mit »Konsumgeilheit« zu tun haben. Eine Verbindung von den Niedriglöhnen der Näherinnen zu den Löhnen der Verkäuferinnen bei *KiK* wird hingegen selten gezogen.

Diese Kampagnen thematisieren die Bedingungen globaler Warenproduktion, sie durchleuchten die Geschäftsmodelle der verschiedenen Textilkonzerne. Von den 84 Euro des deutschen WM-Trikots kosteten Produktion, Qualitätskontrolle und Transport ungefähr acht Euro, hinzu kamen etwa vier Euro für Marketing, den Rest teilten sich Hersteller, Lizenzgeber, Handel und Staat. Firmen wie *Primark* produzieren in denselben Fabriken, aber mit schlechteren Materialien, weniger Qualitätskontrolle und viel niedrigeren Gewinnmargen. Ein *Primark* T-Shirt für vier Euro kostet 1,50 Euro in der Produktion.

Solche Kampagnen nähren den Mythos, wir KonsumentInnen könnten die Produktionsbedingungen im Kapitalismus »nachhaltig« verändern, wenn wir moralisch richtig einkaufen, und präsentieren die Textilarbeiterinnen als Opfer der skandalösen Ausbeutung, als hilf- und machtlose Subjekte, die von einer starken Gewerkschaft organisiert werden müssten. Aber gerade diese Textilarbeiterinnen haben in den letzten Jahren massenhaft gestreikt und höhere Löhne durchgesetzt – auch wenn diese immer noch verdammt niedrig sind! Gründe genug, sich ihre Kämpfe am Beispiel Bangladesch einmal genauer anzusehen.

Die globale Bekleidungsindustrie

Die Bekleidungsindustrie hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Seit den 70er Jahren kommen vermehrt Klamotten aus asiatischen Ländern auf den Weltmarkt. Viele Länder mit großer Textilindustrie galten zunächst als absolute Niedriglohnländer, sind aber im letzten Jahrzehnt in andere Kategorien aufgestiegen: Indonesien galt bis 2002 als Niedriglohnland, Indien bis 2006, Vietnam bis 2009. Allgemein sind die Löhne in der Bekleidungsindustrie die niedrigsten im formellen Sektor der jeweiligen Länder, aber meist deutlich höher als die in der Landwirtschaft oder im Dienstleistungsbereich.

In Bangladesch stiegen die Reallöhne in den 1980er und 1990er Jahren trotz des beständigen Wachstums der Textilindustrie nur langsam. Erste wirkliche Lohnsteigerungen gab es Anfang der 2000er Jahre, diese wurden aber durch die Unsicherheit über das Ende des Multifaserabkommens

Das Multifaserabkommen legte von 1974 bis 2004 fest, wie viele Textilien und Kleidung »Entwicklungsländer« in »entwickelte Länder« exportieren dürfen. Es lief im Januar 2005 aus. Nach diesen Regelungen durfte der chinesische Export in die EU pro Jahr um nicht mehr als zehn Prozent steigen und in die USA nicht mehr als 7,5 Prozent. Allerdings wurde auch nach 2005 das Wachstum der chinesischen Exporte durch die USA und die EU begrenzt.

Mehr als 80 Prozent der Arbeitskosten in der Bekleidungsindustrie werden für Nähen und Zusammensetzen bezahlt. In diesen Bereichen hat die Automatisierung bisher nur zu geringen Produktivitätsfortschritten geführt, während es bei den den vor- und nachgelagerten Arbeitsschritten wie Zuschneiden, Lagerverwaltung usw. durchaus Automatisierungserfolge gab.

gestoppt. Ökonomen hatten Fabrikschließungen aufgrund der nun ungebremsten Expansion chinesischer Exporte vorausgesagt. Und die Vorarbeiter hatten solche Infos den ArbeiterInnen eingehämmert. Derart verunsichert ließen sich Lohnkürzungen und schlechtere Arbeitsbedingungen durchsetzen. In Wirklichkeit kam es in den meisten Ländern zu keinem Auftragseinbruch, im Gegenteil.

Das merkten auch die ArbeiterInnen sehr schnell. Seit 2006 kommt es in fast allen asiatischen Produktionsländern zu Kämpfen und die Löhne steigen – allerdings frisst die Inflation Lohnerhöhungen oft schnell wieder auf.

Das führt zu einer verwirrenden Situation: in einer Industrie, deren Preise v. a. durch den Lohn bestimmt sind, steigen die Löhne, während die Preise der Endprodukte entweder sinken oder stagnieren. Eine wirkliche Erklärung dafür haben »Analysten« nicht, sie sammeln eher Anekdoten: in Bangladesch sollen die Unternehmer die Gewinnmargen verringert haben, in Pakistan wird vermehrt auf Frauenarbeit gesetzt, in Kambodscha soll es Produktivitätssteigerungen geben, in Vietnam wurde die Fabrikorganisation geändert, außerdem versuchen viele Unternehmer dort, selber Designs für den heimischen Markt zu entwickeln und sich so vom Export unabhängiger zu machen.

Die westlichen Konzerne, mittlerweile fast Marken ohne eigene Fabriken, sehen die Lohnsteigerungen mit Sorge. Sie suchen nach neuen Standorten, denken über *Insourcing* nach, oder vergeben die Logistik an Subunternehmer. *Walmart*, das für seine rigide Kontrolle der gesamten Lieferketten berüchtigt war, übergibt die gesamte Logistik und Qualitätskontrolle an chinesische Logistikkonzerne. *Puma* träumt von komplett maschinell produzierten Sportschuhen, die wieder in Europa produziert werden. *H&M* und andere schielen in Richtung Afrika (haben bisher aber keine wirklichen

Bekleidungsindustrie im Vergleich

Kleidungsexporte weltweit 2013
(In Milliarden Dollar)

Welt	460,2
1. China	177,4
2. Italien	23,7
3. Bangladesch	23,5
4. Hong Kong	21,9
5. Deutschland	18,4
6. Vietnam	17,2
7. Indien	16,8
8. Türkei	15,4
18. Kambodscha	5,1
61 Myanmar	0,4

Quelle: WTO

Lohnübersicht Bekleidungsindustrie

China
Sechs Millionen ArbeiterInnen
Lohn 186 Euro

Indien
Sechs Millionen ArbeiterInnen
Lohn 70-90 Euro;

Bangladesch
Vier Millionen ArbeiterInnen;
Lohn 3000 - 3600 Taka
28,60 - 34,33 Euro

Türkei
Zwei Millionen ArbeiterInnen
Lohn 130-330 Euro

Kambodscha
500 000 ArbeiterInnen
Lohn: 60,68 Euro,

Myanmar
250 000 ArbeiterInnen
Lohn 61 - 122 Euro

Deutschland
28 482 ArbeiterInnen
Lohn (Tarif) ca. 11 Euro die Stunde

Die meisten Angaben sind von der *Clean Clothes Campaign*, deren Lohnangaben allerdings stark skandalisierend sind. So benutzen sie in Bangladesch den Mindestlohn ohne die in ihm festgeschriebenen Zulagen.

Die Fotos sind von *Taslima Akhter*, einer Fotografin und Aktivistin aus Bangladesch, die seit Jahren Textilarbeiterinnen begleitet.

Schritte in Richtung Produktionsverlagerung gemacht). Auch Myanmar, ein relativ großes asiatisches Land mit Erfahrung in der Bekleidungsproduktion, wurde 2012 von Sanktionen befreit und könnte ein neuer Standort werden.

Bangladesch

2003 wurde Bangladesch mit anderen Ländern zu den *next-eleven* zur neuen Hoffnung des Kapitalismus ausgerufen. Es ist (mit Ausnahme von Stadtstaaten wie Singapur oder HongKong) das am dichtesten besiedelte Land der Welt. Die Mehrheit lebt auf dem Land (2010: 72 Prozent), soweit man bei dieser Bevölkerungsdichte von Land sprechen kann. Veränderungen in der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten führten zu starken Produktivitätssteigerungen (drei Reis-Ernten pro Jahr). Damit kann die Bevölkerung gut ernährt werden, aber trotz des fruchtbaren Bodens wird fast nur Reis angebaut. Hunger gibt es nicht mehr, aber Mangelernährung ist für große Teile der Bevölkerung die Regel. Seit den 90er Jahren sinkt das Armutslevel leicht, die Kindersterblichkeit geht zurück. 98 Prozent der Bevölkerung haben mindestens die Grundschule besucht. Diese Veränderungen lassen gerade im ländlichen Raum die alte feudale Ordnung brüchig werden.Ein Ausdruck der Suche nach neuen Möglichkeiten jenseits der alten Ordnung war vielleicht auch der Boom an Mikrokrediten gerade an Frauen, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollten. Die desaströsen Folgen dieses durch den Nobelpreis an den bangladeschischen Banker Muhammad Yunus geehrten Modells sind mittlerweile offenkundig. Bei der Verbreitung der Mikrokrediten spielten NGOs eine große Rolle, auch sonst ist ihre »Hilfe« ein wichtiger Devisenlieferant. Allerdings nimmt seit den 90er Jahren die Abhängigkeit von internationaler Hilfe ab, auch wenn sie immer noch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Wichtiger ist mittlerweile die Migration. ArbeitsmigrantInnen gehen hauptsächlich in andere asiatische Länder und in die Golfstaaten. Ihre Rücküberweisungen bilden heute nach dem Textilexport den größten Posten bei den Deviseneinnahmen des Landes.

Seit den 2000er Jahren nehmen die ausländischen Investitionen zu. Neben Südkorea ist China der wichtigste Investor, die Infrastruktur (Häfen, Telekommunikation) wird von chinesischen Firmen gebaut und viele Fabriken sind in der Regie von chinesischen Unternehmern.

Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie

»Am Arbeitsplatz sind sie mit den Widersprüchen der Globalisierung konfrontiert: der Fabrikbesitzer ist möglicherweise aus Korea, der Stoff aus Taiwan, die Fäden aus Indien und das Verpackungsmaterial aus China. Durch ihre Arbeit wird das alles Made in Bangladesh.« (David Lewis, *Bangladesh*)

David Lewis *»Bangladesh: politics, economy and civil society«* Cambridge University Press, 2012

Im vergangenen Jahr exportierte Bangladesch Kleidung im Wert von fast 20 Milliarden Dollar und ist damit einer der wichtigsten Bekleidungsexporteure der Welt. Der Anteil am Gesamtexport betrug rund 80 Prozent, am BIP etwa 15 Prozent. 1982

Fotos: Unterschiedliche Wohnbedingungen von Näherinnen

wurden Klamotten im Wert von sieben Millionen Dollar exportiert, 1999 mit 1,5 Millionen ArbeiterInnen schon für 3,75 Milliarden Dollar. Heute beschäftigt die Branche ungefähr 40 Prozent aller IndustriearbeiterInnen, ca. 3,5 Millionen Menschen, davon 85 Prozent Frauen. Dieses Wachstum wurde durch die Kooperation mit südkoreanischem Kapital ermöglicht. Noch heute wird viel ausländisches Kapital in der Bekleidungsindustrie investiert, aber fast nur in Freihandelszonen. Die Zentren der Industrie sind Dhaka und Chittagong, um sie herum liegen die acht Freihandelszonen wie Inseln innerhalb des Landes: riesig, vollständig von Mauern umgeben und videoüberwacht. 75 Prozent der Fabriken befinden sich allerdings außerhalb dieser Freihandelszonen.

Eine typische Textilarbeiterin ist jung und entweder frisch vom Land gekommen oder im Slum aufgewachsen. Offiziell ist sie mindestens 14 (auch Kinder werden zu Niedriglöhnen beschäftigt, in der Exportindustrie inzwischen eher selten). Sie lebt im Slum in der Nähe einer Fabrik oder Freihandelszone, in der sie als Maschinistin arbeitet. Sie kann im Normalfall etwa 20 Jahre in einer Textilfabrik arbeiten, danach wird es wegen nachlassenden Augenlichts und anderer Abnutzungserscheinungen fast unmöglich. Viele der gesundheitlichen Probleme sind auf die weitverbreitete Mangelernährung der TextilarbeiterInnen zurückzuführen.

Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, Fabrikbrände und Stromausfälle an der Tagesordnung. Viele Fabriken sind extrem unsicher. Seit dem Jahr 2000 starben offiziell 2000 Menschen in den Fabriken, die Mehrheit davon in den letzten drei Jahren. Auch deswegen werden bei Kämpfen solche Fabriken von ArbeiterInnen einfach niedergebrannt..

In den letzten Jahren stiegen die Löhne mehrfach: 2010 akzeptierten die Gewerkschaften 28 Euro/ 3000 Taka als Mindestlohn. 2011 war die offizielle Forderung 58 Euro / 5000 Taka, die Verhandlungen scheiterten aber. Der reale Durchschnittslohn soll 2011 etwa 45 Euro betragen haben. 2013 wurde ein Mindestlohn von 67 Euro / 5300 Taka beschlossen.

Das ist immer noch einer der niedrigsten Löhne in der Bekleidungsindustrie und einer der niedrigsten Industrielöhne auf der Welt. Er reicht nicht, um in der Stadt zu wohnen, eine eigene Wohnung liegt sowieso jenseits der Vorstellungskraft der TextilarbeiterInnen. Wenn sie von einer Unterkunft sprechen, dann meinen sie meist ein Zimmer, das sie sich mit anderen Arbeiterinnen oder ihrer Familie teilen. Zu Miet- und Essenskosten kommen häufig noch Verpflichtungen gegenüber der Familie und die medizinische Versorgung. Deshalb machen viele Abstriche beim Essen.

Die Kampfwelle von 2006 bis 2012

Seit den frühen 90er Jahren gab es regelmäßig heftige Kämpfe in der Textilindustrie. Die aktuelle Streikdynamik hatte ihren ersten Höhepunkt im Mai/Juni 2006: Aus Massenstreiks wurden Unruhen, die Hunderttausende mobilisierten und fast die ganze Arbeiterklasse Dhakas einbanden: Die Belegschaften von etwa 4000 Fabriken beteiligten

»(...) Die neue intensive und gefährliche Ausbeutung in Fabriken mit niedrigen Löhnen ist zwar keine Befreiung der Frauen, hat aber trotzdem Möglichkeiten geschaffen, aus dem alten gesellschaftlichen Konservatismus zu entfliehen.« Red Marriott in: »The binds that tie: unions, 'solidarity', civil society and foreign policy in Bangladesh«, 2.8.2014. Er schreibt seit Jahren auf libcom.org lesenswerte Artikel zu den Kämpfen der Textilarbeiterinnen in Bangladesch.

Foto: Streik in Dhaka 2008: Der Unternehmer hat die ArbeiterInnen eingeschlossen, damit sie nicht mitstreiken.

sich an einem wilden Streik, 16 Fabriken wurden von den Streikenden niedergebrannt, hunderte wurden geplündert; Hauptstraßen wurden blockiert, die Beschäftigten lieferten sich am Arbeitsplatz und auf den Straßen der Wohnviertel Schlachten mit Polizei und privaten Sicherheitsdiensten. Drei Arbeiter wurden erschossen, tausende verletzt und mehrere tausend inhaftiert. Zur Wiederherstellung der »Ordnung« sah sich die Regierung zum Einsatz der Armee gezwungen.

Daraufhin zogen Arbeiter aus den Industrievororten in die Innenstadt Dhakas, zerstörten Autos und griffen Bürogebäude an. Auf Massendemonstrationen wurde ein Ende der Repression gefordert, die Freilassung inhaftierter Arbeiter, höhere Mindestlöhne, ein arbeitsfreier Tag in der Woche, die Bezahlung von Überstunden, Feiertage, die pünktliche Auszahlung der Löhne usw.

»Gespensterpaniken«: Nach dem Einsturz der Fabrik am *Rana Plaza* hat *Trend Online* den Artikel »Tailoring to needs – garment worker struggles in Bangladesh« von Red Marriott von 2010 übersetzt: www.trend.infopartisan.net/trd0114/t110114.html

Seit 2008 ist in den Fabriken eine weibliche Form des Widerstand entstanden: einzelne Arbeiterinnen sehen in der Fabrik und hier vor allem auf den Toiletten Gespenster und reagieren darauf derart hysterisch, dass sie die anderen Arbeiterinnen der Fabrik anstecken, die dann die Fabrik verwüsten. Am Ende fallen alle in Ohnmacht und kommen ins Krankenhaus. Ort und Form sind dabei nicht zufällig: Die harte Arbeit und die Mangelernärung führen of zu Halluzinationen und die Toiletten sind die Orte in der Fabrik, wo die Arbeiterinnen alleine sind und wo oft Vergewaltigungen und Misshandlungen stattfinden.

Die Mediziner sehen dieses Phänomen als »kollektive Zwangsstörung« oder »Gruppenhysterie«, die sie auf Mangelernährung, Überarbeitung und Stress zurückführen. Einem Arzt zufolge behandelt seine Klinik jeden Monat im Schnitt an die 100 TextilarbeiterInnen, die an Angststörungen leiden. Red Marriott sieht in der hohen Zahl an »Gespensterpaniken« einen *Copycat*-Effekt: Was vielen Frauen passiert, wird für noch mehr Frauen zum Mittel gegen die Bosse.

2009, 2010 und 2011 kommt es wieder zu ähnlich großen Streiks und *Riots* wie 2006, sie halten tagelang an, zehntausende Arbeiterinnen beteiligen sich. Sie handeln strategisch geschickt, indem sie neben den Fabriken auch die Logistik des Unternehmers angreifen und z. B. schon beladene LKW verbrennen. Sie versuchen die Reaktionszeiten von Polizei und Feuerwehr zu verlängern und die Auseinandersetzung auszuweiten, erst auf die benachbarten Fabriken, dann in die umliegenden Slums und die angrenzenden Industriegebiete. Die Gegenmaßnahmen der Polizei wirken dabei oft als weiterer Zunder.

Das Massaker von Rana Plaza

Solche Unfälle gibt es nicht nur in der Kleidungsproduktion in der Peripherie. In Prato in Italien starben 2013 sieben chinesische ArbeiterInnen beim Brand einer Hinterhofproduktion. Prato ist eines der Zentren der italienischen Bekleidungsproduktion. Hier gibt es 3000 »normale« Unternehmen mit 18 000 Beschäftigten, hinzu kommen über 2000 kleine Textilbetriebe mit zwischen 30 000 und 50 000 chinesischen ArbeiterInnen.

Ende 2012 kam es zu mehreren heftigen Fabrikbränden, bei denen viele ArbeiterInnen starben. Im April 2013 brach das Fabrikgebäude auf dem Rana Plaza ein. Bei den beiden größten Vorfällen, dem Feuer in einer Fabrik in Tazreen und dem Einsturz von Rana Plaza, starben zusammen mehr als 1200 ArbeiterInnen. Bei den rasch organisierten Rettungsmaßnahmen nach diesen Katastrophen, die vor allem von den ArbeiterInnen des Industriegebiets getragen wurden, zeigte sich immer wieder ihre starke Solidarität und Fähigkeit zur Selbstorganisation.

Foto: 2008, wegen Massenstreiks wurde der Ausnahmezustand ausgeru

Direkt danach ging eine neue Welle von Streiks und Riots los. Als die Regierung als Reaktion darauf im September 2013 eine Überprüfung des Mindestlohns ankündigte, goss sie damit erst recht Öl ins Feuer. Traditionell streiken und demonstrieren die Arbeiterinnen während solcher Verhandlungen am meisten, da sie nun am meisten Wirkung erzielen. Als einige Arbeiterinnen nicht frei bekamen, um auf eine Demo zu gehen, explodierte die Situation erneut. Ein weiterer Grund war der Umgang mit den Opfern: Statt vier Monatslöhnen, wie sie die Überlebenden von Tazreen bekommen hatten, wollte die Textil-Arbeitgebervereinigung den Opfern von Rana Plaza nur einen Monatslohn Entschädigung zahlen. Die massenhaften Streiks erwirkten die Erhöhung auf vier Monatslöhne – mittlerweile aber klagen die Opfer auf eine höhere Entschädigung.

Ergebnis der Mindestlohnverhandlungen war eine nominell 77prozentige Erhöhung über alle Entgeltstufen hinweg, so dass der Lohn in der niedrigsten Stufe jetzt 5300 Taka (67 Euro) beträgt. Allerdings beträgt der eigentliche Grundlohn nur 3000 Taka, der Rest sind Zuschüsse für Miete, Ärzte, Essen, die in dem Abschluss festgeschrieben wurden. Für die Zukunft wurde eine jährliche Erhöhung des Grundlohns um fünf Prozent beschlossen, was deutlich unter der Inflationsrate der letzten Monate liegt, die zwischen sieben und zwölf Prozent betrug.

Die ArbeiterInnen hatten einen Grundlohn von 8114 Taka gefordert. Als sie von dem Abschluss hörten, gingen sie wieder auf die Straße und erhöhten ihre Forderung auf 8300 Taka. Hunderte von Fabriken wurden bestreikt, es kam zu massiven Straßenschlachten, gegen die das Militär eingesetzt wurde.

Auch die Justiz sah sich zum Handeln gezwungen und leitete Verfahren gegen die verantwortlichen Manager und den Namensgeber Rana ein, einen lokalen Politiker der Regierungspartei mit guten Kontakten zur lokalen Mafia. Das bereits eingestellte Verfahren gegen Delwar Hossain wurde wieder aufgenommen. Er ist Besitzer der Firma *Tuba Group*, der u.a. die Fabrik in Tazreen gehörte, wo 112 ArbeiterInnen gestorben waren. Nach der Festnahme von Hossain im März 2014 hatte die Firma aufgehört, 1600 ArbeiterInnen aus fünf Fabriken Löhne zu zahlen. Diese traten nach dem 10. Juni in Streik und besetzten drei Fabriken. Als sie so nichts erreichten, besetzten sie zum Zuckerfest Ende Juli ein Büro der Textil-Arbeitgebervereinigung und das *Tuba*-Hauptquartier für mehrere Tage und schlossen dort jeweils *Tuba*-Manager ein. Gleichzeitig traten sie in einen Hungerstreik, der elf Tage dauerte und 86 Arbeiter ins Krankenhaus brachte. Ihre Forderungen waren die Bezahlung der ausstehenden Löhne, Urlaubsgeld für das Zuckerfest, sofortige volle Entschädigung der Tazreen-Opfer, Beschlagnahme der Kaution für Hossain (er war am 5. August auf Kaution freigekommen), medizinische Versorgung für die im Hungerstreik Erkrankten, sowie keine Schließung von *Tuba*-Fabriken.

Tatsächlich kam es nach der Freilassung von Hossain auf Kaution zu einer teilweisen Auszahlung ausstehender Löhne, aber einige Fabriken wurden geschlossen, um die Auszahlung der Löhne zu vermeiden.

Foto: 2008, Dhaka: Streikrede ener Arbeiterin

Staatliche Reaktionen und Gewerkschaftsfrage

Die Katastrophen der Jahre 2012 und 2013 hatten spürbare Auswirkungen. Zum einen hat der internationale Druck auf die Unternehmer zugenommen, die Sicherheit ihrer Fabriken zu gewährleisten. Außerdem gab es verschiedene Selbstverpflichtungen westlicher Firmen. In Europa unterschrieben sie eine Vereinbarung, die die ArbeiterInnen theoretisch einklagen können, in den USA haben 20 Unternehmen, die in etwa 500 Fabriken produzieren lassen, 42 Millionen Dollar zur Instandsetzung der Fabriken zur Verfügung gestellt. Daneben drohte die EU im Sommer 2014, die Zollfreiheit abzuschaffen, falls sich die Bedingungen nicht ändern. Nach Angaben der ILO wurden bis Ende September 2000 Fabriken überprüft, es wurde aber nur ein kleiner Teil geschlossen.

»Nach Schätzungen von Experten ist etwa jede zehnte Fabrik im Land unsicher und müsste geschlossen werden. Aber es ist zweifelhaft, dass diese bei den jetzigen Inspektionen gefunden werden, denn unter den Exportfabriken (Fabriken, die direkt mit den westlichen Konzernen Verträge haben) dürfte ihr Anteil eher gering sein.« https://www.taz.de/!137170/

Daneben wurde auch einiger Druck entwickelt, endlich Gewerkschaften zuzulassen. Letztes Jahr hatte die US-Regierung Produkten aus Bangladesch aufgrund der unbefriedigenden Situation der Gewerkschaften die Zollfreiheit aberkannt.

Bisher waren Textil-Gewerkschaften vor allem Anhängsel von Parteien und NGOs, ohne wirkliche Basis in den Fabriken. Theoretisch war es zwar legal, einer Gewerkschaft beizutreten, aber Unternehmer und Staat hinderten ArbeiterInnen an der Ausübung dieses Rechts. Nach dem Massaker hat der Staat seinen Widerstand gegen Gewerkschaften aufgegeben, gleichzeitig entstehen viele neue Gewerkschaften. Einige wurden von Politikern gegründet, die durch Gewerkschaften mit einer Basis unter ArbeiterInnen ihre Machtbasis sichern wollen. Der Großteil der nach Rana Plaza offiziell neu registrierten 152 Gewerkschaften kommt aber aus einer anderen Ecke. 142 von ihnen sollen einer der neun Föderationen angehören, die ihrerseits mit dem *Solidarity Center* der AFL-CIO verbunden sind, das fast komplett vom amerikanischen State Department finanziert wird.

Die Hauptarbeit des *Solidarity Center* in Bangladesch besteht darin, existierende und neue Gewerkschaften zu beraten und zu unterstützen. Es zahlt teilweise die Gehälter von *Organizern* und hilft beim Registrierungsprozess. Solchen Gewerkschaften gelingt dann die Registrierung, während andere, die unabhängig vom NGO-Klüngel bleiben wollen, oft daran scheitern.

»Eine repräsentativ gewählte Regierung, ein funktionierender Markt und die Zivilgesellschaft: Diese grundsätzlichen Elemente einer freien Nation funktionieren wie ein dreibeiniger Schemel. Sie fördern und unterstützen Nationen, höhere Standards von Fortschritt und Wohlstand zu erreichen.«
Hillary Clinton

Den Funktionären des *Solidarity Center* ist klar, dass Gewerkschaften mit einer Massenbasis ein wichtiger Hebel sein können, um sowohl das Land zu stabilisieren, als auch seine Geschicke im Sinne der amerikanischen Außenpolitik zu beeinflussen. Auch die deutsche *Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit* beteiligt sich am Gewerkschaftsaufbau. Die nächsten Jahre scheinen Gewerkschaften mit guten Verbindungen zu westlichen NGOs zu gehören. Organisationen, die »von oben« agieren, mit

Funktionären aus der gebildeten Mittelschicht, viel Geld und »Organizing« versuchen, sich eine Arbeiterbasis zu verschaffen. Der Weg dahin ist aber noch weit: Aktuell sind noch 94 Prozent aller Textilfabriken ohne Gewerkschaft, und die Unternehmer machen bisher trotz des Drucks kaum Anstalten, den Zugang zu erleichtern. Es gibt immer wieder Berichte, dass Gewerkschaftsgründungen in einer Fabrik zu Gewalt, Drohungen und Entlassungen führen. Die Unternehmer stehen unter Druck, weil die Löhne seit 2005 kontinuierlich steigen; schon jetzt liegen die Monatslöhne in Sri Lanka oder Indonesien nur 3 bis 5 Dollar höher. Den gestiegenen Preisdruck am Weltmarkt können sie nur durch Arbeitshetze, unsichere Fabriken usw. kompensieren. Gewerkschaften würden dem aber einen Riegel vorschieben, deshalb haben sie sogar vor diesen potentiell großen, zentralisierten und wahrscheinlich handzahmen Gewerkschaften Angst. Inzwischen weisen aber einige Wirtschaftszeitungen und einzelne Verbandsvertreter aus Bangladesch daraufhin, dass das Lohnargument nicht mehr die Hauptrolle bei Standortentscheidungen spielt und gerade die Angst vor Verlagerungen für »legitime« Gewerkschaften spricht. Denn westliche Kunden drohen mit Verlagerung aufgrund ständiger Lieferverzögerungen durch Streiks, oder wegen infrastruktureller Probleme wie Engpässen in der Energieversorgung. Deshalb sind viele Fabriken nicht voll ausgelastet. Gewerkschaften könnten da Ruhe hineinbringen.

Wohin entwickeln sich die Kämpfe?

Die ArbeiterInnen haben mittlerweile 30 Jahre Erfahrung im direkten Kampf mit dem Unternehmer ohne Gewerkschaft. Sie haben eine gut organisierte militante Praxis entwickelt, effektive Formen der Selbstorganisierung gelernt und besonders seit 2006 große Kämpfe geführt. In ihren Forderungen kam immer der Wille nach einem besseren Leben zum Ausdruck, die meisten Forderungen gingen um genug Lohn zum Leben, Arbeit, die nicht krank macht und keine Misshandlungen.

Die meisten Streiks entzünden sich an Problemen in der Fabrik: der Brutalität des mittleren Managements und der direkten Vorgesetzten oder wegen ausstehenden Löhnen. Polizei und paramilitärische Einheiten werden gegen die ArbeiterInnen eingesetzt, was häufig in gewalttätigen Auseinandersetzungen endet. Oft beteiligen sich ganze Stadtteile – aus Demonstrationen werden dann Massenunruhen. Selbst kleine Konflikte haben deshalb das Potenzial zu größeren Auseinandersetzungen.

Das liegt schon an der Lage der Fabriken. Hunderte Fabriken mit Tausenden von ArbeiterInnen liegen eng gedrängt aneinander. Schon der kleinste Funke kann in einer solchen Situation zünden und zu großen Protesten führen. Die Bullen tun sich schwer, gegen die Streikenden vorzugehen, weil sie dafür die Industriegebiete abriegeln müssten und so auch die Fabriken, die gerade nicht bestreikt werden, stoppen würden.

Die Selbstorganisation der Kämpfe profitiert davon, dass die heutige Generation der Textilarbeiterinnen über eine bessere Bildung verfügt. Gerade die Arbeiterinnen, die in Slums aufgewachsen sind, wissen, dass sie geschlossen handeln und auf die Straße gehen müssen, um ihre Ziele zu erreichen. In den Fabriken ist es deshalb völlig normal, im Konfliktfall die Arbeit zu unterbrechen und vor benachbarten Fabriken Streikposten aufzustellen. Die Massenstreiks und Riots der ArbeiterInnen haben politische Auseinandersetzungen wie die Mindestlohnverhandlungen direkt beeinflusst.

In der BRD ist der Eindruck weit verbreitet, dass die Arbeiterinnen mit ihren Kämpfen wenig erreicht haben – trotz der erkämpften Lohnzuschläge und Erfolgen bei den Arbeits- und allgemeinen Lebensbedingungen, und der Kontinuität der Kämpfe.

Die Behauptung vieler deutscher Linker, die Kämpfe der ArbeiterInnen wären nur Strohfeuer und bräuchten deshalb die Organisierung durch Gewerkschaften und NGOs, ist einfach falsch. Es gibt keinen Grund zu glauben, dass die ArbeiterInnen mit einer »richtigen« Gewerkschaft plötzlich durchsetzungsfähiger würden.

Die Kämpfe dieser Arbeiterinnen zeigen, dass sie keine wehrlosen Opfer sind, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Gleichzeitig machen sie aber auch deutlich, unter welchen Bedingungen und zu welchen Löhnen unsere Gebrauchsgüter produziert werden. Diese Arbeitsbedingungen und die niedrigen Löhne ziehen sich durch die gesamte globale Produktions- und Lieferkette, auch in Warenlagern und im Verkauf bei *KiK* wird zu Niedriglöhnen gearbeitet.

Die ArbeiterInnen in Bangladesch wissen, dass sie ihre Kämpfe ausweiten müssen, um ihre Bedürfnisse durchsetzen zu können. Sie haben sich immer wieder gegen Repression und Organisierungsverbote behauptet, und werden sich die Frage stellen, wie sie sich weiter und besser organisieren können. Informationen darüber und direkte Kontakte zu ArbeiterInnen sind wichtig. Es ist gut, wenn ihre Bedingungen international bekannt werden, aber Öffentlichkeitskampagnen und andere Solidaritätsaktionen sollten auch von ihren *Kämpfen* ausgehen, oder zumindest darüber berichten. ■

Solidarity Center: US-Gewerkschaften spielen schon sehr lange eine (antikommunistische) Rolle in der amerikanischen Außenpolitik. Etwa die AFL in der mexikanischen Revolution 1912 oder nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD. Sie kooperierte mit der CIA und dem Vatikan bei der Unterstützung von Solidarność in Polen und destabilisierte Regierungen in lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien, Dominikanische Republik, Chile, Nicaragua und Venezuela.
Nach dem Ende des Ostblocks wollte die AFL-CIO einen Neustart ihrer internationalen Arbeit machen und gründete 1997 das *American Center for International Labor Solidarity*, genannt *Solidarity Center*.
Das *Solidarity Center* unterhält 20 Außenstellen auf der ganzen Welt, es tritt als unabhängige NGO auf. Allerdings werden über 90 Prozent seines Jahresbudgets von 38 Million Dollar vom US State Department bezahlt und zwar über die beiden Regierungsorganisationen USAID und *National Endowment for Democracy*. Nur etwa 500 000 Dollar zahlt die AFL-CIO selbst. Der »Non-Profit« *National Endowment for Democracy* ist ein vor allem vom US-Kongress finanziertes Werkzeug der US-Außenpolitik. Mehr dazu: Red Marriott, »The binds that tie: unions, 'solidarity', civil society and foreign policy in Bangladesh«, 2.8.2014

Wie hängen kapitalistisch-industrielle Entwicklung, Arbeiterkämpfe und Egalitarismus zusammen? Für Indien bedeutet das, die Veränderungen des Kastensystems und des Geschlechterverhältnisses anzugucken.

Indien:

Kapitalistische Arbeitsteilung und Egalitarismus

Kaste und Stamm

Zum Verständnis des Kastensystems müssen wir zwischen Kaste (*Varna*) und Stamm (*Jati*) unterscheiden. Kaste schreibt eine Position in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der religiösen Hierarchie fest. Jede Kaste besteht aber auch aus unterschiedlichen Stämmen, die bis heute den Rahmen für Heirats-/Familienbeziehungen und soziale und ökonomische Verbindungen darstellen.

In Europa beruht das Verständnis des Kastensystems weithin auf den Überlieferungen der Kolonialwissenschaftler und ihrem Orientalismus. Die kolonialen Anthropologen hatten wenig Einblick in das Stammessystem und kamen auch daher zu der oberflächlichen Schlussfolgerung, dass sich die Kaste in erster Linie aus einer religiösen Vorstellung von Reinheit ableite.

Auch aus Mangel an direkter Auseinandersetzung mit der lokalen Realität stellte der klassische Marxismus den Orientalismus lediglich auf die Füße: Das Kastensystem basiere auf dörflicher Arbeitsteilung und Eigentumsverhältnissen in der Sklavenhaltergesellschaft und dem Feudalismus.

Diese Sichtweise wurde von den AnhängerInnen der *Subaltern Studies* und der *Postcolonial Theory* teilweise zu Recht kritisiert. Sie betonen die Bedeutung der Stammesstruktur als Hauptbezugspunkt des bäuerlichen Widerstands gegen die Kolonialherrschaft, Einhegung und auferlegte Steuern. Sie werfen dem Marxismus einen »westlichen Universalismus« vor, der nicht erklären könne, warum trotz Auflösung der dörflichen Arbeitsteilung das Kastenwesen fortbesteht. Die *Subaltern Studies* kritisieren zurecht einen blinden Fleck (Unverständnis der Rolle der Stammesstruktur und deren Überschneidung mit dem Kastensystem), aber ihre Vorstellungen vom »westlichen Kapitalismus« beruhen selber auf Mythen.

Deshalb kritisiert Vivek Chibber die *Postcolonial Studies* sehr systematisch an zwei Hauptsträngen[1]: Ihre Kritik, Indien könne nicht mit »marxistischen Kriterien« eines westlichen Kapitalismus verstanden werden, da es in Indien nicht zu einer bürgerlichen Revolution gekommen sei, idealisiere die »emanzipative Rolle« der europäischen Bourgeoisie. Nicht sie habe die bürgerlichen Freiheiten durchgesetzt, sondern die proletarische Drohung innerhalb der »bürgerlichen Revolutionen«.

Im zweiten Strang hinterfragt Chibber die subalterne Vorstellung, dass die Arbeitsbeziehungen in Indien anders als im westlichen Kapitalismus nicht auf einer »doppelt freien Arbeitskraft« beruhen, sondern dass persönliche Ausbeutungsbeziehungen fortbestehen und auch der Zugang zum Arbeitsmarkt je nach Kastenzugehörigkeit segmentiert sei; und zeigt auf, dass sich personale Gewalt und unfreie Arbeitsbeziehungen auch im Westen reproduzieren.

Das Kastensystem unter der Kolonialherrschaft

Der britische Kolonialstaat wälzte das Kastensystem um und bezog es in seine Verwaltungsstrukturen ein. Konfrontiert mit einer Unzahl an lokalen Stammes- und Kastenbeziehungen – einige von ihnen wurden tatsächlich zu einer organisatorischen Basis des Bauernwiderstands – vereinheitlichte der Staat diese Strukturen durch die Schaffung von »Großkategorien«, indem er bestimmten Gruppen unterschiedliche Wahl- und Eigentumsrechte zuordnete. Erst dadurch wurden diese Kategorien zu überregionalen Bezugspunkten und »Identitäten«, z. B. im Kampf der Gujjar[2] gegen die Einstufung als »kriminelle Kaste«.

Bereits in der frühen Arbeiterbewegung zeigte sich das problematische Verhältnis zwischen nationaler Befreiungsbewegung, kommunistischer Partei und Kampf gegen die Kastenunterdrückung. Während der Textilarbeiterstreiks in Kanpur und

[1] https://www.jacobinmag.com/2013/04/how-does-the-subaltern-speak/

[2] Die Gujjar sind eine ethnische Bevölkerungsgruppe in Indien, Pakistan und Afghanistan mit eigener Sprache. Während der indischen Rebellion 1857 waren sie Kern des Widerstands gegen die Briten. Deswegen wurden sie als »unruhige« oder »kriminelle« Kaste eingestuft und »gesetzlos« gemacht. Seitdem kämpften sie gegen diese Einstufung. Mit der Unabhängigkeit Indiens wurde sie abgeschafft. Seit 1990 kämpfen die Gujjar aber darum, aufgrund ihrer Geschichte als eine Unterkaste anerkannt zu werden, wegen der damit verbundenen gesetzlichen Vorzüge.

anderen industriellen Zentren in den 1920er und 1930er Jahren verlangte Ambedkar, ein Führer der entstehenden Dalitbewegung (Unberührbare oder direkt übersetzt: Unterdrückte), dass die Partei in der Streikführung auch die Kastenspaltungen in den Textilfabriken hinterfragen sollte. Die Dalit waren in erster Linie in den »dreckigen« Abteilungen (Baumwollverarbeitung etc.) beschäftigt, während den höheren Kasten die sauberere Arbeit (Tuchverarbeitung) zugewiesen wurde. Die Parteiführung, die sich in erster Linie aus Angehörigen der oberen Kasten zusammensetzte, scheute sich, diese Klassenspaltung offensiv zu thematisieren. Auch dies führte zu einem Bruch mit der Führung der Dalitbewegung. Gandhi, Anhänger eines Pakts zwischen indischer Textilbourgeoisie und indischen TextilarbeiterInnen für die nationale Befreiung, sprach mit seinem Populismus die Führung der Dalitbewegung an. Ambedkar wurde später Autor des Grundgesetzes des »unabhängigen« Indiens.

Das Kastensystem und die Umwälzung auf dem Land in den 1950er und 1960er Jahren

Der postkoloniale Staat setzte auf die Modernisierung der ländlichen Klassenbeziehungen. Im ersten Schritt wurden aufständische Landbesetzungsbewegungen direkt nach der Unabhängigkeit brutal zerschlagen.[3] Im zweiten Schritt wurde eine »Landreform« durchgeführt, die vorallem das überschüssige und ungenutzte Land der Großgrundbesitzer umverteilte, die zu diesem Zeitpunkt die Landwirtschaft als Haupteinkommensquelle bereits aufgegeben hatten. Diese Umverteilung kam vor allem den entstehenden kapitalistischen Groß- und Mittelbauern zugute und wurde zur Grundlage der *Grünen Revolution*. Um seine zentralen Wirtschaftspläne durchzusetzen, musste der indische Staat seinen Einfluss in den Dörfern etablieren. Dem standen die alten »Dorfräte« im Weg, die sich aus den obersten Kasten zusammensetzten und wie Lokalfürsten dachten. Mithilfe der Ideologie der modernen Demokratie wurde ihr Einfluss gebrochen. Gleichzeitig aber wurden die Partei- und Staatsposten mit Leuten aus diesen Kasten besetzt.

Jan Breman beschreibt die Auswirkungen dieses Modernisierungssprungs der *Grünen Revolution* auf das Kastensystem als eine doppelte Flucht. Unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen haben die Land besitzenden Kasten weniger Interesse an »personaler Herrschaft«, da diese zu einem gewissen Grad mit einer paternalistischen Verantwortung für die Reproduktion der Untergebenen einherging. Wenn die oberen Kasten z. B. Einfluss auf die Heiratsentscheidungen der auf ihrem Land arbeitenden Unterkasten haben wollten, dann mussten sie auch für die Heiratskosten aufkommen oder zumindest Kredite geben. Personale Herrschaft hieß auch, die Arbeitskraft über die Ernte- oder Saatzeit hinaus zu bezahlen. Die kapitalistischen Bauern wollen die Arbeitskraft aber nur dann bezahlen, wenn sie sie brauchen.

Kämpfe gegen Ausbeutung und Kastenunterdrückung speziell zum Ende der Kolonialzeit und in den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit beschleunigten diese Prozesse. Mit der Entwicklung des ländlichen Arbeitsmarkts und des Transportwesens gab es auch für die landlosen Unterkasten und Dalits die Möglichkeit, der personalen Herrschaft im Dorf zu entkommen. Landlose Dalits vermieden es, für ihre alten Herren zu arbeiten. Gleichzeitig mit der »persönlichen Freiheit« kam es zu einer materiellen Krise. Die saisonale »freie« Arbeit reichte nicht aus, um sich zu reproduzieren. Das alte Handwerk der unteren Kasten (Töpferei, Lederverarbeitung etc.) geriet durch die industrielle Produktion unter Druck.

In dieser Situation passten sich die Kasten an die neuen Verhältnisse an. Die obersten Kasten, die zuvor nicht in der Landwirtschaft tätig waren, erlitten einen Machtverlust (Brahmanen); sie retteten ihre Macht vor allem mit dem Sprung in die staatliche Verwaltungsstruktur. Mit der *Grünen Revolution* gewannen die sogenannten Mittelkasten (Jats etc.) ab den 1970er Jahren gesellschaftlichen und parteipolitischen Einfluss. Die unteren Kasten mit kleinem Landbesitz verelenden auf dem Dorf, aber sie haben die Ressourcen, in die Stadt zu flüchten. Den Dalits ohne Land fehlt oft diese Möglichkeit, sie arbeiten als ländliches Proletariat. In dieser Hinsicht reproduzieren sich die Kastenhierarchien ökonomisch und spiegeln sich auch in der urbanen Klassenzusammensetzung wider.

Trotz des Zerfalls der dörflichen Arbeitsteilung reproduzierte sich das Stammes- und Kastensystem. Um in die Stadt zu migrieren, braucht es Beziehungen, und diese wurden und werden meist durch »Stammesbande« hergestellt. Während viele alte Handwerksberufe und *Communities* ins Proletariat abstiegen, gelang es einigen Gruppen, ihre vormals stigmatisierte Position, z. B. als Ledergerber, in einen ökonomischen Aufstieg umzuwandeln. So entstand auch eine wirtschaftliche Dalit-Bourgeoisie, z. B. im Ledersektor. In dieser Hinsicht reproduzierte die Urbanisierung das Stammessystem, sie untergrub es aber auch: Für eine Heirat innerhalb der Stammesstruktur konnte man auf dem Land einen Partner oder eine Partnerin für die Kinder im Nachbardorf finden; heute leben Angehörige des eigenen Stammeshintergrunds über das ganze Land verteilt.

[3] http://en.wikipedia.org/wiki/Telangana_Rebellion

Die Rolle der Industrie

Im Zeitraum 1950 bis 1970 spielte die Industrie eine große Rolle beim Untergraben der Kastenhierarchie. Die Fabriken in Faridabad stellten unqualifizierte BauernarbeiterInnen auch aus der näheren Umgebung ein. Brahmanen und Dalits arbeiteten in ähnlichen Arbeiterpositionen und führten gemeinsam Streiks. Dies änderte sich qualitativ ab den 1990er Jahren, als Großunternehmen mehr und mehr dazu übergingen, auch für Fließbandjobs eine formale Qualifikation zu verlangen. Eine dreijährige Ausbildung lässt sich nur mit wirtschaftlichen Ressourcen finanzieren, d. h. in den meisten Fällen aus dem kleinem Landbesitz der mittleren Kasten.

Die Dalitbewegung

Mit dem wirtschaftlichen Einbruch Ende der 1960er Jahre entwickelte sich innerhalb der etablierten Dalitbewegung ein Flügel »frustrierter«, besser ausgebildeter Jugendlicher, die den Integrationskurs z. B. der *Republican Party* (als »Dalitpartei«) offensiv kritisierten und die *Dalit Panthers* gründeten. Sie gerieten in eine ähnliche Situation wie die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA, wo ab den späten 1970er Jahren die »Vereinheitlichung« der Klasse durch die gemeinsame Arbeit und die Kämpfe in der Industrie geschwächt war. Auch in Indien spaltete sich die Bewegung in einen militärischen Flügel in Form des Maoismus und einen parlamentarischen Flügel mit identitätsbezogenen Politik: Die Dalit als die ursprünglichen BewohnerInnen Indiens gegen die »arische/brahmanische« Invasion oder als aufstrebender Teil der Hindugesellschaft.

Der Maoismus spielt hier eine zweischneidige Rolle. Zum einen organisiert er die notwendige Selbstverteidigung gegen die Gewalt der landbesitzenden Klasse: Die Landbesitzer in Bihar gründeten in den 1980er Jahren auf Kasten- und Stammesbasis paramilitärische Organisationen, um den Widerstand der landlosen LandarbeiterInnen zu unterdrücken. Es kam zu Tausenden von Morden, oft gedeckt von Polizei und Justiz, und zwar nicht nur auf Grund eines ähnlichen Klasseninteresses, sondern auch auf Grund einer »Kastensolidarität« zwischen Landbesitzern und Angehörigen der Staatsgewalt. Die maoistische Ideologie des Kampfs gegen den »Semi-Feudalismus« hat hier ihren Ursprung. Im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre wandelte sich der maoistische Kampf aber zunehmend in einen Kampf für regionale Befreiung (Telangana) oder für »identitäre Rechte« u. a. der Adivasis (sogenannte »Eingeborene«, die außerhalb des Hindu-Kastensystems stehen).

[4] http://en.wikipedia.org/wiki/Mayawati

Die neoliberale Wende

Eine neue (staats-)politische Bedeutung bekam das Kastensystem mit der neoliberalen Wende nach 1991. Die »Öffnung« des Marktes ging einher mit einer »Reservierungspolitik«: Eine bestimmte Prozentzahl an Stellen im öffentlichen Dienst und an den Unis ist für Angehörige der Unterkasten und Dalit reserviert. Dies scheint erst mal ein Widerspruch zu sein: Liberalisierung auf der einen, staatliche Reglementierung auf der anderen Seite. Vom Staat wurde das neue Gesetz in zweierlei Hinsicht benutzt:

a) Zur politischen Integration der neuen Bourgeoisie der Dalit und zur Stärkung einer »mobilisierenden Identität« unter der Masse der ärmsten ProletarierInnen. Der zunehmenden Verelendung des Slum- und Landproletariats steht ein staatliches Versprechen gegenüber: Wir haben eine Reservierungspolitik für die Besten von euch; wenn ihr verelendet, dann ist es eure Schuld, wir haben euch eine Chance gegeben. Das neue Gesetz stärkt die »Kastenbindung« in einer Zeit der gesellschaftlichen Desintegration; zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Indiens wurde in der letzten Volkszählung 2011 wieder nach der Kastenzugehörigkeit gefragt. Unterkasten-*Communities* wie die der Valmiki, die stark von staatlichen Stellen und Aufträgen abhängig sind (Straßenreinigung), stehen heute Heiraten außerhalb ihrer Kaste feindlicher gegenüber als Angehörige der oberen Kasten, weil eben ihr ökonomisches Überleben auf der Geschlossenheit ihrer Kastengruppe beruht. Während die Gujjar unter britischer Herrschaft dafür kämpften, nicht als untere Kaste eingestuft zu werden (die schlechtere Wahlrechte etc. hatten), mobilisieren Gujjar-Organisationen heute zu Straßenblockaden, um wieder als untere Kaste anerkannt zu werden und damit an der positiven Diskriminierung teilnehmen zu können.

b) Ähnlich wie im Fall des »Schleiergesetzes« in Frankreich wird eine Scheinfront aufgemacht. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Angehörigen der oberen Kasten, die gegen das neue Gesetz protestierten und es als ›ungerechten Staatseingriff‹ kritisierten.

Flankiert wird diese »identitätspolitische Wende« vom Aufstieg der NGOs (Verwaltung der Armut), von Mikrokrediten (für den selbstständigen wirtschaftlichen Aufstieg der Frauen der Unterkasten) und den Wahlerfolgen der »Dalitparteien« (Mayawati, BSP)[4], nicht zuletzt in Koalition mit der »Hindu-nationalistischen« und meist »Ober-Kasten« repräsentierenden BJP. Diese Koalition ist ein formaler Ausdruck einer tieferliegenden Tendenz: Seit den 1990er Jahren gewinnt die anti-muslimische »Wir sind alle Hindus«-Rhetorik unter den

ProletarierInnen mit Dalit-Hintergrund an Anziehungskraft und zwar vor allem die materiellen Anreize, die die Organisationen der Hindu-Rechte für die städtischen Unterschichten bereitstellen, wie Zugang zu Jobs, Krediten etc. Zu einer ähnlichen »kastenbezogenen« Parteiformierung kam es im gleichen Zeitraum auch unter den »Mittelkasten«, d. h. den verarmenden Mittelbauern nach dem Niedergang der letzten »Bauernbewegung« in den 1980er Jahren. Diese Parteien setzen wahlpolitisch auf die Kastenkarte (Jats etc.).

Die Krise 1991 und die »neoliberale Wende«, der Aufschwung des Immobiliensektors und die Flexibilisierung in der Industrie verstärken die gesellschaftliche Ungleichheit. Die »positive Diskriminierung« ist ein Feigenblatt, das Landproletariat und die urbanen Unterschichten sind am stärksten von Verarmung betroffen. Wir sehen Parallelen zu den USA oder Südafrika: Schwarze Präsidenten oder, wie im Fall Indiens, weibliche Dalit-Ministerpräsidentinnen symbolisieren die Illusion der Aufstiegschancen unabhängig von Hautfarbe und Kastenzugehörigkeit, während die Knäste und Slums weiterhin und zunehmend schwarz sind und die Armut weiblich. Während die Industrie in den 1970er Jahren vereinheitlichte, sorgt das Aussiebungsverfahren der »neoliberalen Industrie« für eine Neuhierarchisierung: ArbeiterInnen mit ITI-Diplom (technische Ausbildung, u.a. notwendig für Jobs bei Maruti) oder mit Englischkenntnissen (Call Center) kommen aus bestimmten Schichten.

Wir sehen eine zunehmende Brutalisierung der Gesellschaft an dem Punkt, wo der *Gold Rush* der »aufsteigenden Mittelschicht« der 1990er und 2000er Jahre (Leute, die Kohle im Finanzsektor oder durch Landverkauf gemacht haben) in Abstiegsangst umschlägt und wo die Landflucht meist nicht ins »Industrieproletariat« führt, sondern in urbane Isolation. Hier zwei Beispiele:

• Zunehmende Fälle von Vergewaltigung und Mord u. a. im Hinterland Haryanas. Oft sind die Täter Söhne von Mittelbauern, die über keine »Qualifikation« verfügen, aber durch Landverkauf zu Geld gekommen sind; die »kontrollierende« Dorfstruktur und Familienbande haben sich mit dem Landverkauf aufgelöst; gleichzeitig hat die Zugehörigkeit zu einer Kaste weiterhin Einfluss auf die lokale Politik und Polizei, da die Spitzenposten aus den Kasten der alten Landbesitzer besetzt sind. Die Opfer sind oft junge Frauen mit Dalit-Hintergrund, die über den höheren Bildungsweg versuchen, »aus dem Dorf wegzukommen«, d. h., sie arbeiten nicht mit ihren Familien, sondern bewegen sich im »öffentlichen Raum«; von den Tätern werden sie in diesem Sinne doppelt als Herausforderung angesehen: Frau und Dalit, die für eine »Zukunft« arbeiten, während sie selbst vom Einmal-Verkauf des Lands abhängen. Der Staat deckt viele dieser Gewalttaten.

• Mitgiftmorde und häusliche Gewalt. Eine fatale Kombination ermöglicht diese patriarchale Gewaltwelle: Für die Land-Stadt-Migration sind die alten Stammesstrukturen notwendig, in der Stadt sind aber insbesondere die Frauen in ihrem Alltag isoliert, da die weibliche Beschäftigungsrate weiterhin niedrig ist; ge- bzw. verheiratet wird weiterhin innerhalb der Stammesstruktur, wobei eine Mitgift fällig ist; während die Frauen im Dorf direkter am landwirtschaftlichen oder handwerklichen Leben beteiligt sind, haben sie in der Stadt weniger kollektive (Familien-)Strukturen; gleichzeitig werden sie als »Kostenfaktor« gesehen. Bei Heiraten außerhalb der Stammesstruktur oder der elterlichen Vermittlung gibt es zwei Tendenzen: Dort, wo das ökonomische Überleben und der politische Einfluss der *Community* noch stark von der Stammesstruktur abhängt, z. B. bei den landbesitzenden Mittelbauern, kommt es häufig zu brutalen Ehrenmorden an jungen Paaren, die »durchgebrannt« sind. Im städtischen Proletariat kommt es hingegen häufiger vor, dass das »Durchbrennen« des Paars im Nachhinein von beiden Elternteilen geduldet wird, vielleicht sogar im Vorlauf ermutigt wurde, um einerseits zu rechtfertigen, dass keine Mitgiftzahlung erfolgt (diese ruinöse Spirale wird von den Allerärmsten als Erstes in Frage gestellt), andererseits nicht offiziell »gegen die Tradition« verstoßen zu müssen; die Eltern können sich herausreden, von den jungen Leuten vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein.

Keine parteipolitische Organisation stellt heute eine »vereinheitlichende« oder egalisierende Kraft dar, sie beziehen sich alle auf ihr Klientel. Auch die Anti-Korruptionsbewegung[5] macht da keine Ausnahme; sie vertrat das Interesse der blockierten Mittelschicht, ihr populistischer Mantel war dünn. Die Kämpfe in der Industrie haben vereinheitlichende Tendenzen, ihre Anziehungskraft ist gesamtgesellschaftlich gesehen aber zu schwach. Wichtig sind daher die Demonstrationen in Folge des Vergewaltigungsskandals in Delhi[6], die – wenn auch stark von der Mittelschicht geprägt – gesellschaftliche Gewaltverhältnisse im Allgemeinen angesprochen haben.

Es wird eine Herausforderung sein, eine Verbindung zwischen diesen urbanen Kämpfen und den weniger bekannten Massenaufständen auf dem Land herzustellen, wie z. B. dem Aufstand in Lalgarh 2009[7], die ebenfalls die patriarchale staatliche Gewalt attackieren und versuchen, die Falle der maoistischen Militarisierung zu vermeiden. ■

[5] Zur *Aam Admi* Partei siehe den letzten Abschnitt im Artikel *Krise in Indien: Zwischen Klassenkampf und Populismus*, in: *Wildcat* 96, S. 63.

[6] Siehe dazu den Artikel in *Wildcat* 94

[7] zu Lalgarh vgl. http://sanhati.com/excerpted/1083/

Zehntausende Schuh-ArbeiterInnen streiken in China

Eine besonders interessante Quelle zum Streik bei YY ist ein Gespräch zwischen einem chinesischen Aktivisten und einem Arbeiter, der seit 15 Jahren bei YY arbeitet:
Defeat will only make us stronger: Workers look back at the Yue Yuen shoe factory strike. Veröffentlicht auf *China Labor Bulletin* am 22.5.2014.
www.clb.org.hk/en/content/defeat-will-only-make-us-stronger-workers-look-back-yue-yuen-shoe-factory-strike

In China haben 2010 zum ersten Mal die ArbeiterInnen in multinationalen Autokonzernen gestreikt, relativ wenige Leute konnten die Autoproduktion inklusive einiger Zulieferer zum Stillstand bringen und damit ihre Macht demonstrieren. Das war ein wichtiges Zeichen, auch für andere ArbeiterInnen in China. Wer Spielzeug, Klamotten oder Schuhe herstellt, kann nicht so schnell so viel Druck ausüben. In diesen Industrien arbeiten sehr, sehr viele Leute, aber wenn sie nur in *einer* Fabrik streiken, passiert nicht viel. Der Trend geht nun jedoch zu immer größeren Fabriken und damit auch zu größeren Streiks, die ihre Bedeutung durch zehntausende Beteiligte gewinnen.

Ein Fünftel aller Sportschuhe weltweit werden vom taiwanesischen Unternehmen *Yue Yuen* hergestellt, unter anderem in einem riesigen Fabrikkomplex im chinesischen *Dongguan*. Der Konzern produziert für Marken wie *Nike*, *Reebok* und *Adidas* und macht zwar Profit, bekommt aber auch Druck zu spüren: Steigende Arbeitskosten führten dazu, dass die Profitmarge von 9,3 Prozent im Jahr 2009 auf 5,2 Prozent 2013 fiel. Die Aufwertung der chinesischen Währung macht die Schuhe im Ausland teurer, YY hat bereits einen Teil der Produktion in andere Länder verlagert.

Anfang April 2014 stellte eine Arbeiterin in Dongguan fest, dass sie nach 18 Arbeitsjahren bei YY eine viel zu geringe Rente zugesprochen bekam; daraufhin überprüften auch andere ihren Rentenanspruch. Es stellte sich heraus, dass das Unternehmen Rentenversicherungsbeiträge auf der Basis des Grundlohns bezahlt hatte anstatt für den Gesamtverdient einschließlich Zulagen von ca. 3000 RMB. Einige Arbeiter blockierten sofort eine Brücke; als keine Reaktion vom Unternehmen kam, ging der Streik am 14. April so richtig los.

Zehntausende gingen auf die Straße, blockierten Kreuzungen – trotz der polizeilichen Anweisung, sich nicht außerhalb der Fabrik zu versammeln. Die ArbeiterInnen vernetzten sich über den Sofortnachrichtendienst *QQ* und wandten sich an die örtliche Arbeiter-Organisation *Chunfeng*.

Der Streik weitete sich auf sieben Fabriken des riesigen Komplexes aus, später auch auf eine Fabrik in der benachbarten Provinz *Jiangxi*. Auf dem Höhepunkt waren um die 40 000 ArbeiterInnen im Streik (die Schätzungen liegen zwischen 30 000 und 50 000).

Einem Arbeiter zufolge haben quasi alle ArbeiterInnen beim Streik mitgemacht, die Einzigen in der Fabrik, die nicht mitgemacht haben, seien die Vorgesetzten und die Praktikanten gewesen, die einfach andere Interessen hätten.

Früher haben die Unternehmen nur junge Frauen vom Land beschäftigt, weil sie am gefügigsten waren. Mittlerweile gibt es nicht mehr so viele junge Wanderarbeiterinnen, so dass nun auch Männer und Frauen bis über 40 eingestellt werden. Mit zunehmendem Alter werden Krankenversicherung und Rente wichtiger, außerdem ist der Zugang dazu für WanderarbeiterInnen gesetzlich erleichtert worden. In den letzten Jahren wird daher immer häufiger die Forderung nach Nachzahlungen der Sozialversicherungsbeiträge rückwirkend für Jahre und Jahrzehnte laut.

Der Streik weitete sich aber derartig schnell aus, weil auch der Unmut über andere Dinge sehr groß war – von der Qualität der Kantine bis hin zum Lohn. Die Fabriken von *Yue Yuen* gehörten mal zu den besseren Jobs, aber mittlerweile ist die Arbeit stark verdichtet worden, die Löhne sind knapp. Bei jeder Erhöhung des Mindestlohns werden die Zulagen gestrichen – das ist übliche Praxis. Die ArbeiterInnen selbst tragen billige Kopien der von ihnen hergestellten Schuhe, von denen ein Paar einen halben (Grund-)Monatslohn kostet. Ein Teil der ArbeiterInnen hat nur befristete Verträge, egal wie lange sie schon für das Unternehmen arbeiten.

Auch als das Unternehmen zusagte, die Sozialleistungen deutlich anzuheben, wurde weiter gestreikt. Manche verlangten demokratische Gewerkschaften und einen Verzicht auf die Bestrafung der Streikenden. Ein YY-Arbeiter sagte in einem Interview, die Forderung nach höherer Sozialversicherung sei ein »Vorwand« gewesen. Zumindest war sie nur eine von vielen Forderungen.

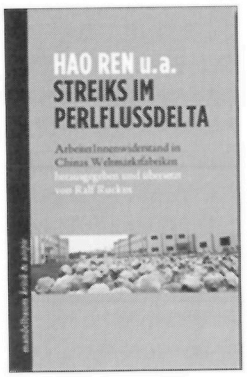
Es gab in den letzten Jahren viele kleinere Streiks im Unternehmen, etwa wenn ein Manager eine Arbeiterin bestrafen will. Die sucht dann zusammen mit jemandem aus ihrem Dorf einige Leute zum Streik zusammen. 2011 weigerten sich in einem Werk Hunderte von ArbeiterInnen, ihre neuen Verträge zu unterschreiben; sie wurden ausgesperrt und demonstrierten vor der Bezirksregierung, bis die Regierung eingriff. Diese Streiks passierten spontan und liefen immer in einzelnen Werken, nie in mehreren Fabriken gleichzeitig. Diesmal war es anders, die ArbeiterInnen hatten Transparente und riefen lautstark ihre Forderungen.

Bei YY arbeiten zu 70 Prozent Frauen, viele der über 30- oder 40-jährigen Frauen waren sehr entschlossen im Streik – sie arbeiten schon lange dort und kennen sich gut. Auch die VorarbeiterInnen spielten eine wichtige Rolle, zuerst unterstützten sie den Streik – viele stehen auf der Seite der ArbeiterInnen –, doch später wurde es einigen zu stressig, manche wurden bestochen und versuchten, die Leute wieder zum Arbeiten zu bringen.

Die offizielle Gewerkschaft hielt Versammlungen in allen YY-Fabriken ab, um sich die Forderungen anzuhören und dann mit Managern eine Einigung zu diskutieren. Letztlich tat sie nichts für die Arbeiter. Zahlreiche ArbeiterInnen und ein Mitarbeiter von *Chunfeng* wurden verhaftet, Dutzende waren schon bei den Zusammenstößen mit der Polizei zu Anfang des Streiks verletzt worden. Aufgrund der Repression nahmen sie Ende April die Arbeit wieder auf, obwohl ihre wichtigsten Forderungen nicht eingelöst worden waren. Einige sagten, sie seien nur aus Angst wieder arbeiten gegangen.

Der Konzern versprach die Nachzahlung der Sozialversicherungsbeiträge und einen Lohnzuschlag von 230 RMB. Die ArbeiterInnen werden aber nach dem Streik weniger in der Tasche haben als vorher, da ihnen dann auch der höhere Arbeitnehmeranteil abgezogen wird. Der interviewte Arbeiter sagt deshalb für die nächste Zeit weitere Streiks voraus. ■

Streiks im Perlflussdelta



Hao Ren u.a.:
Streiks im Perlflussdelta.
ArbeiterInnenwiderstand in Chinas Weltmarktfabriken.
Wien 2014 (Mandelbaum)
186 Seiten | 16,90 Euro.

www.gongchao.org

Man kann in den Tageszeitungen mittlerweile häufig vom zunehmenden Selbstbewusstsein der jungen WanderarbeiterInnen in China lesen und die größeren Streiks dort verfolgen, manchmal werden in den Artikeln auch einige Wanderarbeiterinnen zitiert. Ihre Stimmen ausführlicher zu hören, ist ohne Sprachkenntnisse aber fast unmöglich.

Eine Gruppe von Leuten, die selbst in Betrieben arbeiten, hat im Jahr 2010/11 Interviews mit chinesischen ArbeiterInnen geführt, die nun auf Deutsch erschienen sind. Sie versuchen damit, die in Kämpfen gewonnenen Erfahrungen festzuhalten und fragen, wer die Träger der Kämpfe sind, wie man sich im Streik am besten verhält, mit welchen Reaktionen man zu rechnen hat. Es geht also weniger um eine politische Auswertung der Kampfkraft der chinesischen Klasse insgesamt als um die konkreten Fragen und Erfahrungen in Auseinandersetzungen.

Die drei Kapitel des schmalen Bands, der durch weitere Texte auf der Webseite *gongchao* ergänzt wird, drehen sich um Kämpfe gegen Betriebsschließungen, Kämpfe gegen Lohnsenkungen und Kämpfe für Lohnerhöhungen in den Jahren 2003-2010. Sie vermitteln den Eindruck eines Lebens, das vom Arbeitersein bestimmt ist, von langen Arbeitstagen, vom Leben im Wohnheim neben der Fabrik, dem Essen in der Kantine. Gleichzeitig ist der Ausbruch daraus überall zu merken, die jungen Leute wollen mehr Freizeit und Abwechslung; jeder Streiktag wird sofort genutzt, um das Leben zu genießen.

Aus den Streikbeschreibungen wird deutlich, dass viele Kämpfe nicht geplant entstehen, sondern spontan aus Wut über einen bestimmten Vorfall. Oft sind Einzelne zu radikalen Aktionen bereit, die die Aufmerksamkeit der KollegInnen und Chefs erregen. Die Wut hat sich oft lange angestaut, und meistens schließen sich viele KollegInnen an, weil alle unzufrieden sind. Die AutorInnen meinen sogar, dass vorbereitende Mobilisierungen und Aufrufe wenig dazu beitragen, zum Streiken zu motivieren. Viele machen dagegen mit, wenn bereits eine Gruppe angefangen hat zu streiken. Hilfreich sei es auch, wenn die ArbeiterInnen bereits früher Absprachen getroffen und heimliche Aktionen wie Bummelstreiks geplant hatten.

Viele dieser Aktionen, denen zudem mit Gewalt, Bestechung und falschen Versprechungen begegnet wird, bröckeln irgendwann ab, weil es kein längerfristiges gemeinsames Vorgehen und keine gemeinsamen Forderungen gibt. Die Erfahrung, wie man einen Kampf länger durchhalten und sich durchsetzen kann, müssen viele ArbeiterInnen erst machen, angefangen damit, dass es wichtig ist, bei Protesten im wörtlichen Sinn zusammenzustehen, damit sich Bullen und Manager nicht dazwischen drängen und Diskussionen unter den ArbeiterInnen verhindern können. Dass Erfahrungen zirkulieren, ist bereits zu sehen: Die ArbeiterInnen wissen z. B., dass die Frauen sich immer nach vorne stellen müssen, weil die Männer verprügelt werden und sie nicht. Viele weigern sich, Vertreter für Verhandlungen zu wählen, weil die immer die Repression abkriegen. An einigen Orten wurde schmerzhaft klar, dass man auf keinen Fall aufhören darf zu streiken, bevor die Verhandlungen abgeschlossen sind. Und: »*Für diese Aktion braucht man gute Beziehungen und Kontakte. Wenn man auf die Hochsaison mit vielen Aufträgen wartet, hat man eine bessere Verhandlungsposition.*« (S. 89) Was die chinesischen ArbeiterInnen über konkrete Verhaltensweisen und Kampforganisation lernen, ist auch für alle interessant, die Streiks nur als festgefahrenes Gewerkschaftsritual kennen. Die Frage, wie solche Erfahrungen an die »Jungen« weitergegeben werden können, stellt sich auch in anderen Teilen der Welt.

In China ist die Gewerkschaft in den Kämpfen meist entweder abwesend oder gegen die ArbeiterInnen gerichtet. Ohne dass dies explizit diskutiert wird, steht die Frage im Raum, ob sich die staatliche Gewerkschaft reformieren bzw. alternative Organisationen den ArbeiterInnen den Kampf aus der Hand nehmen werden, oder ob sie ihre Selbstorganisierung weiterentwickeln können.

Nur ein Teil der Texte besteht aus wörtlicher Rede, im anderen Teil werden Interviews zusammengefasst. Das macht das Buch sicherlich konzentrierter und besser lesbar. Trotzdem bleibt manchmal das Gefühl, dass die AutorInnen hier für die ArbeiterInnen sprechen und eine Distanz zu ihnen entsteht. An einigen Stellen, etwa wenn unvermittelt aus Sicht eines Anwalts gesprochen wird, ist gänzlich unklar, wessen Meinung gerade vorgetragen wird.

Trotzdem wird im Buch deutlich, dass die ArbeiterInnen unterschiedlich sind und dass sie unterschiedliche Erfahrungen machen. Die eine hat die Vorstellung, viel Geld zu verdienen und schnell aufzusteigen, hat aber nach Jahren kaum was sparen können. Ein anderer macht sich mit einem Subunternehmen selbstständig und hat bald selbst Angestellte. So hilft das Buch, die schwer fassbare »Masse« chinesischer WanderarbeiterInnen schärfer zu sehen. ■

UPDATE

Grüne Visionen oder Fracking-Blase?

In der *Wildcat* 95 haben wir gezeigt, dass »grüne Visionen« keine herausragende Rolle beim Umbau des Kapitalismus spielen können. Aufgrund seiner hochrationalisierten Produktion kann ein neuer »grüner« Sektor selber nur wenig lebendige Arbeit einsaugen. Und der Umbau der Systeme zur Erzeugung, Leitung und Speicherung von Energie modifiziert nur das Vorhandene; es wären aber komplett neue Systeme notwendig, um den gesamten Produktionssektor umwälzen zu können. Außerdem haben wir uns mit der Blase eines neuen, »braunen« Sektors, dem Fracking, beschäftigt. Hier eskalieren inzwischen die Probleme.

Wind und Sonne

Vor einem Jahr wurde das Wüstensolarstromprojekt *Desertec* noch in Hochglanzbroschüren beworben – während die beteiligten Firmen ihren Absprung vorbereiteten oder schon abgeschlossen hatten. Die Solarindustrie befand sich insgesamt in einer tiefen Krise. Nicht viel besser ging es der Windindustrie. Die globalen Investitionen waren im freien Fall. Die Produktionskapazitäten im EE-Sektor (Erneuerbare Energien) waren im staatlich vermittelten Blasen-Modus hochgefahren worden. Mit dem starken Anwachsen der Fertigungs-Überkapazität und wegbrechender Nachfrage war die Solarindustrie zu einem ruinösen Preiswettbewerb übergegangen. Den überlebenden Firmen winkte die Chance, in einem bereinigten Markt durch die billige Übernahme von entwerteten Fabrikanlagen und durch eine rationalisierte Produktion wieder profitabel zu werden.

Inzwischen ist *Desertec* mit der Selbstauflösung des Rest-Firmenkonsortiums auch offiziell gescheitert. Wie wenig durchgreifend die Konsolidierung der Solarindustrie war, zeigt sich jedoch am weiterhin kontinuierlichen Verfall der Preise für Solaranlagen. Dieser ist nicht der Weitergabe von Rationalisierungserfolgen geschuldet, sondern Ausdruck einer weiterhin großen Fertigungs-Überkapazität.

Die weltweiten Investitionen im EE-Sektor sind 2014 nicht weiter abgestürzt. Das wird als »Konsolidierung« gefeiert; wobei die Investitionen in Asien, vor allem in China und Japan lediglich die weggebrochenen Investitionen in Europa ausgleichen. Chinas und Japans Versuche, die eigenen Solarindustrien durch weiter forcierten Ausbau zu retten, setzen den weltweiten Entwertungswettbewerb fort. Allein die Fertigungskapazität der chinesischen Firmen reicht locker, um den weltweiten Zubau zu decken – vermutlich auch dann noch, wenn jedes vierte Modul vom Band fallen würde.

Strom aus Solarfarmen wird in China von der Zentral- und den Regionalregierungen durch garantierte Einspeisevergütungen von in der Summe bis zum Zweieinhalbfachen des Strompreises in Peking subventioniert. Die Ausweitung des Solaranlagenbaus und die Refinanzierung der Solarfirmen waren nur möglich durch eine massive Ausweitung der Kredite. Die chinesischen Solarmodulhersteller, darunter der weltweit größte (*Yingli Solar*), treten inzwischen selber als »Projektentwickler« von großen Solarparks auf – und hoffen auf eine spätere Übernahme dieser Parks durch Investoren.

Eine ähnliche Kombination von staatlich garantierter Revenue und staatlich vermittelter Kreditausweitung finden wir z.B. in den USA: *tax credits* und ein kreditfinanzierter Zubau von Dachsolaranlagen durch Unternehmen, die die Anlagen an Hausbesitzer verleasen. Der geschätzte Finanzierungsbedarf beträgt 26 Mrd. Dollar in den nächsten vier Jahren.

Eine Änderung des blasenhaften Modus des Zubaus hat ersichtlich nicht stattgefunden, nur die erneute räumliche Verlagerung. Vor dem Hintergrund der Versuche, über Kreditausweitung den krisenhaften Zustand des Kapitalismus zu reiten, wundert es nicht, dass die weltweite EE-Stromerzeugungskapazität weiter zunimmt. Die Frage ist, warum bisher nicht mehr gelungen ist. In ein paar Ländern, wie im Ex-Solarboomland Deutschland, können an extrem sonnigen und windigen Tagen

die Netze mit Strom aus EE-Anlagen geflutet werden. Das ist kein substanzieller Umbau der Energiebasis des Kapitalismus. Dazu fehlt Regel-, Speicher- und vor allem Energieumwandlungs-Kapazität und -Infrastruktur.

Wir sind in der *Wildcat* 95 darauf eingegangen, dass der Kapitalismus eine spezifische Energiebasis braucht. Die kapitalistische Mobilität von Kapital, Arbeitskräften und Waren verlangt nach einem Energieträger mit hoher Energiedichte. Der Umbau stockt nicht nur deshalb, weil das im Energiesektor akkumulierte Kapital seiner Entwertung Widerstand entgegensetzt. Aber wie wir im nächsten Abschnitt sehen, hätte eine solche Entwertung auch katastrophale Folgen für das Finanzsystem.

Gas und Gift

Der Schieferöl- und -Gas-Boom (shale boom) hat in den USA ein Überangebot an Energie gebracht und die Gaspreise in den Keller gedrückt. Mit Fracking werden in den USA mittlerweile 40 Prozent der Gesamt-Gasproduktion und 3,7 Millionen Fass Öl täglich zusätzlich zur »normalen Öl-Gewinnung« von knapp 5 Millionen Fass Öl aus dem Gestein gepumpt. Mit annähernd 8,5 Millionen Fass Öl nähert sich das Produktionsniveau dem von Mitte der 1980er Jahre. Allerdings – nicht nur »ökologisch« gesehen – zu einem exorbitanten Preis. Die Blasen im EE-Sektor sind geradezu niedlich im Vergleich zur Blase im Fracking- und Finanzsektor.

Die Kapitalaufwendungen der 127 größten Öl- und Gasfirmen belaufen sich laut US Energie-Agentur EIA seit 2012 jährlich auf rund 700 Mrd US-Dollar. Dem stehen operative Erträge von deutlich unter 600 Mrd US-Dollar gegenüber. Seit drei Jahren steigt somit die jährliche Neuverschuldung im dreistelligen Milliardenbereich. Gleichzeitig mussten die Öl- und Gasfirmen Eigentum in Höhe von 73 Mrd. US$ verkaufen. Hinter diesen Gesamtzahlen verschwindet allerdings der Unterschied zwischen Firmen wie *Exxon Mobile*, die pro investierten 68 Cent einen Dollar einnehmen, und den Fracking-Firmen, die schätzungsweise für jeden rückfließenden Dollar 1,5 Dollar investiert haben – und das bereits bei Ölpreisen von über 100 US-Dollar pro Fass!

Der Fracking-Boom hängt aber am hohen Ölpreis. Von Anfang 2011 bis Mitte 2014 war dieser nie längere Zeit unter 105 US-Dollar gefallen. Seither ist er aber um mehr als 30 Prozent abgestürzt auf unter 70 US-Dollar Anfang Dezember. Auf diesem Niveau sind 30 bis 50 Prozent der Schieferölproduktion in den USA unrentabel. Fracking-Firmen mit Zugriff auf die ertragreichsten Quellen werden ihre Förderung in noch stärkerem Umfang auf diese *sweet spots* konzentrieren. Firmen mit Übergewicht an unprofitablen Quellen werden ihre Produktion stärker ausweiten müssen, um sich refinanzieren zu können.

Die »Finanzprodukte«, mit denen die Kredite refinanziert und ausgeweitet werden, sind oft ähnlich komplex wie zu Hochzeiten der Immobilienblase. Ein großer Teil läuft über den *Junk Bond*-Markt. Vor allem Pensionsfonds haben offensichtlich solche Finanzprodukte gekauft.

Die hochverschuldeten Fracking-Firmen sind zur Bedienung ihrer Schulden gezwungen, die Produktion auch dann aufrechtzuerhalten, wenn der Verkaufspreis nicht einmal die Produktionskosten deckt. Dabei steigen die Kosten allein für das Halten der Fördermenge mit dem Alter der Felder schnell an und die sehr schnell erschöpften Quellen müssen durch neue Bohrungen ersetzt werden. Mit dem Versiegen der *sweet spots* verschlechtern sich die Erträge jedoch enorm. D. h. die alten müssen in kurzen Zeitabständen durch mehr neue Bohrungen ersetzt werden. Eine Re-Finanzierung gelingt den Fracking-Firmen in ihrer extrem schlechten Bilanzsituation nur, wenn sie zukünftige Profite glaubhaft machen können. Und das können sie nur, solange es ihnen gelingt, die Fördermenge auszuweiten.

Der Ölpreis sinkt einerseits aufgrund der bescheidenen globalen Nachfrage, andererseits aufgrund des Überangebots. Die OPEC-Staaten andere erdölexportierende Staaten haben einen geringen Spielraum bei der Reduzierung der Ölförderung, weil sie das Einkommen für die Sicherung der eigenen Existenz benötigen. Der US-Frackingboom hat ihre Position dramatisch untergraben; die OPEC steht derzeit noch für ein Drittel der weltweiten Ölproduktion.

Andererseits ist aber eine substanzielle Reduzierung der Schieferöl-Fördermenge als Antwort auf den sinkenden Ölpreis auch nicht möglich, denn dann würde die Fracking-Blase platzen. Verlängert werden kann der Fracking-Boom aber nur so lange, wie die Verschuldung über den *Junk-Bond*-Markt ausgeweitet werden kann. Dieser hat in den USA ein Volumen von 1,6 Billionen Dollar erreicht und ist damit doppelt so groß wie kurz vor der »*Subprime*-Krise« und dem Platzen der Immobilienblase. Die Fracking-Energie-Anleihen machen inzwischen fast ein Sechstel dieses Markts aus.

Bei weiterhin niedrigen oder sogar sinkenden Ölpreisen wird die Fracking-Industrie nicht graduell und etwa proportional zur Höhe des Preisverfalls in die Krise rutschen. Reißt die Kette von Refinanzierung und ausgeweiteter Neuverschuldung an einer Stelle, so kippt der ganze Mechanismus. Das große Volumen und die Struktur der Verschuldung machen es unwahrscheinlich, dass diese Blase kontrolliert abgelassen werden könnte. Der Ausfall von *Shale-Junk*-Titeln besitzt das Potential des Ausfalls der *Subprime*-Papiere beim Crash 2008 und kann die Finanzmärkte versenken.

Die Fracking-Blase war der wesentliche Grund für das Wirtschaftswachstum in den USA – während die EU in der Stagnation verharrt. Zu einer Re-Industrialisierung konnte sie entgegen der bunt gemalten Zukunft aber nicht genutzt werden. Die Anzahl der Arbeiter im *Manufacturing* Sektor liegt nach offiziellen Zahlen immer noch 12,5 Prozent unterhalb von 2008!

Die Versuche der vergangenen Jahre, schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne durchzusetzen, sind in vielen Fällen erfolgreich gewesen. Das hat aber wenig mit insgesamt gesunkenen Energiekosten der Arbeiterhaushalte zu tun: Die für Privathaushalte um 20 Prozent gefallenen Gaspreise wurden durch die gestiegenen Ausgaben für Strom und Benzin mehr als übertroffen.

In den Fördergebieten wächst außerdem der Widerstand gegen das Fracking. Örtlich werden bereits Frackingverbote durchgesetzt. Der Gewinn für die Kommunen ist offensichtlich klein, verglichen mit dem Ausmaß der Schäden durch untergrabene Erde, den gesundheitlichen Folgen, der mangelnden Attraktivität der angebotenen Jobs, den nötigen Aufwendungen für kaputt gefahrene Straßeninfrastruktur oder den stark gestiegenen Aufwendungen für die Behandlung unversicherter Arbeiter in lokalen Krankenhäusern. Die Schieferöl-und Gas-Industrie hat keinen Spielraum, mit finanziellen »Wohltaten« für die Kommunen, einer weniger zerstörerischen Öl- und Gasförderung oder verbesserten Arbeitsbedingungen zu reagieren. Im Gegenteil. Das ist die zweite Seite der Zange, die auf die Blase drückt! ■

P.S.: Ende November wurden erste Auswirkungen auf das Bankensystem bekannt; *Wells Fargo* und *Barclays* gaben einen möglichen Verlust von 850 Millionen Dollar bekannt, die sie zwei Ölgesellschaften als Überbrückung zur Verfügung gestellt hatten; deren Geschäftsmodell sei nicht mehr tragbar.

Kritik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung

Teil I der Artikelreihe ging von einem individuellen Fall aus und versuchte, allgemeine Fragen zu entwerfen. Er hat breite Kreise gezogen, in mehreren Städten haben Gruppen ihn zum Anlass genommen, mal grundsätzlich über das Verhältnis von revolutionärer Politik und Arbeitengehen zu diskutieren; jemand hat ihn auf *indymedia* gestellt; wir haben viele Zuschriften gekriegt. Offensichtlich traf der Artikel auf ein Unbehagen mit der eigenen Situation und mit den eigenen Entscheidungen bzgl. Lohnarbeit, Karriere usw. Ende Oktober hat ein anarchistischer Genosse aus Neuseeland einen ganz ähnlichen Beitrag geschrieben und online gestellt (»Cop by day, commie by night!«). Er meint, Linksradikale sollten nochmal ernsthaft drüber nachdenken, »mental or ›middle class‹ jobs« zu vermeiden. Und derjenige, der den Stein ins Rollen gebracht hatte, fragte nach, warum wir ihn nicht verlinkt hatten. Sorry vergessen, hier bitte:

http://dialectical-delinquents.com/?page_id=9

Einige fühlten sich offensichtlich getroffen und reagierten emotional, speziell AkademikerInnen aus dem linksradikalen Milieu. »Interessant war allerdings, was sich anschließend [nach der Kritik am Artikel] am Lagerfeuer an Diskussionen zum Thema entspann. Da hat fast jede/r eine Anekdote darüber auf Lager, welche Antifa-Cracks sich in letzter Zeit bei welcher Gelegenheit auf Konferenzen rumgetrieben haben, an denen erkennbar auch die Bullen und andere beteiligt waren. Und dass ver.di und andere DGB-Gewerkschaften derzeit massiv ihren Nachwuchs bei Autonomen und IL rekrutieren, brauche ich ja nicht weiter zu erwähnen.«

Die Debatte muss also weitergehen. Viele unserer KritikerInnen haben uns aber am Punkt »Kritik des Berufs« offensichtlich nicht verstanden. Vielleicht haben wir da einfach zu viel gemeinsame Problemstellung vorausgesetzt. Wir können jedenfalls weder die komplette Schwarze Liste aller »*Geht gar nicht!*«-Berufe noch eine Positivliste liefern! Denn gerade Linke, die in die Fabrik gegangen sind, stehen vor dem Problem des Aufstiegs: Wie kann ich vermeiden, mich in die Betriebshierarchie zu integrieren? Wie gehe ich mit bei längerer Betriebszugehörigkeit steigendem Lohn, Zulagen usw. um? Kann ich Vertrauensperson machen? Stehe ich als Betriebsrat auf der anderen Seite? usw. *Job hopping* hat dem gegenüber ein paar Vorteile, am wichtigsten vielleicht: sich nicht einrichten und sich nicht in der Lohnarbeit Anerkennung/Befriedigung/Bestätigung holen zu müssen. Darauf gehen wir aber in diesem Teil nicht weiter ein. Wir haben Teil III vorgezogen und schieben den ursprünglichen Teil II (»Akademie/Elend der Theorie«) aufs nächste Heft. So können wir auch nochmal genauer auf unsere KritikerInnen eingehen.

Fit für den Arbeitsmarkt

Kapitalistische Betriebe verbieten ihren Beschäftigten oft, untereinander über den Lohn zu reden – aber warum hält sich die radikale Linke daran?

Während in den 90er Jahren keiner mehr »Arbeiter« sein wollte, definieren sich heute die Leute wieder eher darüber, dass sie arbeiten – aber sie vergemeinschaften sich nicht darüber. Es geht ihnen um den Beruf. In den Zuschriften, die den Artikel verrissen, war das meistbenutzte Wort »ich« (»Was soll ich denn sonst tun?«, »Ich muss mich doch wehren«, »Ich kann mich doch nicht unter meiner Qualifikation verkaufen« usw.). Das ist zum einen Ausdruck der sozialen Position dessen, der die Kritik formuliert – aber auch seiner Verstricktheit: »Die intellektuelle Selbständigkeit des individuellen Geistesarbeiters ... ist eine Wirkung des Tauschmechanismus, durch den der Mensch seine Herrschaft über den Gesellschaftsprozess verliert« (Alfred Sohn-Rethel, *Geistige und körperliche Arbeit*). Somit ist diese Ich-Setzung eine schwierige Mischung aus Habitus, Notwehr und Ideologie.

Siehe *Wildcat* 96, Frühjahr 2014 http://www.wildcat-www.de/wildcat/96/w96_berufubewegung.html

https://linksunten.indymedia.org/node/111123

Olly Hill, »The miseries of political life« http://rdln.wordpress.com/2014/10/28/symposium-on-the-way-forward-3-the-miseries-of-political-life/

Alfred Sohn-Rethel, *Geistige und körperliche Arbeit*. Frankfurt/M 1972.

»[Erst wenn] die knechtende Unterordnung der
Individuen unter die Teilung der Arbeit,
damit auch der Gegensatz geistiger und
körperlicher Arbeit verschwunden ist ...
[kann] die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben:
Jeder nach seinen Fähigkeiten,
jedem nach seinen Bedürfnissen!«
Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms

Mit ihrer Betonung von »Selbstempathie« liegen viele Linke im aktuellen *mainstream* gesellschaftlicher Individualisierungstendenzen.

Viele (ehemalige) Linksradikale über 40 orientieren sich an denselben Sprüchen, die du bei Schulungen vom Arbeitsamt oder bei Reha-Kursen der Rentenversicherung bei *Burn-out* zu hören kriegst: »Achte auf dich selber«, »Lerne Nein zu sagen«, setz dich durch, wimmele andere ab, »ein Nein zu anderen ist ein Ja zu mir selbst« und ähnliche Hilfestellungen, die dich wieder »fit für den Arbeitsmarkt« machen sollen. Das kann auch ein Altersproblem sein, vor allem aber ist es ein Ausdruck davon, dass eben dieser »Arbeitsmarkt« die Leute immer stärker unter Druck setzt – und polarisiert. Das linksradikale Milieu hat sich wahrscheinlich stärker *sozial* stark ausdifferenziert als die Gesamtgesellschaft, kann das aber *politisch* nicht thematisieren. Die TheoretikerInnen deshalb nicht, weil sie sich als »über den Klassen stehend« begreifen (oder wie *Aufheben* als »Bohème«) und ihre politischen Ansichten als Produkt kritischer Anstrengungen darstellen wollen, die nichts mit ihrer eigenen sozialen Position zu tun haben. Die vielen anderen deshalb nicht, weil sie vereinzelt sind und gegen das soziale Absinken ankämpfen.

Die Generation, die in den 80ern aktiv war, hat sich in Berlin in zwei Teile gespalten: Die einen haben Angst, weil sie mit ihrer Rente die Miete nicht mehr werden bezahlen können, die anderen leben in den eigenen Immobilien – dazwischen gibt es kaum jemand (also z. B. Leute, die ne ordentliche Rente kriegen, von der sie die Miete bezahlen und hin und wieder mal ne Reise machen könnten). In London verdienen Genossen in diesem Milieu das Fünffache von dem, mit dem ihre alten Punk-Jugendfreunde auskommen müssen – mit denen sie weiterhin auf Treffen und an der Theke sitzen. Deshalb ist die Frage des Einkommens vermintes Gelände, das man lieber nicht betritt. Da man ja »klassenlos« ist, hat man nicht einmal die Möglichkeit, das eigene Erleben sozialer Segmentierung wenigstens im Freundeskreis offensiv anzugehen.

Hier braucht es keinen Unternehmer mehr, der solche Diskussionen verbietet.

Wer darf mich kritisieren?

In der Auseinandersetzung mit unserem Artikel hat ein Teil der Szene seine Argumentation verändert; von »Was hat Johnny dir denn getan?? Let's move on!« nun zu: »Schlimm, dass Johnny mit den Bullen zusammenarbeitet, aber der Artikel malt schwarz-weiß, damit bin ich nicht einverstanden!« Sie müssen ein Stück zurückweichen, versuchen aber strukturell ihre Argumentation aufrechtzuerhalten, mit dem beliebten Argument vom »bedauerlichen Einzelfall« oder mit der tollen Idee, dass wir gar nicht berechtigt seien, eine solche Kritik zu formulieren!

Der Artikel hätte bei weitem nicht so viele Reaktionen ausgelöst, wenn er einen Einzelfall behandeln würde. Die Frage hingegen, wer eine solche Kritik überhaupt formulieren dürfe, ist je nach Standpunkt mit der größten Selbstverständlichkeit (»Jede und jeder!«) oder überhaupt nicht zu beantworten, denn sie wirft das Problem einer gemeinsamen Moral auf. Hier scheiden sich tatsächlich die Geister, entweder versuchen »wir« als Teile einer gemeinsamen Bewegung eine gemeinsame Moral zu formulieren und zu leben – oder »ich« weise das zurück, »ich« lasse mich nicht moralisch erpressen; »ich« entscheide selber, was ich tue. Ohne gemeinsame Wertvorstellungen ist »Vergemeinschaftung« jedoch nicht denkbar. Und selbstverständlich sollten sich Linke für ihren Broterwerb auch moralisch verantworten können! Je weiter oben in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, um so mehr. Auch in Bezug auf die Lohnhöhe gibt es Kriterien. Die Pariser *Commune* proklamierte, niemand solle mehr verdienen als ein Arbeiter. Das ist bei den heute global weit ausdifferenzierten Löhnen gar nicht so

einfach – und darum geht es in der aktuellen Situation auch nicht. Aber der *Ansatz* ist wichtig: Linke sollten ihr Einkommen auf einen durchschnittlichen Arbeiterlohn beziehen und nicht mit dem der Chefin oder eines »gleichwertig Qualifizierten« sonstwo auf der Welt vergleichen. Denn das eine macht eine kollektive Dimension auf, das andere bewegt sich in der Logik des Marktes.

Das ist kein Plädoyer dafür, dass jede und jeder in die Fabrik gehen sollte! Manche sind definitiv besser als Rockgitarrist. In die Fabrik gehen als »Opfer«, das man der Revolution bringen muss, ist Mist. Aber so wie Rock ohne Wurzeln in der Arbeiterklasse nur seichter Pop ist, produzieren Linksradikale, die sich in ihrer politischen Praxis nicht auf die Arbeiterklasse beziehen, nur mittelständische Popdiskurse.

Linkskommunistische Ideologien

In einer zweiten »rätekommunistischen« Verteidigungslinie John D.s wurde in Frage gestellt, dass das von linken Experten entwickelte Wissen dem System irgendwas an die Hand gibt, um eine soziale Revolution negativ beeinflussen zu können. (Wir werden nicht zu Sohn-Rethel-Fans, aber auch zu dieser Frage hat er mit dem Begriff »Grenzträger der bürgerlichen Herrschaft« einen wichtigen Beitrag geleistet.) Das, was John D. tat, konnte jedenfalls nur er oder jemand anderes aus der linken Szene tun (Interviews in der militanten Szene z. B.). Und es gibt viel mehr Beispiele dafür, wie nützlich Linksradikale fürs Kapital sein können.

In den 70er Jahren bewarb sich der Stuttgarter Ortsvorsitzende der (klandestinen) KPD/AO bei IBM; im abschließenden Personalgespräch wurde dem verdutzten Genossen erklärt: »Wir wissen natürlich, was Sie politisch machen! Wir stellen Sie nicht trotzdem, sondern deswegen als Abteilungsleiter ein. Wer einen solchen Haufen zusammenhalten kann, der kann leicht eine Abteilung bei IBM führen.« (Zitat aus dem Gedächtnis und nicht wörtlich) »Oft spielen gerade diejenigen, die *ideologisch* am schärfsten die moderne Gesellschaft zerstören wollten, am Ende eine Rolle bei ihrer Reproduktion ... Warum werden so viele Linksradikale zu Vertretern eines »grünen Kapitalismus«, »people politics« und ähnlichem Herrschende-Klasse-Bullshit?« (*Cop by day, commie by night!* Hervorhebung von uns)

Ein zur Ideologie gewordener Rätekommunismus hat zu dieser heute notwendigen Debatte nichts mehr beizutragen. Die historische Kritik der Rätekommunisten an leninistischen Parteikonzepten war wichtig. »Aus der Tatsache, dass wir Revolutionäre sind, können wir keine besondere Bedeutung/Funktion gegenüber den Arbeitern ableiten«. Das heute in diesem Milieu hippe Statement »kein Revolutionär« zu sein, legitimiert eine äußerst gemütliche Position: man hat Zugriff auf die *connections* des linken Milieus, an sich selber aber keine besonderen Ansprüche zu richten.

Im persönlichen Gespräch am Lagerfeuer geben die Leute ja schon zu, dass sie die Mühen revolutionärer Praxis nicht mehr auf sich nehmen wollten; dass sie »im Beruf« Verwirklichung und Anerkennung finden und dabei Fähigkeiten verwerten, die sie in ihrer Bewegungszeit erworben haben, dass es einfacher ist, eine Abteilung mit 100 Leuten zu leiten als eine egalitäre revolutionäre Gruppe aufzubauen. Aber ein Problem klebt ihnen an den Sohlen: Wie mit den alten FreundInnen umgehen, die keine Chance auf solche Berufskarrieren haben?

Das linke Milieu ist keine soziale Schicht mit ähnlichen Bedingungen, aber auch keine Bewegung mit gleichen Überzeugungen, sondern durch Habitus definiert. Heutige linke Theorien setzen weder auf sozialen Erfahrungen noch auf Analysen konkreter gesellschaftlicher Situationen auf, sie sind eher Ausdruck des Versuchs dazuzugehören bzw. sollen diesen Versuch theoretisch legitimieren.

Schon 1972 hat die englische Gruppe *Solidarity* solche Linksradikalen aufs Korn genommen: »Ihre Kritiken an der sozialdemokratischen, ›stalinistischen‹ oder ›revisionistischen‹ Linken mögen giftig genug erscheinen, aber sie beschäftigen sich niemals mit dem Grundsätzlichen (... Vorhandensein von Hierarchie, Mehrwertmaximierung, Verewigung der Lohnarbeit und Ungleichheit). Das ist kein Zufall, sondern folgt aus der Tatsache, dass sie selbst diese Grundsätze akzeptieren.«

Wer sich genauer damit beschäftigen will, sei auf unsere Mucke-Artikel in älteren *Wildcat*-Heften verwiesen; wer nicht so viel Zeit hat, kann in ein Lemmy Kilmister-Interview von 2009 reinlesen:
»They were just kids with guitars who didn't know what the fuck they were doing. They just happened to be from Seattle or from Liverpool. A lot of them industry people – even Brian Epstein, the Beatles' manager... Liverpool is a hard town. The Stones weren't the hard men. They just dressed up. The Beatles were the hard men. Ringo was from the fucking Dingle, which is the worst area, next to Glasgow, that I've ever seen in my life. The police wouldn't go in there.«
http://www.vice.com/read/lemmy-217-v16n11

»Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, dass er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war.«
Karl Marx, *Kapital* Bd. 1

Das klingt übertrieben, aber wie soll man es verstehen, wenn Leute Adorno rückwärts und vorwärts aufsagen können, aber keinerlei Sensibilität der Tatsache gegenüber aufbringen, dass sie in ihrer Lohnarbeit andere kommandieren? Dass sie den eigenen höheren Lohn mit ihrer »Qualifikation« rechtfertigen? Dass sie damit andere Leute darauf festlegen, ihr Leben lang bestimmte Jobs zu machen?

Kritik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung

Es gibt keine revolutionäre Bewegung in der Geschichte, die sich dem Problem von unten und oben in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht gestellt und mit einer »Klassenanalyse« rauszukriegen versucht hat, welche soziale Gruppe das größte Interesse am Umsturz hat. Deutliche Unterschiede gab es allerdings darin, wie sich die Revolutionäre selber in Beziehung zur Klasse setzten, wenn wir etwa an die Narodniki, Lenin und Mao denken. »1968« ist diesbezüglich eine Art historische Wasserscheide, auch wenn es nicht alle gleich kapiert haben – aber die K-Gruppen der 70er Jahre waren für Zeitgenossen durchaus als historisch kostümiert zu erkennen. Sergio Bologna sagte Jahrzehnte später: »Wenn ich die positiven Inhalte der Bewegungen um '68 rum in einem Satz zusammenfassen müsste, so war es ihre Kritik am Beruf«. Eine antagonistische Bewegung muss die gesellschaftliche Arbeitsteilung angreifen und kann sie nicht in irgendeinen »Sozialismus« rein verlängern. Das kann nur eine Linke vergessen, die sich das Problem der Revolution nicht mehr stellt.

Wenn wir darunter nicht den Austausch von Herrschaft, sondern eine soziale Revolution verstehen, so ist diese ohne die Masse der Arbeitenden und Ausgebeuteten nicht möglich. Ihre Situation muss Maßstab sein für die neue Gesellschaft: keine Fabriken, keine Ausbeutung, keine Herrschaft von Menschen über Menschen, keine gesellschaftliche Arbeitsteilung in körperliche und geistige Arbeit, keine Diener und Dienstmägde. Dies ist die Grundlage der Vergemeinschaftung.

Revolutionär fängt da an, wo die Trennung aufzuheben versucht wird zwischen privat den Arsch an die Wand kriegen (gesichertes Einkommen, Karriere, »meine Yacht, mein Haus, meine Frau«) und andererseits sich politisch engagieren oder moralisch empören. Revolutionäre sollten selbstverständlich an ihren Job auch inhaltliche Ansprüche stellen: Wo stehe ich in der kapitalistischen Arbeitsteilung?

Trennung von Hand und Kopf

Menschliche Tätigkeiten an sich sind nicht in körperlich und geistig getrennt. Marx verdeutlichte das im berühmten Spruch von der Biene und dem Baumeister. Sohn-Rethel hat herausgearbeitet, dass abgetrennte »Geistesarbeit« nicht als »Mittel der Produktion« sondern zu ihrer Kontrolle entstand: »Gesonderte Geistesarbeit entsteht ... als Mittel der Aneignung von Arbeitsprodukten durch Nichtarbeiter, sie entsteht nicht, oder jedenfalls nicht ursprünglich, als Mittel der Produktion.« (S. 132)

»Jedenfalls nicht ursprünglich«, und im Kapitalismus hat sich daran nichts geändert, im Gegenteil! Seine Entwicklung überrollte jeden Ansatz, die beiden Dimensionen menschlicher Tätigkeit wieder zusammenzubringen und enteignete immer wieder aufs Neue das Produktionswissen der Arbeitenden. Trotzdem gelang es diesen immer wieder, aus ihrer eigenen Zusammenarbeit Vorstellungen einer befreiten Gesellschaft zu entwickeln. Paul Mattick verwies 1936 darauf, »der größere Teil der heutigen intellektuellen Tätigkeiten (ist) nicht der Produktion gewidmet, sondern Aktivitäten, die nur in einer Profitwirtschaft notwendig sind und in einer kommunistischen Gesellschaft wegfallen.«

2013 stellte David Graeber im online-Magazin »Strike!« einen interessanten Gedanken zur Diskussion: Produktive Arbeiter werden immer intensiver ausgepresst, während eine wachsende Schicht »fürs Nichtstun« bezahlt wird. Sie werden in ihren »Bullshit Jobs« nicht fürs Faulenzen bezahlt, aber sie wissen, dass ihre Arbeit »sinnlos« ist (Manager, Rechtsanwälte, Akademiker – Graeber selber ist einer und weiß, wovon er spricht! - Finanzberater, u. a.). »Deswegen köchelt in ihnen ein Groll über jene, deren Arbeit einen klaren und unbestreitbaren gesellschaftlichen Wert hat.« »Das ist eine der

»Diese Gruppen sind lediglich Vorformen anderer Arten von Ausbeutung. Ihre Kritiken an der sozialdemokratischen, ›stalinistischen‹ oder ›revisionistischen‹ Linken mögen giftig genug erscheinen, aber sie beschäftigen sich niemals mit dem Grundsätzlichen (wie die Entscheidungsstruktur, den Ort der wirklichen Macht, die Vorherrschaft der Partei, das Vorhandensein von Hierarchie, die Mehrwertmaximierung, die Verewigung der Lohnarbeit und die Ungleichheit). Das ist kein Zufall, sondern folgt aus der Tatsache, daß sie selbst diese Grundsätze akzeptieren. Die bürgerliche Ideologie ist weiter verbreitet als viele Revolutionäre glauben, und hat ihr Denken zutiefst durchdrungen.« (*Group Solidarity*, London: »Wie wir es sehen – Wie wir es nicht sehen«, 1967 und 1972); Deutsch zuerst erschienen in *Schwarze Protokolle* Nr. 6, Oktober 1973; online auf: http://von-unten-auf.org

Zur Kritik der »Qualifizierung« siehe die Auseinandersetzungen des Massenarbeiters mit der traditionellen Arbeiterbewegung; etwa im Film *Porta Marghera – gli ultimi fuochi*

Paul Mattick: *Max Nomads »Die Herren von morgen«*, 1936, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*; Bd.17, S. 247.

David Graeber: *On the Phenomenon of Bullshit Jobs;* 17. August 2013 http://strikemag.org/bullshit-jobs/

geheimen Stärken des rechten Populismus. Wenn z. B. Boulevard-Zeitungen den Ärger gegen die U-Bahn-Fahrer schüren, weil diese bei Tarifauseinandersetzungen London lahmlegen. Die Tatsache selber, dass sie London lahmlegen können, zeigt, dass ihre Arbeit notwendig ist; und offensichtlich ist es genau das, was die Leute nervt. Dieser Zusammenhang ist in den USA noch deutlicher, wenn die Republikaner gegen Schullehrer oder Autoarbeiter und deren übertriebene Löhne hetzen.«

Bis heute steht Taylor für den radikalsten Versuch der Trennung von Kopf- und Handarbeit. Was viele vergessen: Er ist gescheitert – erst die Einführung des Fließbands konnte die Produktivität steigern. Aber sein *Traum*, den ArbeiterInnen ihr Produktionswissen wegzunehmen und sie zu Anhängseln der Maschinerie zu machen, lebt weiter, denn es liegt nicht nur im Interesse des kapitalistischen Machterhalts, sondern auch im sozialen Interesse der Mittelklasse, sich von ihrer Abhängigkeit von den produktiven ArbeiterInnen zu befreien.

Siehe »Taylors Alpträume« in *Wildcat* 33 und 34 www.wildcat-www.de/wildcat/33/w33alpt1.htm und http://www.wildcat-www.de/wildcat/34/w34alpt2.htm

Bezeichnenderweise beginnt mit der Verwertungskrise des Kapitals die Loslösung linker Theorien von der Arbeiterklasse. Die Postoperaisten interpretieren die Krise des Kapitalismus als sein neues Stadium; ähnlich die »post-fordistische« Regulationsschule, der Japanhype in den 90er Jahren usw. Im Gefolge Negris ist es seit Mitte der 70er Jahre gängig, sich jeweils selber als »neue Klassenzusammensetzung« auszugeben und das mit schicken Begriffen wie »gesellschaftlicher Arbeiter«, »immaterielle Arbeit«, »Kognitariat« usw. zu belegen. Dahinter steckt nichts anderes als der »Abschied vom Proletariat«, von den Leuten, die mit den Händen arbeiten und dabei zuweilen schwitzen.

Auch hier hatte David Graeber einen interessanten Gedanken: Könnte es sein, dass das Ausbleiben großer Innovationen damit zu tun hat, dass der Kapitalismus nur noch auf Verlagerung, Kostensenkung aus ist und die Ingenieursabteilungen weit weg von den Produktionshallen konzentriert hat? Von wem sind denn in der Vergangenheit die wirklich großen Erfindungen ausgegangen? Den Fahrstuhl hat ein Mechaniker erfunden.... Könnte es sein, dass die heutige gesellschaftliche Arbeitsteilung nichts mehr von Bedeutung hervorbringt?

David Graeber, »Of Flying Cars and the Declining Rate of Profit«, http://www.thebaffler.com/salvos/of-flying-cars-and-the-declining-rate-of-profit] auf Deutsch: http://www.amazon.de/Hinter-dem-Mond-statt-Mars-ebook/dp/B009OX-QKLW

Große Innovationen seit den 50er Jahren waren nur die Raketentechnik im Kalten Krieg und seit den 70er Jahren die beiden Technologien, die für Verlagerung und Globalisierung wichtig waren: IT und Transport (Container). Aber es gibt einen Bruch zu früher, wo sich die Utopien z. B. eines Jules Verne innerhalb von 50, 60 Jahren realisierten. Heute fahren wir noch immer mit fossilen Brennstoffen, der Krebs wurde nicht besiegt... – obwohl die Ausgaben für Forschung und Entwicklung heute ein Vielfaches von früher ausmachen.

Gegen die Verewigung der Lohnarbeit und Ungleichheit!

Der falsche Stolz darauf, Arbeiter zu sein, ist in den Kämpfen des Massenarbeiters und spätestens mit dem Realsozialismus untergegangen. Kämpfende ArbeiterInnen haben meist nix dagegen, ihren Betrieb kaputt zu streiken, wohl wissend, dass es eh ihr Schicksal ist, arbeiten zu müssen. Erst die gewerkschaftliche Vermittlung sagt ihnen: Wenn der Betrieb kaputt geht, ist auch dein Job weg.

ArbeiterInnen im engeren Sinn sind im Kapitalismus diejenigen, die körperliche Arbeit für andere leisten. (Das tun zwar auch Krankenschwestern oder Masseure, aber sie produzieren keine Waren, sondern haben mit Menschen zu tun.)

ArbeiterInnen ist gemeinsam, dass sie mit anderen zusammen arbeiten müssen. Hierüber vereinheitlichen sie sich. ArbeiterInnen kommen immer im Plural vor, denn sie produzieren *zusammen mit anderen* ArbeiterInnen in einem Betrieb, der ihnen nicht gehört, und mit Maschinen, die ihnen nicht gehören, Waren, die ihnen nicht gehören. Die Dynamik des Kapitalismus, seine scheinbar grenzenlose Steigerung der Produktivität beruht nicht auf der Menge der verausgabten Arbeit von einzelnen Arbeitern, sondern auf ihrer *Gesellschaftlichkeit*, ihrer *Kooperation*, ihrem gemeinschaftlichen Wissen. Kommunismus ist der praktische Widerspruch zwischen unserer sich immer weiter entwickelnden gesellschaftlichen Produktivkraft und unserem Eingesperrtsein in die kapitalistischen Formen: Arbeit, Wert, Eigentum...

Körperliche Arbeit hat in unserer Gesellschaft kein Ansehen und wird nicht gut entlohnt. Kein Wunder, dass die Kinder dieser ArbeiterInnen auf keinen Fall in die Fabrik wollen, sondern an die Uni gehen oder notfalls irgend einen anderen Job machen. Der Anteil dieser ArbeiterInnen an allen Arbeitenden (vollzeitbeschäftigt, *living wage*, kollektivvertraglich geregelte Bedingungen) nimmt in entwickelten Gesellschaften ab, während sich die abhängige Beschäftigung ausweitet. Weltweit nimmt Leih- und Kontraktarbeit zu. Hinzu kommen die kleinen Selbstständigen, von denen ein

großer Teil nur formal selbstständig ist. Viele können von ihrem Einkommen gar nicht leben bzw. sind noch auf andere Einkommen angewiesen.

Über die Aufspaltung in unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse (»ArbeiterInnen«, »Angestellte«, »(Schein-)Selbstständige«) hinweg gibt es eine Verallgemeinerung der Lohnarbeit und ihrer Bedingungen: sinkende Einkommen, zunehmender Leistungsdruck, Ausweitung der »Arbeit außerhalb der Arbeit« (Stress beim Transport, beim Einkaufen, ständige Erreichbarkeit usw.) bzw. das Verschwimmen von Arbeit und Freizeit. Auch diese unerträglicher werdenden Bedingungen unserer Reproduktion führen immer wieder zu Massenprotesten.

»Klasse« kann nicht an der Reproduktion, am individuellen Einkommen, festgemacht werden, so wichtig das materiell erst mal für uns als Einzelne sein mag. Die *Reproduktions*bedingungen des Proletariats sind immer nur die Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft fürs Kapital. Es geht um die *Produktions*bedingungen, d. h. darum, wie die Klasse zusammen das Kapital produziert, um die ausgedehnte produktive Kooperation – und die Möglichkeit, sie umzudrehen. Zum Klassenbegriff gehört eine kollektive Dimension, »an meiner Situation ist nichts zu beschönigen, aber ich will weder Kapo noch Meister werden«. Den individuellen Aufstieg ablehnen und – in seiner ganzen Widersprüchlichkeit – Proletarier/Arbeiter sein wollen. Wenn Einzelne alles tun um aufzusteigen, oder wenn alle glauben, sich für ihre soziale Situation schämen oder rechtfertigen zu müssen, ist Klassenkampf nicht vorstellbar. (Deshalb stabilisieren die allgemeine Rentenversicherung, das Versprechen der Mittelschichtsgesellschaft usw. den Kapitalismus; siehe den Mittelschichts-Artikel.)

Die aus den bürgerlichen Freiheitsbewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts entstandene »Linke« sieht sich traditionell in der Rolle, die arbeitenden Massen zu bilden, anzuleiten und sich zu ihrem Vertreter zu machen. Diese Rollenzuschreibung ändert sich nicht unbedingt da, wo politische Gruppen sich entschließen, Betriebsarbeit zu machen. Martin Glaberman hat einmal schön zusammengefasst, wie da womöglich zwei Welten zusammenstoßen: Leute aus der Neuen Linken, die in die Fabriken gingen, mit der Vorstellung, den ArbeiterInnen was beizubringen, haben daraus womöglich gar nichts gelernt. Sie agierten seiner Meinung nach in »Mittelschichts-Zeitvorstellungen«: »Sie wollten die Welt ändern, und die Welt hat sich nicht so sehr geändert. Ok, dann suchten sie sich halt einen Job in der akademischen Welt.« Im Vergleich dazu handele die Arbeiterklasse in »historischer Zeit«: »Die Revolution ist vielleicht noch 30, 40 Jahre weg.« Und sie hängt nicht vom Willen einer politischen Gruppe ab.

Die Bildung, die technischen Fähigkeiten und die produktive Kooperation der ArbeiterInnen sind schon lange so weit entwickelt, dass sie selber die Produktion und Reproduktion organisieren können. Ihre Kämpfe nehmen in ihren Inhalten die neue Gesellschaft vorweg. Sie zielen auf Gleichheit und ein Ende der kapitalistischen Arbeit. Und »politisches Bewusstsein« entsteht meist sehr schnell in Kämpfen, die an den eigenen, besonderen Bedürfnissen ansetzen.

Es gab genug Versuche, die einfachen Arbeiter für zu blöde für die Revolution zu erklären und deshalb »das revolutionäre Subjekt« eher in der technischen Intelligenz oder bei den »kreativen Klassen« zu suchen. Andere haben es an den »Rändern« der Gesellschaft, bei den Subproletariern, den Knackis, den Ausgegrenzten gesucht, weil sie den »Arbeiteraristokraten« ein Interesse am Fortbestand des Bestehenden unterstellten. Versuche, die zu nichts führen. Denn es ist ja niemandem verboten, sich in den Kämpfen auf die richtige Seite zu stellen.

Soziale Hierarchien angreifen!
Nur so werden egalitäre Utopien
überhaupt glaubwürdig.

Kritik der eigenen Rolle! Nur dadurch lässt
sich auch Vereinzelung überwinden.

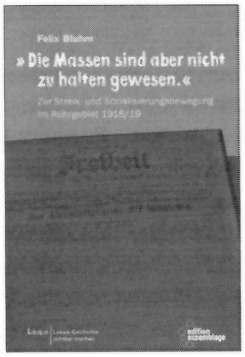
Aufhebung der Trennung in Hand- und
Kopfarbeit!

Den Kommunismus in den wirklichen
Bewegungen der Klasse *suchen*!

Interview mit Martin Glaberman vom 15. Januar 2000 https://www.marxists.org/archive/glaberman/2000/xx/interview.htm

Buchbesprechung

»Die Massen sind aber nicht zu halten gewesen.« Zur Streik- und Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet 1918/19



Felix Bluhm:
»Die Massen sind aber nicht zu halten gewesen.« Zur Streik- und Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet 1918/19.
Münster 2014
Edition Assemblage
160 Seiten | 16,80 Euro

Als die europäischen Bergarbeiter in den 1980er Jahren abgeräumt wurden, konnte sich der Eindruck, dass die Arbeiterklasse geschlagen war, lange halten – in den letzten Jahren dreht sich der Wind gewaltig. Gerade die Bergarbeiter sind es, die eine weltweit kämpfende Arbeiterklasse sichtbar machen.

Das erklärt das wiederaufkommende Interesse an historischen Kämpfen der Bergarbeiter. Aber auch die »Novemberrevolution« und syndikalistische Organisierungsformen erhalten wieder mehr Aufmerksamkeit. *Edition Assemblage* hat Felix Bluhms Magisterarbeit über die Streikbewegung im Ruhrgebiet als Buch veröffentlicht. Leider hat er diese nicht überarbeitet, die akademische Form stört den Lesefluss. Das erste Kapitel zum Forschungsstand und zur Methode kann übersprungen werden. Danach folgt die detaillierte Beschreibung der Industriestadt Hamborn, ein Geschöpf des Kapitalisten August Thyssen. Er besaß die Mehrheit der Anteile der Zeche »Deutscher Kaiser« und machte aus ihr einen vertikal integrierten Konzern, in dem er neben den Kohlegruben ein Eisen- und Stahlwerk bauen ließ. Danach bringt Bluhm einige Punkte, an denen anknüpfend ich ein paar Gedanken für heute festhalten will.

»Arbeiterkolonien«

Die Bergarbeiter wohnten mit ihren Familien in sogenannten »Zechenkolonien«, die von den Unternehmern errichtet wurden. Kontrolleure, die in die Siedlungen geschickt wurden, sollten die Arbeiter überwachen und disziplinieren. Der Mietvertrag war an das Beschäftigungsverhältnis gebunden und sollte einerseits das »Zechenlaufen« (häufiger Arbeitsplatzwechsel) verhindern. Anderseits wollten die Unternehmer Druck auf die Kumpel ausüben, denn formell hatte die Beteiligung an Arbeitskämpfen den Verlust der Wohnung zur Folge. Das war aber kaum durchzusetzen, die Solidarität unter den ArbeiterInnen war groß. *»Die unmittelbare Verknüpfung von Arbeitsplatz und Wohnung […] hatte […] zur Folge, dass die dort Wohnenden durch die gemeinsame Abhängigkeit von einem Betrieb verbunden waren. Ihre Gemeinsamkeit erstreckte sich damit nicht nur auf einen Bereich ihres Lebens, sondern nahezu auf ihre gesamte Existenz.«* (S. 36-37). Die Dichte und Homogenität der »Arbeiterkolonien« führte zur großen Beteiligung unter den Bergarbeitern an den Kämpfen, aber verhinderte gleichzeitig eine Ausweitung auf andere Bereiche.

Die Reorganisierung des Kapitals und die Individualisierung in den westlichen Industrienationen hatten zur Folge, dass so eine Lebensweise nicht mehr existiert.

Kostgängerwesen und Leiharbeit

Unter Schlaf- oder Kostgängerwesen versteht man eine »halboffene Familienstruktur«. Ledige Arbeiter wohnten als Kostgänger bei Familien in den Siedlungen. Sie konnten dadurch ihren Arbeitsplatz leichter wechseln, das festigte Kontakte zwischen den unterschiedlichen Zechenbelegschaften. Sie konnten sich an Arbeitskämpfen beteiligen und Konflikte offen austragen ohne schwere Konsequenzen fürchten zu müssen – z. B. die Delogierung ihrer Familie aus der Wohnung. Zusätzlich trugen sie Informationen weiter und erleichterten dadurch das Bekanntwerden der Kämpfe. Leider setzt sich Bluhm hier zu wenig mit den Beiträgen von Lucas auseinander. Dieser zeichnet ein nicht so positives Bild der damaligen Situation: Wohnungsnot, Überbelegung der Betten und schlechte Instandhaltung der Wohnungen prägten den Alltag.

In gewisser Weise ähneln die Kostgänger den heutigen LeiharbeiterInnen. Ein Vorteil des häufigen Wechsels der Bude (freiwillig oder nicht) ist nicht nur, dass man viel mehr lernt als nur in einem Betrieb, sondern auch die Möglichkeit hat, Informationen in verschiedene Betriebe weiter zu tragen, Arbeitsbedingungen zu vergleichen, usw. In einer Kampfsituation könnte das zu einer rascheren Ausbreitung beitragen, zumindest die Erfahrung zirkuliert. Heutzutage erschweren der ständige Personalabbau und die wenigen offenen Stellen jedoch den schnellen Arbeitsplatzwechsel.

Gewerkschaften

Die zentralen Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates – die Einführung des Acht-Stunden-Tages und die Verstaatlichung der Produktionsmittel – waren der Ausgangspunkt der Streikwellen. Zusätzlich forderten die Kumpel des »deutschen Kaisers« die Siebeneinhalb-Stunden-Schicht, die sie bei einzelnen Schächten selbst durchsetzen konnten. Die Bergarbeiter wählten Belegschaftskommissionen – basierend auf einzelnen Schächten – um weitere Forderungen wie Mindestlöhne, Einmalzahlungen und Abschaffung gewisser Kontrollinstanzen aufzustellen. Bei einer durch den

Artikel zu Spanien und Südafrika in *Wildcat* 93 und 95. Auch die vielen Unfälle in den Gruben sind oft Thema, im türkischen Soma gingen hunderte Bergarbeiter gegen die Regierung auf die Straße.

Lucas, Erhard: *Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19. Zum Syndikalismus in der Novemberrevolution,* in: Stadtarchiv Duisburg (Hg.): Duisburger Forschungen. Schriftenreihe für Geschichte und Heimatkunde Duisburgs, Bd. 15 (1971)

Arbeiterrat organisierten Versammlung kam es zu keiner Einigung zwischen Belegschaft und Direktion. Die Kapitalisten und Gewerkschaften stellten die Forderungen als untragbar dar. Vor allem die Verteidigung der Kapitalinteressen durch die Gewerkschaftsvorsitzenden veranlasste die ArbeiterInnen dazu, ihnen das Wort zu verbieten. Es kam zu einem Bruch mit den ohnehin einflussschwachen Gewerkschaften. Vor allem die »Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften« (FVDG) – aus ihr entstand später die »Freie Arbeiter-Union Deutschland« (FAUD) – profitierte von dem kollektiven Austritt der Bergleute aus den etablierten Gewerkschaften.

Sozialisierungs- und Streikbewegung

Das sogenannte »Sozialisierungsmodell« wurde vom Essener Arbeiterrat entwickelt, um die Bergarbeiter unter Kontrolle zu bekommen. Der Rat sah sich zum Handeln gezwungen, da zwischen 60 000 und 80 000 Kumpel im Ausstand waren und ein Ende der Streiks nicht erkennbar. Die Gasversorgung in Essen und dem westlichen Ruhrgebiet drohte zusammenzubrechen. Der Essener Arbeiterrat besetzte die Gebäude des Zechenverbandes und des Kohlensyndikats und gab dies als ersten Schritt der Sozialisierung aus. Kurze Zeit später rief der Rat die Bergarbeiter dazu auf, geschlossen wieder an die Arbeit zu gehen.

Die Streikbewegung hatte ihren Ursprung in Hamborn im November 1918. Bezeichnend dabei war, dass die Kumpel des »deutschen Kaisers« von Beginn an versuchten, ihren Kampf auf andere Zechen auszuweiten. Es wurden Anschläge (Flugblätter) in anderen Zechen gemacht, aber auch Demonstrationen organisiert, um möglichst viele Bergarbeiter zu mobilisieren. Der Versuch auch ArbeiterInnen aus anderen Industriezweigen mit ins Boot zu holen, wurde nicht unternommen.

Die Sozialisierungsbewegung wurde von den Zechenbelegschaften des gesamten Ruhrgebiets unterstützt – leider auch (dem Anschein nach) völlig kritiklos von den Bergleuten von »Deutscher Kaiser«. Eine kritische Einbringung ihrer Erfahrungen aus der Streik- in die Sozialisierungsbewegung fand nicht statt.

Das Buch ist sympathisch, da es zeigt, wie die Arbeiter und ihre Familien die Probleme ihrer Zeit herausfordern und um eine Lösung kämpfen. In Zeiten, wo Arbeiterkämpfe hinter den Katastrophen verblassen, ist das jedenfalls anregend. Als sinnvolle Ergänzung sind die Texte von Lucas zu empfehlen. ■

Die Mall of Shame

Proteste rumänischer Bauarbeiter in Berlin

In Berlin wurden mal wieder rumänische Bauarbeiter um ihren Lohn geprellt. Gerade bei Großprojekten kommt es häufig vor, dass Arbeiter über Sub-Sub-Unternehmer kurzfristig herangekarrt werden und der »Unternehmer« verschwunden ist, wenn es um die Auszahlung geht. In der Vergangenheit konnten einige durch Beharrlichkeit und Unterstützung durch Gruppen oder Gewerkschaften vor Ort zumindest einen Teil des Lohns bekommen. Aber meist bekommt die Öffentlichkeit wenig davon mit.

Auf der Baustelle eines neuen Einkaufszentrums in Berlin, der »Mall of Berlin«, hatten seit August 2014 unter anderen ca. 30 rumänische Arbeiter auf der untersten Stufe einer Kette von Subunternehmen malocht. Vom Einbau der Fenster bis zum Aufräumen der Baustelle waren sie für alle anfallenden Arbeiten zuständig, zehn Stunden am Tag, sechs Tage die Woche.

Etliche der Arbeiter wurden mit dem Versprechen auf Arbeitsverträge, Unterkunft und einem Stundenlohn von fünf Euro direkt von ähnlichen Baustellen in Birmingham abgeworben. Spätestens zwei Wochen nach Arbeitsbeginn war klar, dass sie weder Unterkunft noch Verträge erhalten würden. Als sie aus Protest die Arbeit niederlegten und vor der Baustelle kampierten, wurde ihnen von da an ein Taschengeld von 50 Euro pro Monat »für Essen« ausgezahlt.

Die *Mall* wurde am 25. September eröffnet, seitdem warten die Rumänen täglich vor dem Einkaufszentrum auf ihr Geld, ausstehende Löhne im Wert von insgesamt 30 000 Euro. Einer der Kollegen spricht Englisch und kam so über Passanten mit der FAU Berlin in Kontakt. Acht Arbeiter wurden FAU-Mitglieder, sie harren täglich vor dem Shoppingcenter aus, machen Stimmung und verteilen Flugblätter. Die anderen sind ohne Löhne nach Rumänien zurückgekehrt.

Ausführlich bei FAU Berlin: https://berlin.fau.org/kaempfe/mall-of-shame

Auch die *BZ, Springers* ›Arbeiterzeitung‹, berichtet ausführlich auf ihrer Website über die Auseinandersetzung. http://www.bz-berlin.de/berlin/mitte/arbeiter-der-mall-of-berlin-fordern-ihren-lohn

Über die UnterstützerInnen haben die Verbliebenen mittlerweile wenigstens einen Schlafplatz bekommen. Trotzdem ist es ein Protest unter schwierigen Bedingungen: Ihr Job ist beendet und somit ihr »Aufenthaltsgrund« in Berlin weggefallen. Den Lohn einzuklagen ist schwierig. Deswegen setzen die Arbeiter und ihre Unterstützer auf Öffentlichkeit: Gespräche mit Passanten, Pressearbeit, Infos für andere rumänische Arbeitsmigranten.

Am Samstag, 6. Dezember fand eine Demo statt, zu der jedoch gerade einmal 300 Leute kamen.

Diesen Tatbestand kommentiert das *Lower Class Magazine* treffend:

»Ich will es ganz offen sagen: Es war eine der sinnvollsten Demonstrationen, die es dieses Jahr in Berlin gab. Die Forderungen sind klar und vermittelbar, die Interessen der Arbeiter legitim, der Ort der Demonstration genau richtig, die Vorbereitung gelungen. Und es handelt sich um einen Kampf, bei dem die Linke endlich Terrain in der ArbeiterInnenklasse zurückgewinnen könnte.

Und dennoch sind es nur etwa 300 Menschen, die den Weg hierher finden. Man staunt. (...) In Berlin gibt es eine nicht genau bezifferbare, aber große Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse – auf dem Bau, im Gastronomiegewerbe, in Spätis, bei den Taxifahrern, wo (vor allem migrantische) ArbeiterInnen noch über das ohnehin ›normale‹ Maß hinaus ausgebeutet werden. Wenn die radikale Linke nicht in der Lage ist, zu verstehen, dass genau das ein gesellschaftliches Milieu ist, in dem sie kämpfen muss, wird sie früher oder später untergehen. Und sie wird zurecht untergehen, denn kein Mensch braucht eine hedonistische Partysubkultur, die sich als Politsubjekt verkauft. Hedonismus kriegt die bürgerliche Gesellschaft auch ohne stylische Plakate und ›linken‹ Charme hin.

Der Protest an der ›Mall of Shame‹, der nach diesem Samstag weiter geht, wird ein Lackmustest werden. Können wir es schaffen, gemeinsam und mit unterschiedlichen Aktionsformen den Bauherrn zu zwingen, unsere KollegInnen zu bezahlen. Oder werden wir die rumänischen Arbeiter alleine lassen und uns unserem einfältigen, langweiligen Szeneeigenleben widmen? Es liegt an uns.«

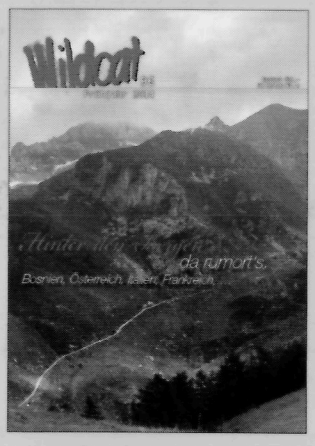
https://linksunten.indymedia.org/de/node/129077

Der Wegfall der aufenthalts-, bzw. arbeitsrechtlichen Beschränkungen für ArbeiterInnen aus Rumänien und Bulgarien hat auch andernorts offensichtlich dazu geführt, dass die Hemmschwelle, sich zu wehren, gesunken ist. Erfolgreich war z.B. der Protest von ungarischen Schlachtern im September 2013 in Birkenfeld: Sie arbeiteten für einen Sub-Sub-Unternehmer mit Werkvertrag. Schon dem ersten Sub zahlte die Schlachterei Müller, die u. a. für Aldi schlachtet, nur 7,77 Euro pro Stunde, bei den Arbeitern kamen nur 3,50 Euro an, von denen ihnen pro Tag für den Schlafplatz im Vierbettzimmer 8,50 Euro abgezogen wurden. Versprochen gewesen war ein Lohn zwischen 13 und 18 Euro. Als sie den Betrug bemerkten, kehrten zwölf der 52 betroffenen Arbeiter nach Birkenfeld zurück, um dort für ihren Lohn zu demonstrieren. Nach einer Woche Demos zahlte die Firma eine »soziale Spende« von 20 000 Euro an die »Fremdarbeiter« (*Pforzheimer Zeitung*) aus, unter der Bedingung, dass sie sofort zurückfahren. Dieses »Verhandlungs«ergebnis hatte die Anwältin des DGB ohne Rücksprache mit den Arbeitern akzeptiert, ein SPD-Stadtrat drängte sie zur Abfahrt.

Ein anderes Beispiel sind die wilden Streiks bei der *Meyerwerft* in Papenburg. Hier war im Juli 2012 der Tod von zwei rumänischen Arbeitern beim Brand in ihrer Unterkunft der Auslöser für die anderen rumänischen Werkvertragsarbeiter, sich zu wehren. Im März 2014 streikten sie mehrfach wild und erreichten so direkte Verträge – und die Erlaubnis, mehr Überstunden zu machen. ■

Wildcat

Back Issues.



Wildcat 96 (Frühjahr 2014)

NSU: Beihilfe im Amt

NSA: Public/Private Surveillance Partnership

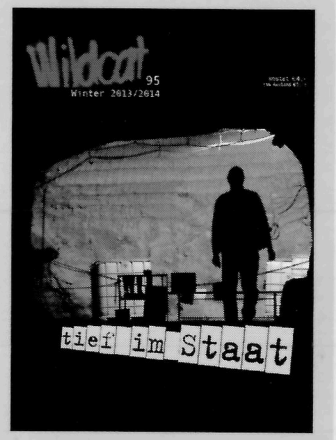
Ukraine – Die Bewegung vom Majdan

Panorama der Krise

Italien
Frankreich
Österreich
Bosnien
Indien

Boom, Bust und Kämpfe in den »Schwellenländern«

Bewegung und Beruf: Linke im Dilemma



Wildcat 95 (Winter 2013/2014)

Platzbesetzungen – eine globale Bewegung?

Tiefer Staat:

Faschos in Griechenland
Ägypten nach dem Putsch
NSA leck geschlagen

Autoindustrie – Kämpfe und Spaltung

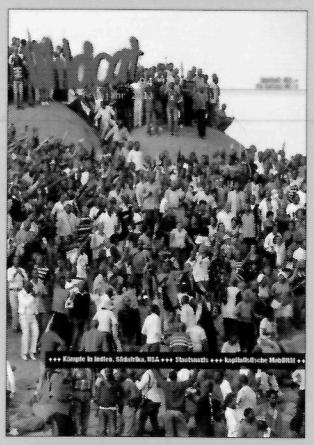
Südafrika – Marikana ein Jahr danach

Streik und Streikunterstützung bei Neupack

Streik und Betriebsschließung bei Norgren

Aufruhr in der Bretagne

Green New Deal



Wildcat 94 (Frühjahr 2013)

Slovenien: Das Ende der Transformation

Südafrika: Hier gibt es keine Parteien, nur Arbeiter!

Griechenland: Kämpfe in der Krise

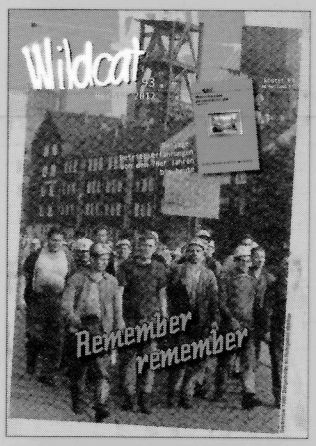
Blick auf eine vergewaltigende Gesellschaft

BRD/NSU: Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen

Umschlagpunkte: Kämpfe gegen die kapitalistische Mobilität

USA: Blaumann und Blaufrau

Buchbesprechnungen: Wallerstein, Bayat, P.M.



Wildcat 93 (Herbst 2012)

Der NSU und der Staat

Auto Slaves: Die Krise der Auto-Gesellschaft

Der deutsche Sonderboom am Ende

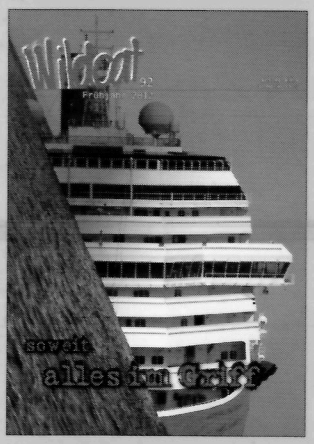
Bergarbeiterstreik in Spanien

Alles Lüge! Bolivien, Frühjahr 2012

Mursis Zeitbombe – Ägypten nach den Wahlen

Neues aus der weißen Fabrik

Beilage:
Materialien gegen die Individualisierung – Betriebserfahrungen von den 70er Jahren bis heute



Wildcat 92 (Frühjahr 2012)

Heimatschutz: Unsere Staatsnazis

Ägypten: Schritt für Schritt

MigrantInnen: Kämpfe in den Golfstaaten

Krise in Eurpa – Rückkehr des Klassenkampfs

Griechenland: Fortgesetzte Angriffe, Riots, Streiks

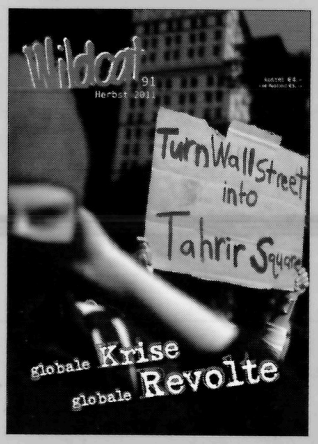
China: Das war das Jahr des Hasen

Indien: Kampf bei Maruti Suzuki

Commons-Debatte

Kasachstan: Frühling in der Steppe

aktuelle Buchbesprechungen



Wildcat 91 (Herbst 2011)

Krise: Private Laster, öffentliche Tugenden

Eurokrise, Eurobonds, Kampf um die Schulden

Griechland: Einheit und Spaltung

USA: Hungerstreik in US-Knästen

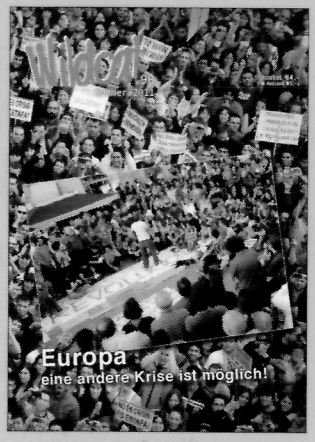
Indien: Kampf bei Maruti Suzuki

Iran: Streik der Petrochemiearbeiter gegen das Leiharbeitssystem

Italien: Selbstorganisierter Streik der Tagelöhner

Occupy! (Frankfurt, Oakland, Israel)

Texte zur Situation in Ägypten, Spanien, England



Wildcat 90 (Sommer 2011)

On the road to nowhere – Thesen zur Krise

Portugal: Musterschüler geht pleite

Österreich: Proteste gegen Sparpolitik

UK: Unbegrenzte Haftung oder Nichts zu verleihen

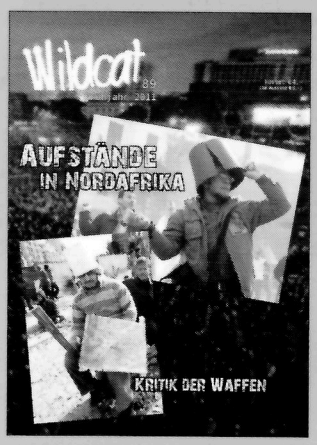
Bewegung in Spanien: Plötzlich wurde alles real

Weiße Rose aus Athen: Zerbricht die EU?

Weltweite Streikwelle

Krise, Migration, Aufstände, Militarisierung – Wie weiter im Nahen Osten?

Bauernkämpfe in Indonesien: Wem gehört das Land?



Wildcat 89 (Frühjahr 2011)

Ägypten: Vom Aufstand zur Revolution?

Die Ölrente läuft aus

USA: Mubarak for Governor!

Italien: Unmut wird Wut – Bewegungen gegen die Krise

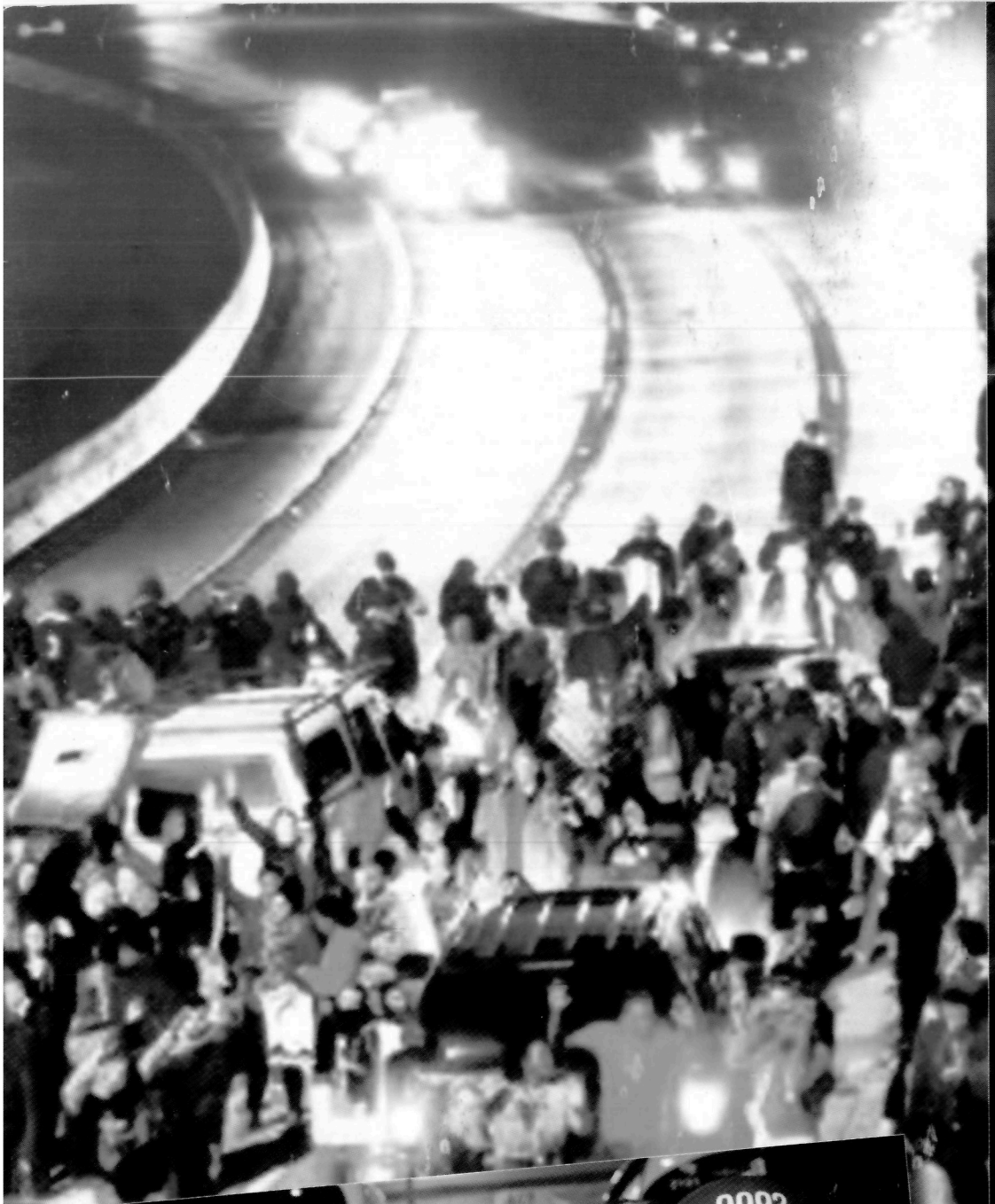
Landflucht und Food Riots: Keine Agrarrevolution

Global Labor History: Theologie vs. Teleologie?

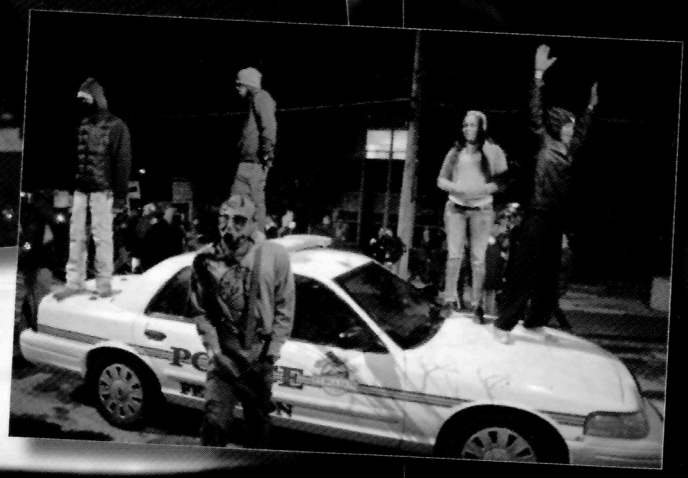
Tschechien: Angriff auf die Klasse ohne Antwort

Arbeiter und Arbeiterklasse im heutigen Indien

Die Politik des Hungers



Wildcat

AUS DEM INHALT

- Ferguson – Ende der politischen Vertretung?
- Bodentruppen gesucht – Der globale Bürgerkrieg
- Das Jahrhundert der Mittelklassen?
- Italien: Drei Tage Aufstand in Turin
- Südafrika: Arbeiterkämpfe nach Marikana
- Bangladesh: Kämpfe der Textilarbeiterinnen
- Indien: Zur Kastenfrage
- Beruf & Bewegung –Teil 2
- Die Fracking-Blase